permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

SONDERNUMMER 3 / Juni 1978 / PREIS: S 2o.- /3,-

RUB Bochum
Inst. z. Gesch.
d. Arbeiterbew.
SZD 3409



individueller terror und politische unter-drückung

russische revolution

bilanz

frankreich

feminismus - frauenfrage

INHALT

EINLEITUNG 3

BILANZ 5

FUSION SPARTACUSBUND/IKL 11

GESPRÄCH ÜBER DIE FRAUENFRAGE 13

DIE UNTERDRÜCKUNG DER FRAU IM KAPITALISMUS 21

FRANKREICH: EINEM NEUEN MAI ENTGEGEN? 25

6o JAHRE RUSSISCHE REVOLUTION - DEMOKRATISCHE
ODER SOZIALISTISCHE REVOLUTION? 31

DIE SOWJETISCHE WIRTSCHAFT 1917-1975 42

INDIVIDUELLER TERROR UND POLITISCHE UNTER-
DRÜCKUNG 48

BESTELLUNGEN UND KONTAKTADRESSE: IKL, POSTFACH 1454, 1o1o WIEN

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck und für den Inhalt verantwortlich: Karl Reitter, Klimschgasse 18/6, 1o3o Wien.

EINLEITUNG

Die Herausgabe von Sondernummern der "permanenten revolution" war eigentlich nicht als ein Ersatz für ein theoretisches Organ unserer Organisation gedacht, sondern als Mittel, um abgeschlossene programmatische Dokumente und Standpunkte herauszugeben. Ein gemeinsames Theoretisches Organ mit dem Spartacusbund war schon lange im Gespräch, doch hinderte die Politik der ehemaligen Führung des Spartacusbundes, die mehr im Reden und Planen bestand, als im Handeln, sowie die Tendenzauseinandersetzungen in den beiden Organisationen das Zustandekommen dieses Projekts. Wir hatten ursprünglich geplant, eine eigene Sondernummer herauszugeben, die allein eine Kritik an der Theorie und Praxis des österreichischen Maoismus zum Inhalt haben sollte, sowie eine, die als umfassende Kritik an den "Geschichtchen der IV. Internationale" von P. Frank gedacht war. Obwohl beides notwendig und dringend ist, war es doch unmöglich für eine Organisation unserer Stärke, dies in der selbst veranschlagten Zeit zu realisieren. Das bedeutet nicht, daß beides nun zu den Akten gelegt wird. Es wird vielmehr notwendig sein, daß wir gemeinsam mit dem Spartacusbund einen umfassenden "Anti-Pierre Frank" herausgeben, schon deswegen, weil dessen Geschichtsfälschungen ihresgleichen nur in den verschiedenen Publikationen der französischen Lambertisten und der englischen Healyisten hat.
Im Rahmen des nun endlich zustandegekommenen gemeinsamen Theoretischen Organs mit dem Spartacusbund, welches weiter "Ergebnisse & Perspektiven" heißen wird und ab der Nr. 5 gemeinsam herausgegeben wird, werden wir auch Artikel zum österreichischen Maoismus, dessen Praxis und Theorie, veröffentlichen.
Der lang angekündigte und sein Erscheinen leider immer wieder hinauszögernde Peng Shu-tse war ursprünglich als Broschüre im A5-Format gedacht gewesen, mußte aber wegen eines technischen Fehlers unsererseits nun als Sondernummer der "permanenten revolution" herausgegeben werden, was auch mit dem 1. Teil schon geschehen ist. Der zweite, umfangreichere Teil (er wird vor allem die Kulturrevolution behandeln) wird im April, als Sondernummer 5, erscheinen, deren Herausgabe damit abgeschlossen wird. Alle jene Abonnenten, die anläßlich der Werbekampagne für die "permanente revolution" abonnierten und dafür den Peng Shu-tse als Broschüre versprochen bekamen - die Sondernummern waren ja ohnehin im Abo inbegriffen - brauchen man nicht böse auf uns zu sein, denn sie erhalten die im März erscheinende Broschüre "Trotzki - Schriften zum imperialistischen Krieg". "Ergebnisse & Perspektiven" wird nicht mehr - aus Kostengründen - im Abonnement enthalten sein. Wir rufen aber alle Freunde und Gegner der IKL und des Spartacusbundes schon jetzt auf, das Theoretische Organ zu abonnieren. Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen. Die erste Ausgabe (d.h. die Nr. 5) wird im April erscheinen und ist auch schon inhaltlich abgestimmt. Neben den erweiterten Thesen des Spartacusbundes zur Repression, einem Artikel zu "Menschenrechte und Marxismus", wird es einen Artikel zur österreichischen AKW-Bewegung und die Fortsetzung der Serie "6o Jahre Russische Revolution" (Kriegskommunismus und NEP) enthalten.

Die vorliegende Sondernummer 3 stellt insoferne eine Ausnahme dar, als sie nicht ein abgeschlossenes Thema behandelt, sondern mehr den Charakter eines Theoretischen Organs aufweist. Ihr Inhalt ist zum Teil bestimmt durch die Beschlüsse der 1. Konferenz unserer Organisation, sowie durch die Praxis der IKL.
Die Fusion unserer Organisation mit dem Spartacusbund wird nun endlich gezielt vorangetrieben und im Sommer mit einer gemeinsamen Konferenz, sowie im September mit der eigentlichen Fusionskonferenz abgeschlossen. Wenn auch eine enge Zusammenarbeit und Diskussion schon seit längerer Zeit gegeben ist, so werden doch die Möglichkeiten der fusionierten Organisation, die Politik besser abstimmen und planen zu können, verbessert. Dies gilt vor allem für die Aufgabe des Aufbaus der internationalen Tendenz. Die in dieser Ausgabe enthaltene Fusionsresolution wurde im Dezember des vergangenen Jahres von den beiden Organisationen beschlossen.
Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß der Bericht über die 1. Konferenz der IKL, sowie über das Scheitern der NII, die "Spaltung" des Spartacusbundes und den Ausschluß einer Fraktion aus unserer Organisation längst überfällig ist. Diese Sondernummer - das mag als leise Entschuldigung gelten - sollte auch schon im Dezember 1977 erscheinen, doch die praktischen Aufgaben der Organisation hatten dies leider mit einigem Erfolg verhindert.

Im Gespräch über den "Individuellen Terror und Repression" schließlich, versuchten wir, alle Aspekte unseres Standpunktes noch einmal zusammenzufassen und darzustellen. Schließlich handelt es sich um ein Problem, das noch lange nicht "zu den Akten" gelegt werden kann.

Mit dem Artikel "Demokratische oder Sozialistische Revolution" setzen wir die im Juni 1977 unfreiwillig abgebrochene Serie zur Russischen Revolution fort und drucken daneben noch einen Artikel aus der "spartacus"-Serie zur Ökonomie der UdSSR ab. Die Serie "6o Jahre Russische Revolution" wird in "Ergebnisse & Perspektiven" fortgesetzt und schließlich mit einem Artikel - in den auch Dokumente eingebaut werden, die seit Jahrzehnten unveröffentlicht sind - zur internationalen linken Opposition und zur Gründung der IV. Internationale (im Juli ist der 4o. Jahrestag dieser Gründung) abgeschlossen werden.

Schließlich ist noch das Gespräch zum Feminismus enthalten, sowie die Auszüge aus einem Organ der englischen "Revolutionary Communist Group", welches sich ausschließlich mit der Unterdrückung der Frau im Kapitalismus beschäftigt. In diesem Gespräch werden nicht alle Aspekte unseres Standpunktes zu dieser Frage behandelt, sondern vor allem auf die Forderung nach Lohn für Hausarbeit und auf die sogenannten Frauenzentren und ihre Funktion eingegangen. Die "Frauenfrage", von mancher Seite auch "Frauenproblem" genannt, spielte in den vergangenen Auseinandersetzungen innerhalb des Spartacusbundes und der IKL eine Rolle. In der im März erscheinenden 4. Ausgabe von "Ergebnisse & Perspektiven" werden dazu auch Beiträge enthalten sein. Um den von der ehemaligen "Internationalistischen Tendenz" im Spartacusbund, die dann die Organisation verlassen hat, vertretenen Standpunkt und die von einer Genossin aus Essen abgedruckten Kritik an diesem Standpunkt besser verständlich zu machen, wird in dieser Ausgabe von "Ergebnisse & Perspektiven" auch ein Papier von IT-Frauen abgedruckt werden, sowie Thesen der Ortsgruppe Oldenburg zu dieser Frage.

Schließlich war noch geplant, in diese Sondernummer den längst fälligen Artikel zur österreichischen AKW-Bewegung zu bringen, in der ja Teile der Linken - ob sie es wissen und wollen oder nicht - bei einer Unterstützung der ÖVP und FPÖ angelangt sind, wenn wir nur an die jüngsten Vorfälle rund um Alberndorf denken. Dieser Artikel wird nun in "Ergebnisse & Perspektiven" Nr. 5 veröffentlicht. Bleibt noch die ausstehende Antwort auf den GRM-Artikel "Am Beispiel der IKL: Dogmatismus und konkrete Politik", in der "rotfront"-Hochschulbeilage vom November 1977. Aus einigen Gründen verzichten wir auf eine geschlossene Antwort auf diesen selbstausgestellten politischen Blindenschein. Zum ersten werden in dem in dieser Ausgabe enthaltenen Artikel "Individueller Terror und Repression" eine Reihe von Punkten beantwortet, zum zweiten aber ist der Charakter und der Zweck des "rotfront"-Artikels so eindeutig, daß eine Antwort mehr einem Grundschulungstext gleichkäme, den der Verfasser der "rotfront"-Zeilen notwendig hätte. Was soll man von einer Organisation halten, deren Mitglieder offen zugeben müssen, daß bestimmte Passagen in diesem Artikel bewußt demagogisch sind? Der "rotfront"-Artikel versucht gleich gar nicht, die politischen Standpunkte, die wir vertreten, zu begreifen - was ja nicht gleichbedeutend mit teilen ist. Siehe z.B. die lächerliche Passage zur Rekonstruktion des Programmes. Dort, wo sich der Autor auf das Gebiet der Theorie wagt, wirkt er allerdings wie jener Esel auf dem Eis. Die übrigen Passagen sind frei nach Lueger gehalten, "wos a Trotzkist is bestimma mia" und haben offensichtlich nur den Zweck, eine "mia san mia"-Stimmung in der GRM am Leben zu halten. Es ist schon bezeichnend: Jedem Vorschlag von unserer Seite zu einer Podiumsdiskussion über Fragen der politischen Repression ist die GRM bis jetzt ausgewichen. Wir sind die letzten, die einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung mit der GRM, ob in Wort oder Schrift, aus dem Wege gehen würden, aber dieser Artikel in der "rotfront" ist einfach nur in die Schreibmaschine geworfener Stumpfsinn!

BILANZ

Reichlich spät nehmen wir zur vergangenen Entwicklung unserer Organisation sowie zu der des Spartacusbundes Stellung. Diese Verspätung hat einige Gründe. Die vorliegende Sondernummer der 'permanenten revolution' sollte eigentlich schon im Dezember 1977 erscheinen, was aber immer wieder durch dringende Aufgaben verhindert und damit zusammenhängend war für uns die Entwicklung eigenständiger politischer Tätigkeit und all der damit verbundenen Aufgaben nach der ohne Zweifel durchgemachten politischen Krise unserer Organisation vorrangig.

Es geht nun für uns wahrlich nicht darum, diese oder jene Äußerung der Opposition widerzugeben und völlig losgelöst von der gesellschaftlichen Situation in der wir Politik betreiben, die Auseinandersetzungen dazustellen. Die aus unserer Organisation ausgeschlossenen Genossen haben sich in ihrer Mehrheit inzwischen zur FMR gesellt, nennen sich 'Gruppe Commune' und haben auch ein Pamphlet herausgegeben, welches zum Teil wie ein Kriminalheft zu lesen ist und zum anderen Teil aus Lügen besteht. Dieses Pamphlet macht es leider unumgänglich - wegen der darin aufgestellten unwahren Behauptungen - einiges richtig zu stellen. Wir haben aber nicht die geringste Absicht in Zukunft die Verleumdungen dieser Genossen auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Allein der Gedanke, daß der Verfasser dieser Zeilen, anstatt wesentliche Fragen des Klassenkampfes zu behandeln, sich mit einem solchen Produkt beschäftigen muß, schmerzt.

Doch dieses verspätete Eingehen auf vergangene Entwicklungen hat auch seine guten Seiten. Der Abstand, die eigene Entwicklung und die politische Entwicklung derer, von denen wir uns trennen mußten, läßt vieles klarer erscheinen und die fehlende Hitze der Auseinandersetzung rückt so manches in die ihm eigentlich zustehende Dimension.

DIE 'NOTWENDIGE INTERNATIONALE INITIATIVE' UND DIE 'SPALTUNG' DES SPARTACUSBUNDES

Wir veröffentlichen am Schluß dieses Artikels eine Erklärung des ZK des Spartacusbundes zum Standpunkt der FMR bezüglich des Scheiterns der 'Notwendigen internationalen Initiative' (NII), sodaß wir hier nur kurz auf diese Aspekte eingehen müssen.

Die gesamte Entwicklung ist erst zu begreifen, wenn die Organisationen nicht einfach in einen 'guten' und einen 'bösen' Teil geteilt werden, sondern wenn ihrer Situation von den gesellschaftlichen Zuständen, in denen sie sich bewegen, abgeleitet wird. Wir glauben, daß im Spartacusbund schon lange vor der Gründung der NII mehr oder weniger klar sichtbare Tendenzen der Resignation bestanden, die ihre Ursache in einer politischen Stagnation der Organisation und in der politischen Situation in der BRD hatten. Auf dieser Basis schien die Gründung der NII ein Ausweg zu sein, die nationale Isolierung schnell überwinden zu können und erst auf dieser Basis können alle die Schritte (die, isoliert gesehen, völlig unverständlich erscheinen) verstanden werden, deren schlimmster die Verkündung der 'Spaltung' der Organisation durch die Mehrheit des ZK war, was natürlich sofort in einen fürchterlichen politischen Katzenjammer mündete.

Die NII - bestehend aus der italienischen FMR, der englischen I-CL, dem deutschen Spartacusbund und der IKL - schaffte es nie, eine verbindliche Diskussion zu den programmatischen Punkten zu beginnen, die sie selbst als Voraussetzung für die Bildung einer internationalen Tendenz formuliert hatte (die Gründungserklärung der NII ist in der 'permanenten revolution' Nr. 2 enthalten). Die Gründe dafür sind in den unterschiedlichen Perspektiven und in der unterschiedlichen Situation der teilnehmenden Organisation zu sehen. Die portugiesische Revolution stellte den Kitt dar, der diese Organisationen (die eine ziemliche Übereinstimmung dazu erreichten) band. Als dieser Kitt dünner wurde - d.h. die portugiesische Revolution nicht mehr im Mittelpunkt des europäischen Klassenkampfes stand - kamen die unterschiedlichen Vorstellungen und Perspektiven erst deutlich durch, und es begann eine endlose und schließlich tötende Diskussion über die "Methode des Aufbaues einer internationalen Tendenz".

Für die englischen Genossen stellte die NII einen ziemlich unverbindlichen Diskussionsrahmen dar und dementsprechend standen sie bei all den Auseinandersetzungen nicht im Mittelpunkt. Sie lehnen auch heute noch die politische Verbindlichkeit einer internationalen Diskussion ab (dies hindert uns nicht, mit ihnen zu diskutieren), was die Grundlage einer unterschiedlichen Einschätzung des Aufbaues einer internationalen Tendenz hat. Unsere Organisation wurde praktisch mit dem Entstehen der NII gegründet und war zum Zeitpunkt ihres Zerfalls etwas älter als ein Jahr. Wir hatten keinerlei internationale Erfahrung, mußten erst die minimalen Grundlagen für das politische Überleben als Organisation legen und konnten daher in der NII keine eigenständige politische Rolle spielen. Dieser Umstand äußerte sich unweigerlich in gewissen Schwankungen (die von der gesamten Organisation getragen wurden). Der Spartacusbund - als quantitativ und qualitativ stärkste Organisation der NII - war in einer tiefen politischen Krise, die durch die Stagnation der NII schließlich noch verschärfte und vertieft wurde. Diese Krise umfaßte letztlich alle Aufgabenbereiche revolutionärer Politik und endete in der klamaukartig durchgeführten 'Spaltung' der Organisation durch die Mehrheit des ZK (ohne vorhergehende ZK-Sitzung und ohne eine Konferenz der Organisation). Die internationale FMR hatte von allen Organisationen die klarsten Vorstellungen und Perspektiven und sie verfügte darüber hinaus über Dokumente zu den programmatischen Punkten, die allerdings politisch völlig ungenügend waren. Von den heutigen Erfahrungen ausgehend können wir sicherlich sagen, daß es das Ziel der FMR war, wieder in das 'Vereinigte Sekretariat' aufgenommen zu werden. Die NII sollte dabei nur eine Zwischenetappe darstellen. Die Stellung der FMR zum Zentrismus des 'Vereinigten Sekretariats' als 'Zentrismus sui generis' und vor allem die nun praktischen Erfahrungen, beweisen dies eindeutig.

Von diesen denkbar ungünstigsten Ausgangsbedingungen ausgehend, geriet die NII bald ins Stokken. Statt einen verbindlichen Diskussionsplan zu erstellen, der eine rasche und durchgehende Klärung der programmatischen Fragen ermöglicht hätte, schlugen die dominierenden Kräfte - FMR und Mehrheit des Spartacusbundes - eine Politik des "einzigen Ausweges" ein. Lag dieser "einzige

Ausweg" einmal in der Schaffung eines "internationalen Zentrums" (ohne vorhergehende politische Klärung), so wurde wenig später der kommende 11. Weltkongreß des 'Vereinigten Sekretariats' zum "entscheidenden Punkt" erklärt, da es gelte, auf diesem Kongreß politisch präsent zu sein. Verbunden damit, schlug die FMR vor, die Diskussion auf eine Fusion gerichtet zu führen, was den Spartacusbund und unsere Organisation betraf, weil in diesem Fall eine relative Übereinstimmung zu der strapazierten "Methode des Aufbaues einer internationalen Tendenz" sicherlich vorhanden war. Grundlage dieses verschärften Fusionskurses sollte ein Dokument zur europäischen Revolution sein, welches als 'Gegendokument'zum 'Europäischen Dokument' des 11. Weltkongresses des 'Vereinigten Sekretariats' verstanden wurde. Wir stimmten diesem Kurs damals (Frühling 1977) grundsätzlich zu, einfach weil in einem solchen Dokument alle wesentlichen programmatischen Fragen behandelt werden mußten und weil eine Fusion von Organisationen, die zu den zentralen Fragen der europäischen Revolution Einigung erreichen können, mehr als gerechtfertigt wäre. Dieses Dokument sollte von der FMR erstellt werden und auf einer Sommerkonferenz der NII diskutiert werden.

Doch die verkündete 'Spaltung' des Spartacusbundes kam dazwischen. Dieser politische Akt, der darin bestand, daß die Mehrheit des Zentralkomitees die Organisation für 'gespalten' erklärte, ohne eine Sitzung des Zentralkomitees oder eine außerordentliche Konferenz der Organisation einzuberufen, ist wohl als einmalig festzuhalten.

Die ganze erbärmliche Perspektivlosigkeit der Mehrheitstendenz kam rasch zum Vorschein, die oft und oft gemeinsame "Methode" erwies sich als brüchig. Die Mehrheitstendenz zerfiel rasch in einige Gruppierungen, einige ZK-Mitglieder schrieben Stunden nach der verkündeten 'Spaltung' Selbstkritiken, einige verschwanden in der politischen Versenkung, andere begannen die Zeitung 'Commune' herauszugeben, in der Peter Tanas noch gegen den 'Pablismus' wetterte, derweilen die Organisation, mit der er mittlerweile 'sympatisiert', längst alles tat, um in das 'Vereinigte Sekretariat' aufgenommen zu werden ...

Es wäre nun sicherlich langweilig, alle einzelnen Schritte, die zum Zerfall dieses Versuches, eine internationale Tendenz aufzubauen, führten, anzugeben - quasi nach dem Motto: Nicht wir, sondern sie sind die Bösewichte! Festgehalten werden muß die durch und durch ultimatistische Art und Weise, in der die Mehrheitstendenz des Spartacusbundes und die FMR vorgingen. Das Dokument zur europäischen Revolution, welches ja erst entscheiden sollte, ob eine Fusion einiger NII-Gruppen möglich wäre, wurde nie vorgelegt. Die entsprechende Sommerkonferenz der NII, welche von allen Gruppen beschlossen wurde, wurde von der FMR boykottiert und nachher absurde und ein bezeichnendes Licht auf die Genossen werfende Behauptungen aufgestellt. So versichert die mittlerweile gegründete internationale FMR ernsthaft, daß diese Konferenz eine 'Fraktionskonferenz' gewesen war (der Spartacusbund, die I-CL und die IKL 'erlaubten' sich die 'Frechheit', die Konferenz trotzdem durchzuführen) und IKL und I-CL sich "geweigert" hätten, das internationale Diskussionsbulletin zu drucken... Da unsere Organisation die technische Herstellung des Bulletins übernommen hatte, müssen wir nicht ohne Grinsen feststellen, daß wir eben einfach nichts zu drucken hatten! Vorhanden war zu diesem Zeitpunkt (kurz vor der Sommerkonferenz 1977) einzig Material der I-CL, welches allerdings auch schon im Theoretischen Organ der englichen Genossen erschienen war, und ein Papier zur Methode des Übergangsprogramms, welches allen Organisationen der NII bekannt war. Das Papier, welches eigentlich im Mittelpunkt der Sommerkonferenz stehen sollte, wurde nie erarbeitet! Mit einem unfreiwillig komischen Beigeschmack und mit der Wildheit von politischen Gartenzwergen verfahren die Genossen hier, könnte man fast meinen, nach dem Motto: Haltet den Dieb! Rätselhaft erscheint außerdem, wie I-CL und IKL, also Gruppen, die die NII ohnehin nicht politisch dominierten, durch solche, eher 'simple' Tricks, die NII zerstören konnten ...

Wenn wir heute rückblickend die vergangene Entwicklung betrachten, dann stellt sich der Weg und die politische Methode dieser Genossen als schrittweise vollzogene Kapitulation vor dem Zentrismus des 'Vereinigten Sekretariats' dar. Letzter Schritt in dieser Entwicklung ist die "Gemeinsame Erklärung" der deutschen Sektion der FMR und der GIM (der deutschen Sektion des 'Vereinigten Sekretariats'), die in der allerschönsten Diplomatensprache abgefaßt und völlig inhaltslos ist und einzig den Sinn hat, die Kapitulation als 'Fusion' darzustellen. Vielleicht werden bald auch die GRM und die österreichische FMR eine ähnliche "Erklärung" abgeben. Und diese wird dann - ewig-tragisches österreichisches Schicksal - noch eine deutliche Spur komischer werden.

Alle Erklärungen der FMR (stets im Tonfall geschrieben, als handele es sich um die Ausrufung der Weltrevolution), können nur in diesem Lichte verstanden werden. Hätte man den deutschen und österreichischen Genossen noch vor einem Jahr gesagt, daß sie in einigen Monaten allen Ernstes behaupten würden, daß die NII aus Gruppen bestand, die unter dem politischen Niveau einer durchschnittlichen VS-Sektion liegen würden, hätten sie sicherlich etwas von "stalinistischen Verleumdungsmethoden" gebrüllt. Hätten sie in diesen Monaten einiges an politischem Verstand behalten, so wüßten sie, daß sowohl in der GIM als auch in der GRM nicht jenes politische Diskussionsniveau herrscht, welches den Spartacusbund und die IKL auszeichnen. Heute wollen sie wahrscheinlich einen "internationalen Tendenzkampf" in GIM und GRM führen. Tragisch nur, daß sie bemerken werden müssen, daß die GMR-Mitglieder von den Diskussionen und Auseinandersetzungen in GIM und LCR nicht nur wenig erfahren, sondern auch völlig national-borniert politisch erzogen sind. Die Genossen werden die praktische Erfahrung machen, daß internatioalistische Politik und Sich-'IV.-Internationale'-Nennen durchaus zwei verschiedene Dinge sein können. Doch der Weg ins politische Sumpertum mag ihnen nicht verwehrt sein.

DIE GRUNDLAGEN DER KAPITULATION

Die von der GRM abgespaltene Gruppe machte eine unter den in diesem Lande vorherrschenden politischen Bedingungen 'normale' Entwicklung durch (gemeint ist jene Gruppe, die im Herbst 1976 aus der GRM ausgeschlossen wurde, das 'Kommunistische Kollektiv' gründete und später Teil der IKL wurde). Einerseits war es zwangsläufig so, daß eine Reihe von skeptischen Elementen die Gelegenheit benutzten, um völlig aus der Politik zu gehen und jenen "beschissenen Leuten" gleichen, die stets eine "beschissene Situation" sehen. Anderseits war die Gruppe durch eine 'dogmatische Phase' geprägt, die aber unumgänglich war, bei der geringen politischen Ausbildung, die sie in der GRM genossen hatte. Einzig die portugiesische Revolution stand als 'praktisches' Problem im Mittelpunkt, was auch nicht anders sein konnte, es sei denn, jemand würde ernsthaft behaupten, Gruppen können anhand gemeinsamer Politik zur 'Arena-Bewegung' fusionieren ...

Doch diese 'dogmatische Phase' war auch dadurch gekennzeichnet, daß bei einer Reihe von Genossen der Blick für die Realität verlorenging. Der 'Dogmatismus' sollte jene Methode werden, mit der die GRM sehr rasch überflügelt werden konnte und die Pläne, wie viele Mitglieder wir in einem Jahr usw. haben werden, wurden geschmiedet ... Doch die Realität war leider eine andere. Was die Genossen letztlich nicht verkraften konnten, war die unumgängliche, teilweise politische Isolierung einer Organisation wie der IKL. Wir sprechen hier nicht von Fehlern, die ohne Zweifel gemacht wurden (in der Regel aber von allen Genossen getragen wurden), sondern einfach von der Tatsache, daß in einem 'linken Milieu', in dem sogar die GRM zeitweise als 'dogmatisch' verschrien ist, eine Gruppe, wie die unsere, 'unangenehm' auffällt. In einer Periode der stagnierenden Klassenkämpfe, in der politische Differenzen kaum in ihren praktischen Konsequenzen deutlich werden und oft abstrakt und dogmatisch ausgetragen werden müssen, herrscht im kleinbürgerlichen 'linken Milieu' eine Abneigung gegen jede Theorie, die nicht verschwommen und inkonsequent ist, vor. Dies ist in der Geschichte der letzten Jahrzehnte nichts Neues und an sich auch nicht sehr aufregend. Der Bolschewismus - Lenin und Trotzki haben dies oft und oft wiederholt - wird in solchen Perioden zwangsläufig 'sektiererische Züge' tragen (wobei es diesen Begriff eben als politischen Begriff zu werten gilt und nicht als simples Schimpfwort). Die 'Kunst' marxistischer Politik besteht darin, jene Balance zwischen tatsächlichem Sektierertum und Opportunismus zu finden. Daß wir nicht mit dieser Kunst geboren wurden, wissen wir vermutlich besser als die Kapitulanten von der RMF.

Unser Fehler bestand darin, zu spät eine eigenständige Praxis aufzunehmen, was zwangsläufig die fast ausschließliche Fixierung auf jenes 'linke Milieu' mit sich brachte. Und ebenso zwangsläufig bedeutete es für eine trotzkistische Organisation eine zu große, zu umfassende politische Fixierung auf die GRM, also einer Gruppe, die ebenfalls den Anspruch vertritt, den Trotzkismus in diesem Land darzustellen. Wir alle begriffen einfach zu spät (oder besser gesagt: wir lernten erst), daß es einfach nicht genügt, durch Wort und Schrift den Anspruch der GRM zu 'entlarven', sondern daß die eigenständige Politik erst eine Voraussetzung für eine politische Umgruppierung ist, die ohne Zweifen in bestimmten Situationen möglich und notwendig ist. Vielleicht begriffen wir dies alles schon weit früher. Tatsache aber bleibt, daß wir die Auswirkungen dieser Fehler zu spät bemerkten und dementsprechend auch zu spät reagierten. Die politische Krise der Organisation und die Kapitulation einiger Genossen hätte durch die Vermeidung dieser Fehler sicherlich nicht zur Gänze vermieden werden können, aber ohne Zweifel wären die Auseinandersetzungen dann weit klarer gewesen.

Mit alledem verbunden war das Problem der sozialen Struktur der Organisation. Es ist natürlich kein Zufall, daß die ausgeschlossenen Mitglieder sich fast ausschließlich im 'linken Milieu' bewegten, d.h., dort jenem vorherrschenden 'undogmatischen' (in der Konsequenz unpolitischen) Druck ausgesetzt waren. Die Gefahr der politischen Anpassung ist in den verschiedenen Praxisbereichen gegeben und äußert sich bloß unterschiedlich. Arbeiter-Mitglieder werden in bestimmten Situationen workeristische Tendenzen aufweisen und entwickeln und ebenso werden Genossen, die vor allem an der Universität arbeiten, ständig dem Druck der 'linken Familie' ausgesetzt sein, d.h., einzelne werden kapitulieren. Daß eine derartige Kapitulation - in den einen wie in dem anderen Falle - theoretisiert wird, ist dabei klar.

Wir hatten zwar immer begriffen, daß das Programm und die soziale Zusammensetzung einer revolutionären Organisation miteinander korrespondieren müssen, doch zu spät die praktischen Konsequenzen aus dieser uralten Wahrheit gezogen. Diese Konsequenzen hätten darin bestehen müssen, von Beginn an Arbeit in der Arbeiterklasse aufzunehmen, sich dem politischen Druck der Klasse auszusetzen und Erfahrungen zu sammeln. Natürlich bedeutet diese Konsequenz nicht, dafür einzutreten, daß die Organisation nur aus Arbeitern bestehen muß oder daß Arbeiter an sich mehr 'taugen' als Genossen, die aus dem Kleinbürgertum kommen. Es gilt aber, auch in einer Periode des stagnierenden Klassenkampfes Erfahrungen in und vor den Betrieben und in den Gewerkschaften zu sammeln (ohne die Hoffnung auf kurzfristige, große personelle Gewinne), die gerade für Genossen, die aus dem Kleinbürgertum kommen, wichtig sind. Und es gilt, auch in solchen Perioden nicht allein Politik in kleinbürgerlichen Schichten (studentische Linke, AKW-Bewegung, autonome Frauenbewegung usw.) zu machen, was stets zu einer Theoretisierung dieses Pragmatismus führt ('Neue Massenavantgarde', 'Dialektik der Interventionssektoren' usw.). Wir können dies heute an verschiedenen Gruppen der extremen Linken sehen. Ihre ausschließliche politische Intervention im Kleinbürgertum führt zu fatalen politischen Schlußfolgerungen, die bestimmten kleinbürgerlichen Schichten politische Avantgardefunktionen zuweisen (z.B. der AKW-Bewegung).

Zusammenfassend: Die oft und oft wiederholte Parole 'Gegen den Strom' hat ihre praktischen Konsequenzen, die eben auch zeitweise in einer bestimmten politischen Isolierung liegen. Es gilt, Fehler und Unumgänglichkeiten (letztere sind von der objektiven Situation bestimmt) streng zu trennen.

Verschärft wurde die Situation der Organisation durch die Tatsache, daß einige von der GRM kommende Genossen sich einfach nicht darüber im klaren waren, daß Kaderorganisation bedeutet, Pflichten zu haben und konsequent politisch zu arbeiten. Sie waren geprägt von jenem 'linken Milieu', in dem jeden Abend die Weltrevolution stattfindet, während der Morgen stets das 'Ausflippen' als Begleiter hat. Diesem eher simplen Problem - welches der sozialen Zusammensetzung der extremen Linken entstammt - wird von Zeit jede Organisation ausgesetzt sein (zusammenhängend mit den politischen Aufgaben der Organisation wird es stärker und schwächer auftreten). In bestimmten Organisationen kann man lange Zeit Mitglied sein, ohne etwas zu tun, in anderen eben nicht. Wir glauben, daß die Berufung auf den Bolschewismus keine literarische sein soll, sondern, daß dies auch Auswirkungen haben muß, auf die Art und Weise, in der die Organisation Politik nach Innen und nach Außen macht

und in der sie ihre Mitglieder politisch erzieht.

'ZENTRISMUS SUI GENERIS'

Die Diskussion zu den von der portugiesischen Revolution ausgehenden politischen Fragen (Konkretisierung der Losen 'Arbeiterregierung', Stellung zum MFA, konkrete Politik gegenüber SP und KP, FUR-Politik usw.) hatte in den einzelnen Organisationen bereits vor der Gründung der NII eingesetzt, und es zeigte sich, wie schon gesagt, ein in einigen Fragen hohes Maß an Übereinstimmung. Die NII direkt diskutierte einzig die Frage der IV. Internationale einigermaßen genau und umfassend, wenngleich einschränkend gesagt werden muß, nur auf einer abstrakten Ebene, die keinerlei praktische Schlußfolgerungen zuließ.

Doch ohne Zweifel war diese Diskussion wertvoll für alle Beteiligten. Für unsere Organisation vor allem deshalb, weil wir viele Probleme, die mit dieser Frage zusammenhängen, zum ersten Mal methodisch in den Griff bekamen. So lehnen wir heute den Begriff 'Pablismus' ab, weil dieser Begriff aus der politischen Schule von Organisationen kommt, die letztlich die falsche Politik des 'Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale' auf die 1953 erfolgte Spaltung zurückführen und sich mit dem Begriff 'Pablismus' eine politische Zielscheibe geschaffen haben, die es verhinderte, daß sie die Grundlagen dieser falschen Politik analysierten. Jene Organisationen, die von sich noch heute beanspruchen, die IV. Internationale zu sein oder der einzig legitime Vertreter des bolschewistischen Programms, teilen die Entwicklung der sich auf den Trotzkismus berufenden Kader nach dem 2. Weltkrieg in eine 'gute' und eine 'schlechte' Phase ein, wobei die 'gute' Phase sich meist dadurch auszeichnet, daß sie selbst noch mit den späteren 'Pablisten' in einer Organisation waren. Sie begreifen weder die Notwendigkeit der Rekonstruktion des revolutionären Programms (d.h. für sie wurde eben 1938 dieses Programm geschrieben und heute müsse man bestenfalls einige neue Absätze hinzufügen) noch die organisatorischen Schlußfolgerungen.

Für uns bestand das Wesentliche an dieser Diskussion in der Einsicht, daß jene sich auf den Trotzkismus berufenden Kader nach dem 2. Weltkrieg nicht in der Lage waren (es kann nicht darum gehen, 'Schufte' oder 'Verräter' zu suchen), angesichts veränderter politischer Bedingungen Antworten zu geben, die in der Methode Trotzkis und des Bolschewismus standen. Auf unterschiedliche Art und Weise kapitulierten sie vor dem Reformismus oder vor klassenfremden Strömungen. Diese Politik wird bei den verschiedenen Organisationen im Falle eines revolutionären Aufschwungs in Europa in aller Schärfe zum Ausdruck kommen, wie es bereits die portugiesischen Erfahrungen gezeigt haben, wo ja auf verschiedenen Seiten der Barrikaden Organisationen standen, die von sich beanspruchten, das Programm und die Methode der IV. Internationale zu vertreten.

Für Marxisten bedeutet das revolutionäre Programm keine Ansammlung von Prinzipien, die aus der Erfahrung der Klassenkämpfe in der imperialistischen Epoche sich entwickeln und ohne Zweifel 'ewige' Gültigkeit haben (Arbeiterregierung, Einheitsfront, Räte, Bewaffneter Aufstand, Diktatur des Proletariats usw.). Diese Prinzipien des Bolschewismus haben natürlich auch heute ihre volle Gültigkeit, aber das Programm der Revolutionäre muß konkret die Erfahrungen der vergangenen Periode der internationalen Klassenkämpfe ziehen und die Perspektiven, die daraus folgen, entwickeln. Ausgehend von der objektiven Situation muß das revolutionäre Programm das internationale Kräfteverhältnis der Klassen zueinander analysieren, und es wird wohl niemand ernsthaft behaupten, daß die objektive Situation heute die gleiche sei wie 1938, als die IV. Internationale gegründet wurde und das 'Übergangsprogramm' verabschiedet wurde.

"Der Terminus 'Rekonstruktion des Programms' ist somit doppelt zu verstehen: Es ist notwendig zu konstruieren, weil die gesamte Weltlage neu verarbeitet und eingeschätzt werden muß, es ist möglich zu rekonstruieren, weil die wesentlichen Schlußfolgerungen von 1938 - die Eroberung der Macht, die Diktatur des Proletariats, die Rolle der Partei, der Gewerkschaften, der Räte usw., die Bündnisfrage, die Funktion von Übergangslösungen usw. für uns uneingeschränkte Gültigkeit beibehalten." (Ergebnisse & Perspektiven Nr. 4)

Die organisatorische Schlußfolgerung aus alledem ist die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der IV. Internationale, weil die auf den Trotzkismus sich berufenden Organisationen und Strömungen entweder diese programmatische Aufgabe nicht sehen oder/und dabei versagt haben. Dem internationalen Charakter des Programms entsprechend muß diese Aufgabe von Beginn an international angegangen werden, wobei der erste Schritt im Aufbau einer internationalen Tendenz bestehen muß.

Auf dieser Ebene konnte in der NII eine relative Einigkeit (mit Ausnahme der I-CL) erreicht werden, die aber abstrakt blieb. So wurde die konkrete Situation des 'Vereinigten Sekretariats' nie analysiert, obwohl erst eine Diskussion darüber zeigen hätte können, ob diese abstrakte Übereinstimmung es erlaubt hätte, gemeinsame praktische Schlußfolgerungen zu ziehen.

Die Auseinandersetzungen nahmen ihren Ausgang bei der Feststellung der FMR und der Mehrheit des Spartacusbundes, wonach der Zentrismus "immer prinzipiell reformierbar" sei, die zwar damals noch ohne praktische Schlußfolgerungen blieb, aber dennoch im Mittelpunkt einer Auseinandersetzung stand, deren Bedeutung sich heute deutlich zeigt. Dieses abstrakte Herangehen an den Zentrismus entspricht keineswegs der Methode Trotzkis. Wer sich der Mühe unterziehen wird, Trotzkis Stellung zu den verschiedenen zentristischen Strömungen zu untersuchen, wird begreifen, daß Trotzki diese Organisationen in ihrer Bewegung und Entwicklung betrachtete und dementsprechend einschätzte. Die Schlußfolgerung kann einzig darin bestehen, zu sagen: Zentrismus kann reformierbar sein, wobei die dazu notwendigen politischen Schritte hier nicht bewertet werden sollen. Angesichts des eklatanten Versagens der POUM im spanischen Bürgerkrieg wäre die abstrakte Feststellung, daß die POUM "prinzipiell reformierbar" sei, eine leere Phrase geblieben, ohne jegliche praktische Bedeutung. Trotzki ging diese Probleme stets konkret an und im Falle der POUM spricht er von der Notwendigkeit der Mobilisierung der Basis gegen die Führung, also für ein Herangehen, welches dem gegenüber reformistischen Parteien sehr ähnlich ist.

Die Anwendung des Begriffes 'Zentrismus sui generis' für das 'Vereinigte Sekretariat' bedeutete für uns zu keinem Zeitpunkt, daß jener Zentrismus 'besser' reformierbar ist oder nicht jenen Entwicklungstendenzen ausgesetzt ist, die den Zentrismus generell auszeichnen. Der Zentrismus ist in seinem Aufschwung und in seinem Niedergang stets von der Entwicklung der Klassenkämpfe abhängig, d.h., er hat keine lange, eigenständige Existenzgrundlage. Dies war besonders bei den zentristischen Gruppierungen in den Jahren vor dem 2. Weltkrieg zu beobachten, die mit dem Niedergang der Arbeiterbewegung allesamt verschwanden. Dieser Zentrismus schaffte es auch nie, eine internationale Organisation aufzubauen, d.h., sein 'Internationalismus' reichte bloß zur Bildung von Blöcken und Föderationen.

Der Zentrismus des 'Vereinigten Sekretariats' unterscheidet sich insofern von jenem 'klassischen' Zentrismus, als er erstens den Anspruch hat, eine Internationale darzustellen und auch eine international mehr oder weniger verbindliche Politik durchführt (das Element der Föderation ist durch die Mitgliedschaft der amerikanischen SWP, die eine methodisch andere Politik vertritt als die meisten europäischen Sektionen, ebenfalls gegeben) und zweitens, daß er nun schon Jahrzehnte besteht, ohne zur Gänze vor dem Reformismus zu kapitulieren (einzelne Tendenzen des 'Vereinigten Sekretariats' sind diesen Weg gegangen). Der Grund dafür liegt nun nicht etwa in der Berufung auf den Trotzkismus und die IV. Internationale, sondern in der relativen Stabilität des Imperialismus (in Ländern der sogenannten 3. Welt sind einzelne Sektionen - Ceylon, Argentinien - unter dem Druck zugespitzter Klassenkampfsituationen Wege gegangen, die auch von der Berufung auf den Trotzkismus wegführten) und in der Nicht-Existenz einer internationalen revolutionären Alternative. Diese beiden Faktoren erlaubten es dem Zentrismus des 'Vereinigten Sekretariats' zu überleben. Der Begriff 'sui generis' (besonderer Art) ist dabei an sich völlig nebensächlich, sondern es gilt die Grundlagen zu erfassen. Daraus folgt aber keineswegs, ein verändertes politisches Herangehen an das 'Vereinigte Sekretariat', denn gerade die jüngste Entwicklung in einigen Ländern zeigt, daß dessen Sektionen auf den Druck bestimmter politischer Entwicklungen - man kann fast sagen - auf typische zentristische Art reagieren: sie gehen nach rechts und passen sich an.

Wenn die internationale FMR nun die Aufnahme in das 'Vereinigte Sekretariat' anstrebt, dann wirft sie letztlich die marxistische Methode des Herangehens an den Zentrismus über Bord. Dieser wird nicht mehr in seiner Entwicklung beurteilt (Fusionsgespräche mit solchen Organisationen, die sich nach links entwickeln, sind selbstredend nicht abzulehnen). Wir sehen aber gerade jetzt in der BRD und in Österreich eine Rechtsentwicklung des 'Vereinigten Sekretariats', die sich in der Stellung zu den zentralen politischen Fragen festmachen läßt. Ohne Zweifel ist der ganze Komplex von Fragen und Problemen, der mit der politischen Unterdrückung zusammenhängt, in der BRD von entscheidender Bedeutung und, ebenso ohne Zweifel, hat dies ganz konkrete Auswirkungen auf Österreich. Doch die Stellungnahme der italienischen Sektion des 'Vereinigten Sekretariats' zur Moro-Entführung (die fast noch übler ist als das, was GIM und GRM so von sich geben), zeigt, daß diese Rechtsentwicklung keineswegs auf diese beiden Länder beschränkt bleibt. Die Politik der GRM in der Anti-AKW-Bewegung, die sich nur mehr durch das Etikett von der linken Sozialdemokratie unterscheidet, ist ein weiteres Zeichen der Rechtsentwicklung.

Die Genossen der FMR haben noch nicht einmal im Ansatz eine Analyse vorgelegt, die die konkrete politische Entwicklung des 'Vereinigten Sekretariats' untersucht und ihr Bemühen um eine Aufnahme erklärt. Die Entwicklung des Zentrismus wird für sie völlig nebensächlich. Dieser klarste Ausdruck der politischen Kapitulation wird ohne Zweifel ein Einstellen jeglicher Kritik am 'Vereinigten Sekretariat' mit sich bringen. In Österreich hatte dies ja bereits die konkrete Auswirkung, daß die RMF ohne jegliche politische Erklärung das Russell-Komitee verließ (die Art und Weise ihrer vorherigen 'Mitarbeit' entsprach in der Intensität ihren Vorstellungen von politischer Arbeit) und auch keinerlei Kritik an der diffusen, von der GRM initiierten 'Diskussionsinitiative' übte. Mit- und Hineinschwimmen lautet die Parole!

EINE GRUPPE STELLT SICH VOR ...

Anfang Mai verteilte die'Gruppe Commune' (öster. Sektion der FMR) eine Erklärung ("Wer wir sind, woher wir kommen"), die beschämend ist. Beschämend auch für uns, weil wir natürlich nicht frei von Verantwortung dafür sind, was Genossen, die aus unserer Organisation kommen, schreiben und tun. Wir werden dieses Pamphlet nicht zur Gänze behandeln, einfach deswegen, weil vieles was darin gesagt wird, nur Mitgliedern unserer Organisation bekannt ist und wir einfach nicht die Absicht haben, dieses Verständnis von der Austragung politischer Differenzen anzuerkennen. Dennoch müssen wir einige Zeilen verschwenden.

Das auffallendste und bemerkenswerteste an dieser Erklärung ist die Betrachtungsweise der politischen Entwicklung der Organisation, bzw. die der Entwicklung zu ihrer Gründung. Abgesehen davon, daß die Organisation in einen immer 'bösen' (Spartacus-Wien) und einen immer 'guten' (TNK-Mitglieder) Teil gespalten wird, wird rückblickend alles mit den heutigen politischen Brillen betrachtet und beschrieben. Die Kader und ihre Organisation werden nicht als lebendiger Organismus in der Entwicklung gesehen, sondern starr und von Position zu Position hüpfend. Diese undialektische Methode - die eher aus nicht-marxistischen politischen Schulen stammt -, führt dann natürlich auch dazu, alles was die IKL 'gut' gemacht hat, dem 'guten' Teil zuzuschreiben (auch wenn es sich um einstimmige Beschlüsse gehandelt hat), während 'Spartacus-Wien' offenbar aus Wahnsinnigen bestand, die die - eher etwas naiv beschriebenen - Genossen, die aus der GRM kamen, immer nur 'quälen' und ärgern wollten. Wäre das Ganze wichtig, könnte man es sicherlich Geschichtsumschreibung nennen, aber so.......

Positive und negative Noten werden in der Manier eines politisierenden Pfaffen rückwirkend verteilt, ohne die damalige Politik und politische Entwicklung der Organisation heranzuziehen. Was wir alle beschlossen haben (auch die Fehler, die wir gemeinsam machten), wird nun nur mehr einem Teil der Organisation zugeschrieben. Wer sich in der politischen Literatur einigermaßen auskennt, wird schnell bemerken, daß diese Art der rückwirkenden Betrachtung und Bewertung, ganz fest in der Tradition von wirklichen sektiererischen Gruppen und Strömungen steht und mehr als ein Schmunzeln kann uns die 'Gruppe Commune' nicht entlocken, wenn sie uns nun eine 'workeristische Sekte' nennt.........

Doch beschämend ist es auch, daß die Genossen zu Lügen greifen müssen. Was sie damit be-

zwecken ist uns weder klar, noch interessiert es uns sonderlich. Wie sehr sie sich eine eigene 'Geschichte der IKL' zurechtgebastelt haben, können wir daran erkennen, daß sie davon sprechen, die IKL habe einer "Beteiligung an einer Fusion FMR-Spartacusbund" zugestimmt. Genossen, ihr wißt ebenso wie wir, daß die Rede war von einer verschärften und zugespitzten Diskussion mit dem Ziel einer Fusion. Grundlage dieser Diskussion sollte das Dokument zur europäischen Revolution sein, welches wir nie zu Gesicht bekamen! Aber bastelt weiter an eurer eigenen politischen Welt, vielleicht - das wünschen wir von ganzem Herzen - findet ihr sogar Zuhörer. Wir beschränken uns nun noch auf einen Punkt. Schon während der Auseinandersetzungen innerhalb der Organisation übte sich die Minderheit darin, der Leitungsmehrheit "stalinistische Methoden" vorzuwerfen. Dies sollte durch das ausgesprochene Verbot zur Bildung einer Tendenz untermauert werden.

Dazu ist folgendes zu sagen. Die Gründungskonferenz der IKL hatte mehrheitlich beschlossen, daß die Leitung der Organisation diese Möglichkeit haben sollte und zwar in Fällen, in denen die Auseinandersetzungen nicht klar genug sind, nicht genügend diskutiert und nicht in ihren praktischen Konsequenzen ausgewiesen sind.

Genau der Fall lag aber nun vor. Hier ist nicht der Platz, um genau auf den demokratischen Zentralismus einzugehen, der für uns keine starre Formel ist, sondern vom Stand der Organisation und den politischen Bedingungen abhängig ist.

Wenn Genossen eine Tendenz bilden wollen, ohne daß die Fragen, die sie zur Basis dieser Tendenz machen wollen, in der Organisation diskutiert wurde (ein Teil der Mitglieder diese Differenzen also nicht einmal kennt), wenn ihnen der politische Inhalt zur Bildung eines Blockes, einer Tendenz und einer Fraktion reicht; wenn Genossen diesen Tendenzaufruf unterschreiben, die die Zeit vorher beurlaubt waren, oder den politischen Inhalt nicht einmal offen in der Organisation vertreten haben - dann kann man nur von einem durch und durch unernsten Herangehen sprechen und in solch einem Falle, war die entsprechende Maßnahme der Leitungsmehrheit, voll und ganz gerechtfertigt.

Vom Verbot der Tendenzbildung generell kann nicht im geringsten die Rede sein. Wir glauben aber, daß man zuerst diskutieren sollte (vor der gesamten Organisation) und die praktischen Konsequenzen der Auseinandersetzung deutlich machen sollte, bevor man Tendenzen bildet. Wenn das "stalinistische Organisationsmethoden" sind, bitte schön...

Zum Schluß, Genossen der 'Gruppe Commune' laßt uns noch bemerken, daß ihr trotz allem offensichtlich den Humor nicht verloren habt. Denn wie sonst, sollte man eure Feststellung werten, daß sich die objektive Situation in Österreich, durch die 'Arene-Bewegung', die AKW-Bewegung und die Demonstrationen der Kärntner Bauern im Sommer 76 geändert hat? Entschuldigung - es darf doch noch immer ein bißchen gelacht werden?



EINIGE KURZE BEMERKUNGEN ZUM "SELFCRITICAL BALANCESHEET ON THE NII"

Bevor wir auf einige Punkte in der Erklärung des "International secretariate of RMF for the Fourth International" vom 26. 11. 77 eingehen, müssen wir noch einmal unsere Darstellung der Ursachen des Scheiterns der NII wiedergeben. Wir zitieren aus einem gemeinsamen Brief der IKL und des Spartacusbundes an die I-CL, der im Anschluß an die NII-Sommerkonferenz geschrieben wurde:

"Wir glauben, daß der Ausgangspunkt der NII - die zentrale Bedeutung der portugiesischen Revolution - korrekt war, wenngleich schon bei der Erstellung des Gründungsdokuments - in dem inhaltliche Fragen, über die noch nicht diskutiert wurde, schon als gemeinsamer Standpunkt ausgegeben wurden, - eine Methode deutlich wurde, die es später verunmöglichen sollte, weiter gemeinsam zu arbeiten.

Ein weiterer korrekter Ausgangspunkt war durch die gemeinsame Einschätzung, wonach keine der bestehenden, sich auf den Trotzkismus berufenden Strömungen, in der programmatischen Kontinuität der ILO und der IV. Internationale steht und daraus folgend die Notwendigkeit der Rekonstruktion des revolutionären Programms, gegeben. Der Wiederaufbau der IV. Internationale muß daher schon von Beginn an mit einem bestimmten organisatorisch-politischen Herangehen verbunden sein. Die Internationale wird nicht erstehen als Folge einer Diskussion einer Gruppe von Organisationen, die im wesentlichen national beschränkte Politik betreiben, sondern der erste Schritt zum Wiederaufbau wird - folgend aus der oben genannten politischen Grundlage - im Zusammenschluß einiger Organisationen (auf der Basis der 6 Punkte) zu einer internationalen Tendenz bestehen, die diese Internationale (ebensowenig wie eine Diskussionsrunde) nicht ersetzen kann, sondern wie schon gesagt, den ersten Schritt zu ihr darstellt. Durch eine gemeinsame Programmatik und durch den Demozent. wäre diese int. Tendenz in die Lage versetzt, auf einer höheren Ebene gemeinsame politische Erfahrungen zu machen und die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen, als dies vorher möglich ist. Wir müssen davon ausgehen, daß national bestehende Organisationen unumgänglich dem Druck politischer Kräfte ausgesetzt sind und allein die int. Organisierung (seien es auch nur Kaderkerne) eine Möglichkeit (keine Gewähr) darstellt, diesem Druck standzuhalten. Dieses grundsätzliche Herangehen - welches natürlich konkretisiert werden muß - halten wir nach wie vor für absolut richtig und glauben nicht, daß es den Grund für das Scheitern der NII darstellt. Im Gegenteil.

Nach den ersten Diskussionen um das Gründungsdokument und dem 'zentrismus sui generis' wäre es absolut notwendig gewesen, erstens einen verbindlichen Diskussionsrahmen zu erstellen und damit verbunden zweitens, die Entwicklung der portugiesischen Revolution in der NII zu diskutieren und die - auf dieser Ebene möglichen - Schlußfolgerungen (Arbeiterregierung, Reformismus). Genau das ist aber nicht geschehen. Statt dessen ... hüpfte die NII von "Brennpunkt" zu "Brennpunkt", begann eine abstrakte "Methodendiskussion", die den Anfang vom Ende darstellte.

Die Gründe für diese Entwicklung sehen wir in einigen Faktoren. Als wesentlichster unter diesen Faktoren muß die politische Methode der FMR

ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN

THEORETISCHES ORGAN DES SPARTACUSBUNDES

NR. 4 / MÄRZ 1978 / PREIS: DM 3.-

übergangs-programm

frauen-bewegung

frauenfrage

genannt werden, die ihren Ausfluß im Tendenzkampf innerhalb des Spartacusbundes (IT) und später auch innerhalb der IKL fand. Die FMR verstand sich als internationale Tendenz, die Dokumente zu den 6 Punkten besitzt. Ihr Bestreben war nicht auf eine umfassende inhaltliche Diskussion dieser 6 Punkte gerichtet, sondern auf die gemeinsame Praxis (gemeinsame Politik) auf der Basis ihrer Programmatik (bzw. auf der Basis einer 'aktuellen Resolution'). Ihr Versuch, die NII als Umgruppierungsfeld zu benützen, ist an sich legitim gewesen, zu kritisieren und abzulehnen ist jedoch die ultimatistische Art und Weise, in der dies durchgeführt wurde. So gesehen war das Projekt des gemeinsamen Büros, sowie der "verschärfte Fusionskurs" zwischen Spartacusbund, FMR und IKL "nur" der Versuch, mittels Abkürzungsweg durch gemeinsame taktische Schritte, die nicht durch eine gemeinsame Programmatik abgesichert sind, zur internationalen Tendenz zu kommen. Dabei kamen die resignativen Tendenzen bei Teilen der Spartacusbund-Führung, dieser Politik entgegen. Der Fehler der IKL, der TNK, aber auch der I-CL (die zwar stets bereit war, inhaltlich zu diskutieren, aber kaum auf die theoretischen Aspekte der Fragen und Probleme beim Aufbau der Tendenz einging) bestand vor allem darin, nicht energisch genug auf die Erstellung eines verbindlichen Diskussionsfahrplanes zu drängen. IKL und TNK sahen nicht klar genug die Auflösungstendenzen der 'Methodendiskussion". Neben Fehlern und Versäumnissen muß aber auch die große Unerfahrenheit genannt werden. Die NII war für die meisten Genossen und Genossinnen der erste Versuch, den theoretischen Anspruch zur Gründung einer int. Tendenz praktisch anzugehen. In diesem Sinne war es also eine durchaus lehrreiche Schule.

Das Ende der NII entsprach genau der mit dem Vorschlag zur Einrichtung eines gemeinsamen Büros sich durchsetzende Methode der Abkürzungen. Die FMR zeigte sich nur mehr an einer "Diskussion" mit jenen bereit, die ihre 6 Punkte übernahmen. Die Umgruppierung war "geglückt".

Wichtiger als länger auf all diese zum Teil obskuren Entwicklungen einzugehen, ist jedoch festzustellen, welche Schlußfolgerungen und Perspektiven wir heute sehen und wie wir sie praktisch durchführen wollen.

Wir gehen davon aus, daß die wesentliche Aufgabe in der ersten Etappe des Aufbaus der int. Tendenz in einer grundlegenden Klärung der 6 Punkte besteht, die nicht abstrakt-historisch erfolgen soll, sondern schon auf aktuelle Entwicklungen des internationalen Klassenkampfes bezogen sein muß. Wir müssen ferner festhalten, daß jede gemeinsame praktische Aktivität - welcher Art auch immer - von der Entwicklung dieser programmatischen Diskussion abgeleitet werden muß. Solche gemeinsamen politischen Schritte werden nicht nur in der Propagierung des Diskussionsrahmens und seiner inhaltlichen Ergebnisse bestehen, sondern sie können auch in gemeinsamen Initiativen zu Aktionseinheiten bestehen. Die Intensität, der Charakter jedes gemeinsamen politisch-praktischen Schrittes muß von den Ergebnissen der programmatischen Diskussion abhängig gemacht werden und nicht umgekehrt, wie es uns die IT und FMR vormachen wollten."

Diese unsere Bilanz spricht für sich und wir halten es nicht für notwendig, auf die differenten Punkte zur Bilanz der FMR (bzw. des International Secretariate/IS) einzugehen, weil beide Stellungnahmen keine neuen Argumente liefern, die alten Argumente jedoch in recht unerquicklicher Weise "ausdiskutiert" wurden.

Ein Wort jedoch noch zur Beurteilung der Entwicklung des Spartacusbundes. Das Int. Sec. behauptet, daß die "factional (?) conference" (gemeint ist die NII-Sommerkonferenz) die Spaltung des Spartacusbundes verfestigt/bestätigt (to confirm) hätte. Diese eigenartige Sicht der Dinge kann nur noch (nach den Erfahrungen mit der IT und der FMR) mitleidig belächelt werden. Denn nur zu bekannt ist allen die Tatsache, daß die IT den Spartacusbund mit Mai 77 verlassen hat, die FNK anschließend noch versucht hat, gemeinsame Gruppensitzungen mit der IT (bzw. ihren Zerfallsprodukten) zu organisieren, um zu einem politischen Abschluß der Differenzen zu kommen. Reaktion der IT: null.

Indem das Int. Sec. es bei dieser Bemerkung zur Entwicklung des Spartacusbundes beläßt, setzt es die schlechte Tradition von IT und FMR fort: Es verdreht bewußt die Tatsachen.

Komisch und unpolitisch zugleich wirkt auch die mühsam gedrosselte Freude über die Existenz "einer deutschen Sektion und einer sympathisierenden Sektion in West-Berlin und eines FMR-Kerns in Österreich". Richtig freuen darf das Int. Sec. sich nicht, das würden nur Sekten tun - aber immerhin, eine "relative Verbreiterung ihrer (der FMR) Stärke" hat stattgefunden. Nicht erwähnt wird jedoch das, was eine politische Erklärung ausmachen würde. Nämlich die Tatsache, daß die IT und später die RMF den politischen Aufgaben nicht gewachsen waren. Ohne Zweifel war in den letzten Monaten der Kampf gegen die politische Unterdrückung in der BRD der wichtigste Aspekt kommunistischer Politik. Alle Zerfallsprodukte der IT haben zu spät, nur sporadisch und - was vor allem die "deutsche" Sektion" angeht - politisch katastrophal reagiert. Das sog. Int. Sec. sollte sich überlegen was es bedeutet, wenn eine Organisation oder Gruppe, deren Qualität ja bekanntlich in ihrem Verhältnis zu den Brennpunkten des Klassenkampfes bestimmt wird, so schmählich versagt.

In diesem Zusammenhang können wir uns ein Wort mehr doch nicht verkneifen. Das Int. Sec. stellt fest, daß die in der NII organisierten Gruppen national isoliert waren und deren Qualität weit unter dem mittleren Niveau der europäischen VS-Sektionen lag, mit Ausnahme der FMR natürlich.

Was heißt hier Qualität? Vermutlich doch in erster Linie, auf die brennensten Fragen des Klassenkampfes eine marxistische Antwort zu geben. Wir empfehlen dem Int. Sec. dringendst, sich die Antwort der GIM auf die zunehmende Repression in der BRD zu vergegenwärtigen. Und nicht vergessen: Das Schwarze sind die Buchstaben!

Wir sehen gegenwärtig keine direkten Anknüpfungspunkte, um die alte Diskussion über die 6 Punkte mit der FMR wieder neu zu beginnen. Die Priorität unserer internationalen Arbeit besteht zunächst darin, den Fusionsprozeß mit der IKL durchzuführen.

ZK des Spartacusbundes

5. Januar 1978

FUSION IKL/ SPARTACUSBUND

Der Spartacusbund und die IKL haben aufgrund der schon vorhandenen weitgehenden programmatischen Übereinstimmung beschlossen, die Fusion beider Organisationen anzustreben.

Die beider Organisationen gehen davon aus, daß im Zeitalter des Imperialismus eine revolutionäre Partei nur als Internationale, als demokratisch-zentralistische Weltpartei aufgebaut werden kann, deren demokratisch gefaßten internationalen Entscheidungen die nationalen Sektionen untergeordnet sind. Der organisatorische Ausdruck des proletarischen Internationalismus ist die Internationale. Eine solche Internationale besteht heute nicht.

Bei unseren Versuchen einen Beitrag zum Aufbau einer solchen Internationale zu leisten, stellen sich der Spartacusbund und die IKL in die Tradition der Internationalen Linksopposition der III. Internationale um Trotzki und der 1938 in Paris gegründeten IV. Internationale.

Doch die Vierte Internationale, entstanden in der Periode der größten Niederlagen der Arbeiterklasse, im Zweiten Weltkrieg von dem blutigen Terror der Stalinisten und Faschisten ihrer führenden Kader beraubt und physisch weitgehend zerschlagen, war nicht in der Lage, in der Nachkriegskrise die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen. Sie war unfähig, die Nachkriegssituation korrekt einzuschätzen, die neuen Bedingungen zu analysieren.

Trotzkis revolutionäre Einschätzung am Beginn des Zweiten Weltkrieges ging davon aus, daß der Kapitalismus in eine tiefere Krise als nach dem Ersten Weltkrieg und 1929/31 gestürzt würde, daß das Ende des Zweiten Weltkrieges den völligen Zusammenbruch des Stalinismus bringen würde und daß in dieser umfassenden Krise die Arbeiter- und Bauernmassen unter Führung der Vierten Internationale mit stürmischen Schritten zur Revolution schreiten würden.

Dagegen mußte die internationale Arbeiterklasse mit dem Zweiten Weltkrieg die fürchterlichste Niederlage ihrer Geschichte hinnehmen. Die physische Vernichtung, die organisatorische Zerschlagung und die ideologische Demoralisierung der Arbeiterbewegung waren die Bedingungen für den weltweiten kapitalistischen Wiederaufbau und eine erneute Wiederaufschwungsphase der kapitalistischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Stalinismus ging gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg hervor: in China, Vietnam, Jugoslawien und in Osteuropa entstanden deformierte Arbeiterstaaten, die die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie enorm ausdehnten.

Nur eine Analyse, die das Versagen wichtiger Sektionen der Vierten Internationale im Krieg kritisch aufgearbeitet, die neuen Bedingungen wahrgenommen und auf der Grundlage der marxistischen Methode analysiert hätte, hätte die programmatische Kontinuität der Vierten Internationale sichern können.

Ohne eine prinzipienfeste, programmatische Grundlage auf der Basis einer solchen Analyse jedoch, konnte sie die neuen Bedingungen nicht mit einer entsprechenden strategischen Orienticrung beantworten. Das Ergebnis war ihr programmatischer und organisatorischer Zerfall.
Die Vierte Internationale existiert heute nicht.

Keine der heute bestehenden internationalen Tendenzen, die vorgeben, die Vierte Internationale zu sein, oder sich auf sie zu berufen, stellen ihre programmatische Kontinuität dar. Keine dieser Tendenzen hat sich als fähig erwiesen, die neuen internationalen Entwicklungen seit dem Zweiten Weltkrieg und die dadurch aufgeworfenen programmatischen Fragen auf der methodischen Grundlage des Übergangsprogramms der Vierten Internationale von 1938 und unter Bewahrung seiner grundlegenden Aussagen in einem neuen internationalen Programm zusammenzufassen. Sie alle haben das trotzkistische Programm aufgegeben, indem sie an seinen Buchstaben haften blieben oder dem "Druck der Umstände" erlegen sind. Sektiererische Verknöcherung und opportunistische Anpassung an klassenfremde Kräfte - das kennzeichnet diese Organisationen.

Die entscheidende Aufgabe der Revolutionäre, der Trotzkisten, ist heute der Wiederaufbau der Vierten Internationale. Ihr muß die gesamte Politik der Revolutionäre zugeordnet sein. Wir verwerfen die Vorstellung eines allmählichen internationalen Zusammenwachsens zunächst national beschränkter Parteien. Dies bringt nur die Weigerung zum Ausdruck, den Aufbau nationaler Parteien von vornherein vom Gesichtspunkt einer internationalen Strategie her in Angriff zu nehmen und stellt damit eine Abweichung vom revolutionären Marxismus dar.
Der Wiederaufbau der Vierten Internationale kann nur von einem internationalen Zentrum aus erfolgen. Dieses internationale Zentrum gibt es heute jedoch nicht.

Die angestrebte Fusion zwischen Spartacusbund und IKL wird von uns verstanden als ein Schritt zum Aufbau einer internationalen bolschewistischen Tendenz mit dem Ziel des Wiederaufbaues der Vierten Internationale.

Voraussetzung für die Fusion ist, daß die beiden Organisationen auf prinzipieller Ebene über wesentliche programmatische Punkte Einigkeit erzielen. Es wird daher beschlossen, programmatische Thesen zu den folgenden Problemen zu erarbeiten:

1. Imperialismus
2. Volksfront - Arbeiterregierung
3. Sozialdemokratie - Stalinismus (Reformismus)
4. Methodik und wesentliche Inhalte des Übergangsprogramms
5. Neokoloniale Revolution und nationale Befreiungsbewegungen
6. Deformierte Arbeiterstaaten
7. Krise der Vierten Internationale.

Die IKL und der Spartacusbund gehen davon aus, daß die hier angestrebte Klärung wichtiger Prinzipien des Bolschewismus auch Grundlage einer aufzubauenden internationalen, demokratisch-zentralistischen Tendenz sein müssen, die auf dieser programmatischen Basis zentralisiert in den internationalen Klassenkampf eingreifen kann und muß, um damit die umfassende Rekonstruktion des revolutionären Programms auf einer qualitativ höheren Stufe in Angriff zu nehmen.

Der erste ernsthafte Versuch des Aufbaus einer internationalen bolschewistischen Tendenz, die NII, ist gescheitert. Fehlendes Verständnis über die notwendigen Schritte, Unerfahrenheit, Manöverpolitik (von Seiten der FMR) und die Kapitulation vor dem Druck des Klassenkampfes (die ehemalige und jetzt aus der Organisation unpolitisch desertierte Führung des Spartacusbundes) vor dem Hintergrund des zeitweiligen Rückschlages der Revolution in Europa (Portugal), verhinderten eine Diskussion, um die vorhandenen programmatischen Differenzen zu überwinden. Die angestrebte Fusion von Spartacusbund und IKL ist sowohl Ausdruck des Scheiterns der NII als auch dafür, die ungelöste Aufgabe des Aufbaus einer internationalen Tendenz auf der Basis der gemachten Erfahrung erneut in Angriff zu nehmen.

Die Fusion schließt also von vornherein unsere Bemühungen ein, mit anderen revolutionären Organisationen in eine verbindliche Diskusssion mit der genannten Zielrichtung zu kommen.

SPARTACUSBUND (BRD)
IKL (Österreich)

Dezember 1977

GESPRÄCH ÜBER DIE FRAUEN-FRAGE



A: Unsere Kritik an der neuen Frauenbewegung wird von den Feministinnen zumeist als eine rein akademische Auseinandersetzung, mit den in sich oft widersprüchlichen, nicht zu Ende gedachten Theorien des Feminismus aufgefaßt - eine Auseinandersetzung, die angeblich den Kampf der Frauen schwächt, da sie die Kräfte, die man notwendig für Aktionen brauchen würde, für theoretische Auseinandersetzungen zu binden versucht. Das ist ein Fehler. Unsere Kritik an der neuen Frauenbewegung entspringt einem praktischen Interesse, nämlich nachzuweisen, daß sie nicht in der Lage ist, dem Kampf der Frauen gegen ihre Unterdrükkung eine Perspektive zu weisen und zu verhindern, daß die zum Kampf bereiten Frauen schließlich desillusioniert in die Privatspähre absakken. Daß die Strategien des Feminismus in die Sackgasse führen, das aufzuzeigen, ist kein akademisches Anliegen.

C: Den Organisationen der extremen Linken geht es nur um das Eine: Sie wollen uns beweisen, daß wir nur in ihren jeweiligen Organisationen selig werden und erfolgreich den Emanzipationskampf der Frauen führen können. Unser Kampf müßte eingebettet sein im Kampf des Proletariats. Ich frage Dich, wohin hat der Klassenkampf die Frauen gebracht? Die wirkliche Verbesserung unserer Situation kam zum einen durch den Weltkrieg zustande, als man die Soldaten durch weibliche Arbeitskräfte ersetzen mußte und zum anderen nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Kapital in seinen Expansionsbestrebungen Frauen in die Produktion integrierte, weil die männlichen Arbeitskräfte nicht ausreichten. Diese ökonomischen Zwänge waren es, die uns einen Schritt weitergebracht hatten und nicht der Kampf des Proletariats. Als aber die ersten Entlassungswellen Ende der 60iger Jahre einsetzten und die Frauen als erste zurück in den Haushalt geschickt wurden, von wo man sie geholt hatte, wo war da die Solidarität der Arbeiter und der extremen Linken? Als wir bei allem Fortschritt die Doppelbelastung des Haushaltes und des Berufes tragen mußten und für dieselbe Leistung weniger Lohn ausgezahlt bekamen als die Männer, erhielten wir von keiner Seite echte Unterstützung.

A: Ich stimme mit Dir überein, wenn Du sagst, daß die Rekonstruktionsphase nach dem Zweiten Weltkrieg die Akkumulationsmöglichkeiten des Kapitals verbessert hatte und die Frauen massenhaft in den Produktionsprozeß eingegliedert wurden. Um das zu erleichtern, wurden Kinderkrippen und Werksküchen eingerichtet, die zum Teil vom Staat, zum Teil von der Bourgeoisie finanziert wurden. Diese Vergesellschaftung der Hausarbeit war von Anfang an eine sehr begrenzte, so wie die Expansionsperiode begrenzt und von den Schwankungen des kapitalistischen Marktes abhängig war. Die Bourgeoisie braucht grundsätzlich eine permanente, mobile Reservearmee, die jederzeit einsatzbereit ist und jederzeit in den Privatbereich abgeschoben werden kann. Das Heer der Hausfrauen eignet sich für diese Rolle am besten. Sobald die englische Wirtschaft in echte Schwierigkeiten geraten war, ging man daran, sämtliche Sozialleistungen drastisch zu kürzen und eine Unzahl von Kinderkrippen zu schließen. Die Frauen, die niemanden für die Beaufsichtung ihrer Kleinkinder finden konnten, waren auf diese Art indirekt gekündigt worden. Es wäre aber völlig falsch die Beschäftigungszahlen der Frauen nur vom Faktor der Akkumulation des Kapitals abhängig zu sehen. Der Stand der Klassenkämpfe kann den Rationalisierungsbestrebungen der Bourgeoisie entgegenkommen, sie aber auch empfindlich beeinträchtigen.

Gerade da, wo es gälte zu untersuchen, warum niemand die Frauenfrage konsequent aufgegriffen hat, gerade dort, wo geklärt werden müßte, ob die Strategien der neuen Frauenbewegung, die aus der Enttäuschung und dem Zorn gegen die Männer und der Gesellschaft überhaupt entstanden sind, grundsätzlich geeignet sind, den Kampf der Frauen anzuleiten - dort wird die Diskussion speziell von den Radikal-Feministinnen abgeblockt mit der lapidaren Bemerkung: 'Euch geht's um Klassenkampf, uns geht's um den Sturz des Patriarchats!' Hier wird nichts mehr hinterfragt, die Fronten sind abgesteckt, so als ob bewiesen worden wäre, daß der Kampf gegen das Patriarchat im Kapitalismus vom Kampf gegen die Bourgeoisie getrennt werden könne.

C: Ja, natürlich ist das zu trennen. Die bestehende Familienstruktur im Kapitalismus macht den Mann gegenüber der Frau zu dem, was der Kapitalist gegenüber dem Lohnempfänger ist. Er bezahlt die Arbeit seiner Frau von seinem Lohn und verläßt sich auf die ehevertraglichen festgelegten Verpflichtungen der Hausfrau. Erst wenn diese ökonomische Bindung zwischen Mann und Frau zerbrochen ist, wenn die Frau für ihre Hausarbeit unabhängig von ihrem Mann bezahlt wird, ist die Voraussetzung geschaffen, sich von eben dieser Hausarbeit zu lösen. Dann erst hat die Perspektive der Vergesellschaftung der Hausarbeit einen realen Ausgangspunkt.

B: Ich akzeptiere durchaus, daß die Frauenbewegung Teil der Arbeiterbewegung ist, doch schließt mein Klassenbegriff vom Proletariat die Hausfrau genauso ein wie die Fabriksarbeiterin, denn auch sie leistet, wie Du zugeben wirst, produktive Arbeit, indem sie Kinder zur Welt bringt, sie aufzieht und auch den Mann versorgt. Sie ist Herstellerin und Erhalterin der Ware Arbeitskraft, die ihrerseits auf dem Markt gekauft und verkauft wird. Die Hausfrau empfängt zu Unrecht keinen Lohn, wodurch sie vermittelt zum Profit des Kapitals beisteuert. Insoferne sie die ökonomische Voraussetzung für das Funktionieren des Kapitalismus darstellt - ohne Produktion und Reproduktion der Ware Arbeitskraft keine Ausbeutung - kommt ihr die Schlüsselstellung im Befreiungskampf der Frau, ja selbst im Kampf gegen den Kapitalismus zu, denn die kollektive Arbeitsverweigerung der Hausfrauen würde den gesamten Produktionsablauf lahmlegen.

A: Nun scheint mir aber dein Gedankengang in einem ziemlichen Widerspruch zu münden. Anfänglich meintest du, daß die Frauenbewegung als Teil der Arbeiterbewegung zu verstehen ist, endest aber mit der zwar unausgesprochenen, doch klar erkennbaren Schlußfolgerung, daß der Klassenkampf gar nicht das Mittel zur Zerschlagung des Kapitalismus sei, sondern die kollektive Arbeitsverweigerung der Hausfrauen, die durch eine Art Generalstreik die Fabriken stilllegen und damit Ausbeutung verhindern würden. Danach wäre deiner Meinung nach die Bourgeoisie gezwungen zu kapitulieren und das System des Kapitalismus wäre gestürzt. Die Hausfrauen machen es möglich, wovon Generationen vergebens träumten - die unblutige Revolution durch passiven Widerstand.

B: Du bist wie ich der Meinung, daß die Hausarbeit für den Kapitalismus lebensnotwendig ist. Verweigerung der Arbeit ist meines Wissens auch für euch zentraler Hebel zur Zerschlagung des Systems - der Generalstreik der Arbeiterklasse.

A: Ich weiß, daß euch die marxistische Definition des Lohnarbeiters, die sich von der vieler Feministinnen grundlegend unterscheidet, bekannt ist. Trotzdem muß ich darauf zurückkommen um zu versuchen die von euch aufgeworfenen Probleme zu klären.
Für uns ist nicht die Tatsache, daß jemand arbeitet und Produkte herstellt, sondern vielmehr der Umstand ausschlaggebend, daß ein Mensch, der keine Produktionsmittel besitzt , seine Arbeitskraft auf dem Markte verkaufen muß, wo sie vergleichbar gemacht wird, mit der anderer Arbeiter. Diese Arbeit geschieht im Rahmen der gesellschaftlichen Produktion, sie wird zu abstrakter Arbeit, deren Meßeinheit die Zeit ist.

B: Auch die Hausfrau produziert für den Markt, auf dem die Arbeitskraft entsprechend ihrem gesellschaftlichen Wert gekauft wird.

A: Die Arbeit der Hausfrau ist in vielen Fällen vielleicht sogar härter als die des Lohnarbeiters. Sie erstreckt sich vor allem über 24 Stunden, wenn die Betreuung der Kleinkinder noch nicht beendet ist, und doch ist sie nicht produktive Arbeit, wenn man an sie das marxistische Kriterium anwendet, daß produktive Arbeit nur in der gesellschaftlichen Produktion geleistet werden kann. Sie ist nicht vergleichbar mit der Arbeit anderer Hausfrauen oder mit der Arbeit der Lohnempfänger. Hausarbeit ist und bleibt persönliche Dienstleistung, die mit kapitalistischer Warenproduktion nichts zu tun hat.

B: Wenn der Kapitalist dem Arbeiter so viel Lohn gibt als er braucht, um sich genügend Lebensmittel kaufen zu können, um sich und seine Familie zu ernähren, dann betrügt er den Arbeiter um den Wert der Arbeit, der von der Frau diesen Waren zugesetzt wird, wenn sie diese in konsumierbare Form bringt.

A: Die Gebrauchswertproduktion der Hausfrau berührt den Kapitalisten keineswegs. Für ihn zählt nur, wieviel Lebensmittel der Arbeiter auf dem Markt kaufen muß, um weiterhin Mehrwert produzieren zu können und seine Kinder für die kapitalistische Produktion vorzubereiten. In vielen Fällen reicht der Lohn des Arbeiters nicht aus, um sich und seine Familie zu erhalten und die Frau muß 'dazuverdienen'. Es gibt keine ökonomische Notwendigkeit, die den Bourgeois zwänge, sich darum zu kümmern, wer das Essen zubereitet und wann dies geschieht. Es ist ihm egal, ob Mann und Frau die Hausarbeit teilen, ob Großmütter, Schwiegermütter oder Kinder herangezogen werden. Er kann sich getrost auf den Selbsterhaltungstrieb der Arbeiterklasse verlassen.
Ist die Ehefrau nur Hausfrau, dann wird sie zwar vom Mann versorgt, doch ihre Arbeitskraft wird nicht wie die ihres Mannes auf dem Markt gekauft. Somit kann auch die Arbeiterfrau nicht im Lohn des Mannes veranschlagt werden. Der Kapitalist wird weiterhin denselben Lohn an den Arbeiter zahlen, der Frau und Kinder zu ernähren hat, wie an den, der alleinstehend ist.
Unterstützung in Form von Familienbeihilfen und Steuerermäßigung werden vom Staat gewährt und nicht vom Kapitalisten. Laßt mich nochmals darauf eingehen, warum die Hausarbeit nicht mit Lohnarbeit vergleichbar ist. Die Arbeit der Hausfrau unterliegt nicht dem zeitlichen Druck des Lohnarbeiters; solange die Familie ernährt und gekleidet ist, kann sie ihre Arbeit nach Belieben einteilen, egal ob dies ökonomisch geschieht oder nicht, ob sie rasch oder langsam arbeitet, denn die Einsparung an Zeit kommt nur ihr selbst zugute, während die Arbeitszeit des Arbeiters bei der Herstellung eines bestimmten Produktes für den Kapitalisten ein Mehr oder Weniger an Profit bedeutet. Die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit zur Herstellung einer Ware wird jeweils unter dem Druck der Konkurrenz erstellt. Nichts von dem trifft für die Hausfrau zu. Daraus geht hervor, daß das Verhältnis zwischen Mann und Nur-Hausfrau nicht das des Warentausches ist und somit grundverschieden ist von dem Verhältnis zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter.

B: Ich gebe zu, daß die Hausfrau nicht direkt in die gesellschaftliche Produktion integriert ist. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß sie Mehrarbeit leistet, die auf den Mann übertragen wird, der aber vom Kapitalisten für diesen Wert nicht bezahlt wird. Mehrarbeit leistet die Frau deshalb, weil sie in ihrer unentwegten Tätigkeit im Haushalt mehr Werte schafft als sie selbst konsumiert. Durch ihre Mehrarbeit wird die Arbeitskraft ihres Mannes aufgewertet und somit in der Folge unter ihrem Wert vom Kapitalisten gekauft, solange dieser keinen Lohn für Hausarbeit zahlt. Damit bin ich wieder beim alten Thema angelangt.

A: Solange du die marxistische Definition von Lohnarbeit und Mehrwert nicht akzeptierst, wirst du die beiden völlig verschiedenen Prozesse von Wertschaffung, Lohnarbeit und Hausarbeit nicht unterscheiden können und dem alten Fehler der Feministinnen weiterhin aufsitzen, daß Gebrauchswertproduktion und Mehrwertproduktion vergleichbar sind.



FLUCHT IN DIE AUSWEGSLOSIGKEIT DES 'WOHLFÜHLENS' - FRAUENFEST

Wenn wir aber die marx'sche Definition des Wertes einer Ware als die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, in Waren verköpert, zum Ausgangspunkt nehmen und das müssen wir, um Wert überhaupt als meßbare Größe zu begreifen, dann ergibt sich daraus auch die Definition der Ware Arbeitskraft als der Wert der Waren, die notwendig sind, um die Arbeitskraft des Arbeiters zu erhalten und zu reproduzieren. Die Arbeitszeit, die notwendig ist, um Speise und Kleidung des Arbeiters herzustellen, geht nicht in den Wert seiner Arbeitskraft ein. Die Hausarbeit wird in keiner Phase und in keiner Form zur Ware. Genau darin liegt der ökonomische Grund für die spezifische Unterdrückung der Frau im Kapitalismus.

C: Sehen wir einmal von der marxistischen Definition des Mehrwertes und der Lohnarbeit ab. Wir haben als Hausfrauen Mittel in der Hand, unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, indem wir die Hausarbeit niederlegen. Es muß erst in Erfahrung gebracht und bewiesen werden, daß die Verweigerung von hunderttausenden Haussklaven den Staat nicht unter Druck setzen würde.

A: Warum sollte der Staat oder der Kapitalist unter Druck gesetzt werden, wenn Hausfrauen streiken oder demonstrieren? Seine Existenz würde damit in keiner Weise gefährdet, wenn der Arbeiter weiterhin in die Fabrik kommt und seine Arbeitskraft verkauft.
Unter Druck kommen die Männer, die nun die Doppelbelastung der Lohnarbeit und Hausarbeit alleine zu tragen haben, falls sie nicht in Gaststätten ausweichen und ihre Wäsche außer Haus reinigen lassen. Die einzige Veränderung wäre eine einschneidende Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse. Liegt aber die Absicht der Hausfrauen darin, ihre Männer zu zwingen,durch Streik den Kapitalisten Lohn für Hausarbeit herauszupressen, erscheint es zumindest fraglich, warum man bei einer derartigen Stärke nicht gleich für die Vergesellschaftung der Hausarbeit kämpft, die auch für die Feministinnen zugegebenermaßen das wirkliche Ziel ihrer Anstrengungen ist.
Die Losung 'Lohn für Hausarbeit' hat keinen weitertreibenden Aspekt an sich, im Gegenteil, sie verstärkt die Tendenzen, die Schuld tragen an der politischen Isolation und Unerfahrenheit der meisten Frauen. Es gilt nach wie vor, die ökonomischen Grundlagen für die Vergesellschaftungder Hausarbeit zu schaffen, denn nur die Abschaffung der Hausarbeit und nicht ihre Bezahlung kann die gesellschaftliche Rolle der Frau von Grund auf ändern. Die Bezahlung macht die Hausarbeit nicht zu einer gesellschaftlichen Arbeit - die einzelne Hausfrau wäre weiterhin isoliert und würde - parallel zu allen anderen Hausfrauen - auf recht aufwendige Art und Weise ihre Dienstleistungen erbringen, wobei Qualität und Zeitaufwand weiterhin der individuellen Person überlassen blieben. Es gibt kein einleuchtendes Argument, warum die öffentliche Anerkennung der Hausarbeit - und mehr kann ihre Bezahlung im Kapitalismus nicht bedeuten - die Sprengkraft entwickeln sollte, die Frau von ihrer Last zu befreien.

C: Selbst wenn die Forderung undurchsetzbar ist, der Kampf dafür organisiert die Frauen, die sonst keine Möglichkeit haben,politisch aktiv zu werden. Die Frauen müssen zu einer Massenbewegung zusammengeschlossen werden, die sie aus ihrer Isolation heraushträgt und ihnen das Gefühl ihrer wahren Macht vermitteln kann.

A: Das klingt recht vielversprechend, muß aber aus einem sehr einfachen Grund eine Illusion bleiben. Kampf hat nur dann Kraft, wenn er auf einer konkreten sozialen Basis geführt wird; Demonstrationen und Streiks, die niemanden wirklich treffen, als die eigene Familie, sind losgelöst von den gesellschaftlich relevanten Bereichen und der ausgeübte Druck muß im luftleeren Raum verpuffen. Ohne Verknüpfung mit der Arbeiterklasse wird die Bewegung rasch verbraucht sein und auseinanderfallen. Selbst wenn es gelänge, die tendenzielle Passivität der Hausfrauen zu überwinden, die selbst wieder notwendige Reaktion auf ihre isolierte Existenz ist, hat ihr Kampf keinen organisatorischen Rahmen vergleichbar mit einer Gewerkschaft oder Partei.
Ihre Arbeitsverweigerung wird von seiten des Staates nicht als Streik gewertet werden, sondern als krimineller Akt, der in besonders krassen Fällen dazu führen kann, daß die Mutter ihre Kinder verliert. In den meisten Fällen wird die Mutterschaftsideologie den Sieg davon tragen.
Selbst in der eigenen Familie wird die politische Organisierung der Frau mangels eines kolletiven Arbeitsprozesses, der seit jeher eine Voraussetzung für die politische Organisierung war, im persönlichen Zank versanden. Erst die außerhäusliche Beschäftigung schafft Möglichkeiten für die Frau,in dem alten Kampf um gerechte Arbeitsteilung den Sieg davon zu tragen. Damit will ich keineswegs einer Etappentheorie das Wort reden, die besagt: Zuerst muß man darum kämpfen, daß der Mann seinen Teil an Hausarbeit leistet, danach können wir gemeinsam dem Klassenfeind begegnen. Ohne ökonomische Veränderungen gibt es auch keine Veränderungen in der Unterdrückungsstruktur.

C: Du schließt sämtliche Kampfmöglichkeiten für uns Frauen aus. Du vertröstestuns auf den Zeitpunkt, an dem die Arbeiter in den Betrieben soweit sind, unsere Sache in die Hand zu nehmen. Denn sie sind ja die einzigen, die durch ihre ökonomische Lage imstande sind, die Produktion lahmzulegen und den Kapitalismus zu stürzen.

A: Das Proletariat ist von Marxisten deshalb als das revolutionäre Subjekt bezeichnet worden, weil es als einzige Klasse in der Lage ist, das kapitalistische Eigentum zu vergesellschaften, d.h. die Besitzverhältnisse den vorhandenen ökonomischen Bedingungen, die reif sind für eine sozialistische Planwirtschaft,anzugleichen. Der Generalstreik in den Betrieben rüttelt an den kapitalistischen Besitzstrukturen. Der Streik der Hausfrauen trifft Mann und Kinder, am System wird nichts geändert - die Macht kann weder an die Arbeiter noch an die Frauen übergehen. Die streikenden Hausfrauen können im besten Fall Druck auf ihre Männer ausüben, die ihrerseits um höheren Lohn streiken - aber diesen eben wieder nur in der Fabrik erkämpfen werden - nicht als Lohn für Hausarbeit, sondern als 'gewöhnliche' Lohnerhöhung, die sich in nichts von anderen Lohnerhöhungen unterscheidet. Der Hausfrau ist es aufgrund ihrer privaten Arbeitssphäre nicht möglich,das Kapital selbständig und direkt zu bekämpfen und darin liegt auch das Utopische der Forderung nach Lohn für Hausarbeit. Ihr Kampf kann jeweils nur unterstützend sein, als Streikposten in der Fabrik, in der Stadtteil-Arbeit, in Komitees für Kindergärten, bei Mietzinsstreiks, Hausbesetzungen usw..Erfolg und Mißerfolg ihrer Anstrengungen wird letztlich immer nur von den Kämpfen des Proletariats abhängen.

C: Du vertröstest uns also doch auf den Tag, wenn die Arbeiter aus ihrer Lethargie erwachen.

A: Wir haben noch nie gesagt, daß der Kampf der Feministinnen sinnlos sei und daß ihr eure Arbeit aufgeben sollt, solange sich die Klassenkampfsituation in Deutschland und Österreich nicht ändert. Es liegt auch nicht an uns zu sagen, ob die Autonomie der neuen Frauenbewegung legitim sei oder nicht. Die Frauenzentren sind ein Faktor, der von uns, wie das Selbstverständnis der autonomen Organisierung, zur Kenntnis genommen werden muß. Daß die meisten Frauengruppen in Deutschland und Österreich außerhalb der Arbeiterbewegung stehen und ihre Politik nicht auf das Proletariat ausrichten, kritisieren wir; daß die sogenannte Autonomie nichts mit politischer Unabhängigkeit zu tun hat, wollen wir beweisen. Die autonome Organisierung der Frauen geht grundsätzlich davon aus, daß die Interessen der Frauen nicht ident sind mit den historischen Interessen des Proletariats.

C: Sie sind es auch nicht. Frauen aus allen Klassen werden von Männern in den vielfältigsten Formen unterdrückt. Die Unterdrückung im Betrieb wirkt sich natürlich nicht bei den Bourgeoisie-Frauen aus, der psychologische Faktor, der sexuellen und familiären Unterdrückung kommt bei ihnen genauso zum tragen wie bei den Arbeiterfrauen, wenn nicht noch mehr.

A: Du hast mich mißverstanden. Ich wollte sagen, daß es immer die historische Aufgabe des Proletariats war, gegen jede Art von Unterdrückung zu kämpfen, weil es sein ureigenstes Interesse ist, die Klassenherrschaft - Urheberin jeder Unterdrückung - zu beseitigen. Die Befreiung der Frau liegt wie die Befreiung unterdrückter Nationen und Rassen allein in den Händen des Proletariats; damit soll nicht gesagt sein, daß der einzelne Arbeiter seine Frau oder Frauen allgemein gleichberechtigt behandelt.
Wie richtig die Aussage ist, daß die Autonomie der Frauenbewegung eine vorgetäuschte ist, kommt klar in dem Umstand zum Ausdruck, daß die italienischen Feministinnen weit stärker und zielbewußter auf die Arbeiterklasse orientiert sind, als es die deutschen Feministinnen sind, deren Zentren heute immer mehr unter den Einfluß reaktionärer Strömungen innerhalb der Frauenbewegung, à la 'Schwarze Botinnen' geraten, die ausgehen von einem militanten Rassismus gegen alles Männliche, jeden Ansatz sozialistischer Politik, sprich Orientierung auf die Arbeiterklasse, unterbinden.
Die Gründe für diese national verschiedenartige Entwicklung drängen sich auf - die Klassenkampfsituation Italiens ist von Streiks, Demonstrationen, Betriebsbesetzungen und Straßenkämpfen gekennzeichnet und gibt der Frauenbewegung eine zumindest klassenmäßig eindeutige Perspektive, mit dem Proletariat und gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. In Deutschland kommen die Frauen unter den enormen Druck der Reaktion, und die bürgerlichen Elemente innerhalb der Frauenbewegung bekommen Unterstützung durch die Unentwickeltheit des Klassenkampfes, In diesem Sinne lehnen wir es auch ab, von einer Bündnispolitik zwischen der Arbeiterklasse und der Frauenbewegung zu sprechen.



ALICE SCHWARZER - VERTRETERIN EINES KLEINBÜRGERLICH/REAKTIONÄREN FEMINISMUS UND 'EMMA'-HERAUSGEBERIN

Gehen wir davon aus, daß die Frauenfrage eines der brennendsten Probleme der Arbeiterklasse ist und die Interessen der proletarischen Frauen und der Frauen aus den unteren Schichten des Kleinbürgertums identisch sind, stellt sich im klassischen Sinne des Wortes gar nicht die Perspektive des revolutionären Bündnisses, wenn wir darunter einen Kompromiß zwischen zwei unterdrückten Klassen verstehen. Ein Modellbeispiel dafür war der Kompromiß zwischen den Bauern und Arbeitern Rußlands. Die historischen Ziele der Bündnispartner sind grundverschieden und können nicht zu einer Einheit führen. Obwohl es nicht das historische Ziel der Arbeiter Rußlands war, für die Aufteilung von Grund und Boden zu kämpfen, schoben sie die kommunistischen Ziele in dieser Frage auf, um den für die sozialistische Revolution unerlässlichen Bündnispartner zu gewinnen. All das trifft aber nicht für Arbeiter und die Frauenbewegung zu. Unser Verständnis revolutionärer Aktionseinheitspolitik schließt mit ein, daß wir Einzelaktionen der Frauengruppen unterstützen werden, aber zugleich versuchen müssen, aufzuzeigen, daß die Autonomie nicht die Stärke, sondern die Schwäche der neuen Frauenbewegung ausmacht und daß es der Kampf der Arbeiterklasse ist, der über ihr Schicksal entscheiden wird. Es gilt ehrlich auszusprechen, daß der Charakter der Politik der Frauengruppen im wesentlichen von der vorherrschenden Klassenkampfsituation geprägt ist und daß ihr Überleben als Bewegung durch langanhaltende Klassenkampfruhe gefährdet ist. In Österreich zeichnet sich diese Tendenz deutlich ab. Das Frauenzentrum in Wien ist heute nicht nur unfähig kontinuierlich arbeitende Arbeitskreise aufrechtzuerhalten, sondern es gibt auch seit langem - und das ist bei der Struktur der autonomen Frauenzentren noch weit schädlicher - keine echten Aktionen auf der Straße. Kampf ist zum Fremdwort geworden - 'Wohlfühlen' zur eingebürgerten Praxis.

C: Es ist richtig, daß wir in Wien Schwierigkeiten haben, kontinuierliche Arbeit zu leisten und es ist mir auch einsichtig, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen der allgemeinen politischen Situation und der Stärke der Frauenbewegung. Das spricht aber keineswegs gegen die autonome Organisierung von Frauen. Der Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen anfangs der 70iger Jahre hat uns zusammengeschlossen und uns die Gewißheit gebracht, auch ohne Männer gegen die offensichtliche Benachteiligung, die uns durch das Abtreibungsverbot zuteil wurde, erfolgreich anzukämpfen. Immer mehr Frauen strömten in die Arbeitskreise, zu Informationstreffs und 'consciousness raising-groups' (Selbsterfahrungsgruppen). Das Gemeinsame, der kleinste uns alle vereinende Nenner, war die allgemeine Auflehnung gegen die Unterdrückung. Arbeiterinnen, Ärztinnen - alle wollten wir ansprechen und zum Teil ist uns das auch gelungen. Das Gefühl der Solidarität war stark - wir waren stolz, Frauen zu sein und ohne Männer diskutieren, arbeiten und uns entwickeln zu können. Viele Frauen hatten zum ersten Mal die Gelegenheit, offen mit anderen Frauen über ihre geschlechtsspezifischen Erfahrungen zu sprechen; wir berieten neue Frauen über Verhütungsmaßnahmen, Abtreibung und Sexualität und waren zum ersten Male in der Lage, uns sogenannte männliche Fähigkeiten anzueignen. Diese kolossale Entwicklung unserers Selbstbewußtsein war nur möglich in einer Struktur, die die alten patriarchalischen Autoritäts-Hierarchien über Bord geworfen hatte, die leider in den linken Gruppen weiter fortbestehen und der politischen Entfaltung der Frauen im Wege stehen.
Die Überwindung der Geschlechterrollen schaffen wir nur gegen die Männer oder zumindest getrennt von ihnen.

A: Zum ersten bezweifle ich entschieden, daß es so etwas wie einen gemeinsamen Nenner für Frauen aus verschiedenen Klassen gibt - ich bezweifle, daß die psychologische Problematik der Bourgeois-Frau, die sich schonende Abtreibung, sämtliche Verhütungsmittel, Hauspersonal leisten kann und für den Unterhalt nicht arbeiten muß, überhaupt von Belang ist. Nimm den Fall an, daß ihr Ehemann, Besitzer eines Betriebes, rationalisieren 'muß' und die weibliche Belegschaft vor den Männern kündigt. Wem steht die Bourgeois-Frau naturgemäß näher, ihrem Mann, der sie zwar sexuell unterdrückt (oft nicht einmal das) oder den Arbeiterinnen, die der Rationalisierung zum Opfer fielen. Die 'schwesterlichen Beziehungen' zwischen der Bourgeois-Frau und den Arbeiterinnen erwiesen sich für letztere als ziemlich wertlos.
Der Geschlechterkampf der radikal Feministinnen versperrt sich das Verständnis für gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge, die sich für sie in patriarchalische Strukturen verschiedenster Art auflösen. Sie gilt es zu zerstören. Kapitalismus, Familie und Patriarchat ist ihnen eins.
Der ursprüngliche Anspruch der Frauenzentren, den du selbst angeschnitten hast, das weibliche Rollenverhalten zu durchbrechen, mehr Selbstvertrauen zu gewinnen und zu erlernen, was bisher Domänen der Männer waren, geriet und gerät vor dem Hintergrund der Strukturlosigkeit der Frauenzentren immer mehr in Vergessenheit. Wiederholt praktizierter Erfahrungsaustausch über die subjektiven Erlebnisse des Unterdrücktseins führten eher zur Resignation, Langeweile und Ratlosigkeit bezüglich weiterer Perspektiven, als zur Verwirklichung des gestellten Selbstanspruches. Eine Entwicklung ist unmöglich, wenn es keine entscheidungsfähigen Gremien gibt und das Entstehen von Entscheidungsabläufen dem Zufall überlassen ist, statt Ausdruck der Diskussion zu sein. Unkontrollierter Informationsfluß und der Umstand, daß Arbeit dem guten Willen einzelner überlassen bleibt, haben die Frauenzentren ineffektiv, unpolitisch und handlungsunfähig bleiben lassen.
Es ist nicht verwunderlich, daß unter solchen Bedingungen unterschiedliches Wissen, Engagement und Erfahrung nirgends ihren Niederschlag finden. Wenn alle Frauen des Zentrums zu jeder Frage und zu jeder Zeit alles mitentscheiden können/sollen, um nicht in die autoritären Hierarchien 'der Männer' zu verfallen, muß es an Übersicht, Verantwortlichkeit und Kontrolle mangeln. Neue Frauen haben fast keine Möglichkeit geschult zu werden und Einblick in anfallende Arbeit zu bekommen.
Niemand kann eine Frau wegen irgend eines Fehlers oder Nichterfüllung übernommener Pflichten zur Verantwortung ziehen, womit man Demokratie durch Willkür, Spontanität durch Ineffektivität ersetzt hat.
Frauen, die Erfahrung in der politischen Arbeit sammeln konnten und über mehr theoretisches Wissen und organisatorisches Vermögen verfügen als andere, können unter den vorgegebenen Strukturen der Frauengruppen und dem Druck, daß Wissenschaftlichkeit, Stärke, präzise Ausdrucksweise und Rationalität 'männliche', also abzulehnende, Eigenschaften sind, ihre Fähigkeiten nicht entfalten. Sämtliche weibliche Eigenschaften, das Resultat jahrhundertelanger Unterdrükkung, werden derart weder abgebaut noch positiv überwunden, sondern als Gegensatz zu allem Männlichen kultiviert und verfestigt.
Warum sind es gerade Studentinnen und Akademikerinnen, die überwiegend in den Frauenzentren mitarbeiten? Mittel und Methoden des Kampfes sind konsequenter Ausdruck der Klasenlage der Frauen. Ihr Kampf gegen das Patriarchat hat für die Arbeiterfrau wenig Anziehendes, wenn sie aus der Praxis ihres Existenzkampfes, den sie in erster Linie gegen den Bourgeois führt, weiß, daß sie diesen Kampf gemeinsam mit dem Arbeiter führt und führen muß. Von den Kampfmethoden der Feministinnen kann sie sich keine Unterstützung erwarten.

C: Aber der Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen war ein voller Erfolg nicht nur für die Frauen aus kleinbürgerlichen Schichten sondern auch für die Arbeiterinnen. Leider haben wir es nicht geschafft hier anzuschließen und die mobilisierten Frauen organisatorisch voll zu erfassen. Seither gab es keine wirklich große Kampagne - daran waren wir aber selbst schuld, weil wir in jeder Hinsicht zu schwach waren.

A: In Österreich war es sicherlich nicht die Frauenbewegung, die die sozialdemokratische Regierung motivierte, den Gesetzesantrag zur Fristenlösung im Parlament einzubringen. Der Druck in der eigenen Partei und aus der Arbeiterklasse, sowie aus Teilen des Kleinbürgertums zwang die SPÖ-Regierung, diese Reform - die ja noch dazu nichts kostete - Gesetz werden zu lassen. Sie unternahmen aber nicht das geringste um den Frauen wirklich zu helfen, denn das hätte - wie bei jeder Reform - Kampf gegen die Reaktion bedeutet. Wirkliche Hilfe für die Frauen hätte ja bedeutet, daß die Fristenlösung gegen den Großteil der Ärzteschaft erzwungen hätte werden.müssen. Dieser Kampf aber ist notgedrungen mit einem umfassenden, öffentlichen Gesundheitssystem verbunden. Ohne Klassenkampf kann es also generell keine umfassenden Reformen geben, auch nicht solche für Frauen.

In Deutschland war die Bewegung gegen den § 218 (1972/73) unvergleichlich militanter und stärker. Sie hatte nach der Jugendradikalisierung 1968 und dem aufgeflammten Widerstand der Arbeiter in den September-Streiks 1969 mit dazu beigetragen, die Krise des Kapitalismus, die sich schon in der Rezession von 1966/67 abzeichnete, zu verstärken. Das politische Kräfteverhältnis war günstig zur Durchsetzung von Teilzielen. Doch in der Reihe der zugestandenen Reformen war auch die Fristenlösung nur so lange Gesetz, als das Klassenkräfteverhältnis die Bourgeoisie dazu zwang. Sobald die Frauen von den Straßen zurückgeholt waren und die Bewegung gegen den Abtreibungsparagraphen angesichts des Reformgesetzes auseinander zu fallen begann, machte man das Gesetz rückgängig.
Die Arbeiterklasse leistete damals unter dem Druck der reformistischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Regierung keinen Widerstand, als man die Lasten der Wirtschaftskrise auf ihrem Rücken ablud und die erkämpften Reformen abbog oder gänzlich zurücknahm (Hochschul- und Bildungsreform). Schmidt markierte den neuen Regierungskurs, der dem geänderten Kräfteverhältnis entsprach. Daß die Fristenlösung relativ spät vom Verfassungsgericht in Karlsruhe zurückgewiesen wurde, hängt wohl damit zusammen, daß sie die billigste Reform war und kein wesentliches Problem für die Bourgeoisie bedeutete. Erfolg und Mißerfolg der 'Aktion 218' war in keiner ihrer Phasen vom nationalen Kräfteverhältnis der Klassen zu trennen; der Kampf gegen den Paragraphen war ein Kampf der objektiv für die Interessen der Arbeiterklasse geführt wurde, das Karlsruher Urteil hingegen stellte eine Niederlage für das gesamte Proletariat dar. Das kampflose Hinnehmen des Urteils war Anzeichen für die fortgeschrittene Desorganisation und Ratlosigkeit der deutschen Frauenbewegung. Die demoralisierenden Nachwirkungen, die Diskrepanz zwischen den sich objektiv stellenden Aufgaben auf der einen und der fehlenden Strategie auf der anderen Seite, führte die Frauenbewegung in eine Phase der Verinnerlichung. War weibliche Selbstsicherheit anfänglich Voraussetzung für den Emanzipationskampf, ist sie inzwischen zum fetischierten Selbstzweck geworden - zum kollektiven Praxisersatz.

C: Wenn wir die Strukturlosigkeit der Frauenzentren änderten und straffe Mitgliedschaftskriterien schaffen würden, hieße das erneut Strukturen der Ungleichheit, die durch die kapitalistische Männergesellschaft geprägt wurden, in unsere Reihen dringen zu lassen. Gerade das Gefühl der völligen Gleichberechtigung selbst wenn 'Frau' unqualifiziert, unbelesen und unberedt ist, gibt uns Sicherheit. Wir brauchen einen Ort, wo wir dem Druck der Minderwertigkeit, für die wir nichts können, entkommen.

A: Du versuchst die vorhandene Ungleichheit der Frauen durch formale Gleichheit zu kompensieren. Sie ist nicht in der Lage, die politische und persönliche Entwicklung voranzutreiben, wie es verbindliche Arbeit, Verantwortlichkeit auf allen Ebenen, demokratische Mehrheitsfindung und klare Mitgliedschaftskriterien tun. Wir wollen nicht idealisieren was wir überwinden wollen, nämlich das verstümmelnde Rollenverhalten, das uns die Gesellschaft aufgezwungen hat und das ihr durch kleinbürgerliche antiautoritäre Verhaltensweisen, wie sie in den meisten Frauenzentren kultiviert werden, zu übertünchen versucht.

C: Viele deiner Kritikpunkte sind mir durchaus bewußt und es gilt die Strukturen in der Frauenbewegung neu zu diskutieren. Aber der Grundwiderspruch unserer Ausgangspunkte, den du anfangs angeschnitten hast, nämlich ob unser Kampf das Patriarchat stürzen soll und zwar in jedem Gesellschaftssystem, auch im kommunistischen, oder ob es die kapitalistischen Besitzverhältnisse sind, bleibt für mich nach wie vor das Haupthindernis, Deinen Positionen näher zu kommen.
Das Wissen, daß es in den sogenannten Arbeiterstaaten weiterhin die alten Familienstrukturen gibt, die schon dem kapitalistischen Staat so dienlich zur Aufrechterhaltung seiner Macht waren, daß es weiterhin unterschiedliche Löhne für Frauen und Männer bei gleicher Leistung gibt, daß die freie Abtreibung keine Selbstverständlichkeit ist, daß die Hausarbeit weiterhin 'Domäne' der Hausfrau ist, und keine Tendenz zu ihrer völligen Vergesellschaftung abzusehen ist, daß die sexuellen Formen reaktionärer gehandhabt werden als in vielen kapitalistischen Ländern, gibt mir genügend Argumente in die Hand, daß die Frauen auch nach dem Sturz des Kapitalismus um ihre Befreiung kämpfen werden müssen, gegen ein Patriarchat, das seit seinem Bestehen alle Gesellschaftsformen überleben konnte.



PROLETARISCHE FRAUEN IM KAMPF UM IHR RECHT AUF ARBEIT

A: Leider ist deine Einschätzung der deformierten Arbeiterstaaten in dieser Frage korrekt. Die Frau erreichte bisher nicht die erhoffte Befreiung. Die Anerkennung der Rechte der Frau, der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, sind nicht identisch mit der totalen Gleichstellung von Mann und Frau. Die Diktatur des Proletariats stellt die Voraussetzung für die Gleichstellung, garantiert aber noch keine automatische Entwicklung dahin.
Nimm Rußland als Beispiel. Das Überleben individualistischer Gewohnheiten, die im Kapitalismus zementiert wurden und der Mangel an Erfahrung mit kollektiven Gesellschaftsformen, machten die Überwindung der Kleinfamilien-Tradition äußerst schwierig. Die Arbeitspflicht für alle erwachsenen Männer und Frauen, hatte zwar die wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Frauen aus dem Haushaltsghetto entkommen konnten, daß sie in der Volkswirtschaft eine völlig neue Rolle spielten, daß ihre Arbeits-

kraft allgemein als gleichwertig mit der des Mannes eingestuft wurde, weil sie an der gesellschaftlich nützlichen Arbeit kollektiv teilnahmen, doch Diskriminierung und Entmündigung gab es weiterhin. In den ersten Jahren nach der Revolution gab es allerdings eine Tendenz zur Überwindung dieser Tradition des Kapitalismus. Die hoffnungsvolle Entwicklung war jedoch in der allgemeinen Bürokratisierungswelle der späten 20iger Jahre zunichte gemacht worden. Damit verbunden war Prostitution, Erschwerung von Ehescheidungen, Abtreibungsverbot - alles Ausdruck weiblicher Knechtschaft.

Die Gleichstellung zwischen Mann und Frau wurde durch die Bürokratisierung zwar nicht völlig rückgängig gemacht, doch hatte sie die Tendenz zur Überwindung der Familie im ersten Arbeiterstaat und damit zur völligen Gleichstellung von Mann und Frau unterbrochen und die Fortschritte im Alltagsleben wieder rückgängig gemacht. Daran waren aber nicht die tiefverwurzelten Traditionen schuld, auch nicht der Unwille der staatlichen Institutionen, sondern die zu geringen realen Mittel des jungen Sowjetstaates, den politischen Plänen der Partei zu entsprechen. Die Jahre des Kriegskommunismus und der NEP hatten die Rückkehr zur Kleinfamilie unentbehrlich werden lassen.

Eigene Frauenorganisationen konnten an dieser Entwicklung nichts ändern, da die materielle Voraussetzung für neue sozialistische Strukturen, die die häuslichen Arbeiten übernehmen können, nicht gegeben war. Das soll aber nicht heißen, daß es im Sozialismus nicht notwendig sein wird, organisatorische Strukturen zu schaffen, die den Frauen die Möglichkeit geben, für ihre speziellen Bedürfnisse, für eine konsequente und rasche Abschaffung alter Strukturen kämpfen zu können.

Die ökonomische Stärke des Sowjetstaates wird aber immer den prinzipiellen Rahmen für die Durchsetzung ihrer Ziele bilden. Insoferne ist es nach wie vor richtig, daß die Befreiung der Frau vor allem vom wirtschaftlichen Entwicklungsstand des Landes abhängt und nicht allein von der richtigen oder falschen Einstellung der Partei zur Frauenfrage. Das Beispiel der Sowjetunion hat gezeigt, daß der katastrophale Stand der Produktivkräfte, die geringe sozialistische Akkumulation die Partei dazu zwang, in Überbaufragen, wie Familienpolitik, Bildungswesen und Jugendpolitik, Schritt für Schritt von den ursprünglichen Zielen abzugehen.
Von den subjektiven Fehlern der Parteiführung, die die Isoliertheit und die geringe sozialistische Akkumulation mitverschuldet hatten, sehen wir einmal ab. Falsch ist daher dein Schluß, daß die Unterdrückung der Frau unabhängig vom ökonomischen System solange praktiziert werden wird, solande die Frauen ihr Schicksal nicht selbst in die Hand nehmen und sich gegen das Patriarchat zur Wehr setzen, das es zur Zeit in allen Gesellschaftsformen gibt.
Die Familie wird durch den Kapitalismus zwar zerrüttet und gewissermaßen zerstört, bleibt aber dennoch als eine für den Kapitalismus notwendige ökonomische und ideologische Grundeinheit, als Institution, bestehen, die zwar mit der bürgerlichen Idealvorstellung vom Familienleben nichts mehr gemein hat, aber als Grundzelle des Staates ihre Funktion noch immer ausreichend erfüllen kann.

Trotz der ökonomischen Voraussetzungen, die Familienstruktur durch andere ersetzen zu können, fehlt die politische Voraussetzung - die Diktatur des Proletariats - diese Veränderungen vornehmen zu können.
Im Falle der Sowjetunion waren die Produktions- und Besitzverhältnisse nach der Revolution zwar geeignet, die Umstrukturierung der Gesellschaft in Angriff zu nehmen, doch die Entwickeltheit der Produktivkräfte reichte nicht aus, um diese Aufgabe erfolgreich zu lösen. Im Rahmen einer politischen Revolution in den deformierten Arbeiterstaaten wird der abgebrochene Vorgang der Vergesellschaftung der Hausarbeit und der Aufhebung alter Familienstrukturen auf einer qualitativ höheren Stufe fortgesetzt werden können.



Dieser Dialog wurde erdacht mangels einer echten Auseinandersetzung zwischen Frauengruppen und linken Organisationen in Österreich. Auf unserer Seite herrscht großes Interesse, die verschiedenen Positionen der Feministinnen genau zu diskutieren, um vorerst die Möglichkeit zu schaffen, daß mehr Menschen über die jeweils vertretenen Standpunkte der Frauengruppen und linken Organisationen informiert werden und so ihre eigenen Positionen besser einschätzen oder modifizieren können.

DIE UNTERDRÜCKUNG DER FRAU IM KAPITALISMUS

(Auszüge aus dem gleichnamigen Artikel, enthalten in 'Revolutionary Communist', Nr. 5, Theoretisches Journal der 'Revolutionary Communist Group')

...Wir unterstützen jeden Kampf gegen die Unterdrückung der Frau, in und außerhalb der Familie; doch dieser Kampf wird reformistisch degenerieren, wenn er nicht auf einer revolutionären Perspektive basiert und von der revolutionären Theorie angeleitet wird. Unsere Analyse der Hausarbeit zeigt, daß es nicht um den Kampf für gleiche Aufteilung der Hausarbeit auf die gesamte Familie geht. Das Ziel ist es nicht, die Hausarbeit aufzuteilen, sondern sie abzuschaffen.
Wir weisen ein Zwei-Etappenkonzept der Revolution zurück. Für Marxisten ist die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Hausarbeit zu vergesellschaften und die Herstellung der Gebrauchswerte, die für die Reproduktion der Bevölkerung notwendig sind, sowie die Arbeit, die für Erhaltung und Erziehung der Kinder verrichtet werden muß, in die gesellschaftliche Produktion einzugliedern, der wesentliche strategische Punkt der Frauenbefreiung. Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse - Frauen wie Männer - gezwungen ist, in ihrer 'Freizeit' zu arbeiten um sich am nächsten Tag für Lohn verkaufen zu können, kann nicht durch eine Neuverteilung der Hausarbeit zwischen den Geschlechtern geändert werden. Es ist die Existenz der Hausarbeit als private Arbeit, die verhindert, daß Frauen soziale Gleichheit erlangen. Die Trennung des Arbeiters von dem Produkt seiner Arbeit, sowie von seiner Arbeitskraft, ist das grundlegende Hindernis für die Abschaffung der Hausarbeit. Die kapitalistischen Beziehungen sind es, die abgeschafft werden müssen, um auch die Möglichkeiten für die Befreiung der Frau zu schaffen.
Ein unqualifiziertes Nein: Aber kann der Kapitalismus die Hausarbeit vergesellschaften?
Gardiners letzter Beitrag, den sie gemeinsam mit Himmelweit und McIntosh schrieb, kritisiert ihre eigene (und Harrisons) frühere Position, die die Hausarbeit mit der Lohnarbeit "quantitativ" (85) verglich. Aber die Autoren zeigen noch immer, daß sie die Bedeutung ihres Standpunktes nicht verstehen. Sie entwickeln diese Kritik indem sie den selben Fehler, in einer etwas anderen, aber ebenso falschen Form wiederholen:"... der Wert der Arbeitskraft ist nicht synonym mit der Zeit, die in der Produktion und Erhaltung der Arbeitskraft enthalten ist, sobald man die Hausarbeit (und den Staat) in Betracht zieht. ... Bisher hat die Diskussion keine Analyse erstellt, die die Übertragung der Hausarbeit auf den Profit errechnet hätte. Die Diskussion hat aber sehr wohl anerkannt, daß Ehemänner von der Arbeit ihrer Frauen Nutzen ziehen können." (86)
Ehemänner sind Nutznießer der Arbeitszeit ihrer Frauen. Das ist ohne Zweifel richtig. Doch die Logik dieses Arguments läuft darauf hinaus, daß Hausarbeit nicht deshalb Unterdrückung schafft, weil sie ein Ergebnis der im Kapitalismus notwendigen Trennung zwischen Arbeitskraft und Arbeiter ist, sondern weil sie zum Vorteil der "Männer" gemacht wird. Die Interessen der Kapitalisten und der männlichen Arbeiter werden auf diese Art und Weise zusammengebracht.
Die Autoren scheinen auch Harrisons Optimismus zu teilen, daß das Kapital die Hausarbeit abschaffen könne.
"Bisher war es dem Kapital unmöglich, die Hindernisse zu beseitigen, die der vollen Vergesellschaftung der Hausarbeit im Wege stehen... Der Mangel an ausreichender Akkumulation oder ausreichend arbeitssparender Technologie, kann zu jedem historischen Moment ein Hindernis für eine weitere Vergesellschaftung der Hausarbeit durch das Kapital sein." (87)
Es ist der unterentwickelte Charakter des Kapitalismus, oder es sind die ungünstigen Bedingungen denen er konfrontiert ist, die erklären, warum das Kapital unfähig ist, die Hausarbeit zu vergesellschaften. In ähnlicher Weise argumentieren sie, daß die Vergesellschaftung der Kindeserziehung durch freie oder stark subventionierte staatliche Kindergärten, nur "in einer Boom-Phase möglich ist, in der es eine rasche Akkumulation von Kapital gibt und einen daraus

abgeleiteten Anstieg der Produktivität." (88)
Für sie wird die spezifische Unterdrückung der Frau nur auf der Ebene der Kapitalakkumulation verstanden, wobei sie die absoluten Grenzen, die das Kapital der Vergesellschaftung der Hausarbeit setzt, mit der relativen Stellung der Frau innerhalb der gesellschaftlichen Produktion zu bestimmten Zeitpunkten verwechseln. Sie verstehen nicht, warum das Kapital unfähig ist, die Hausarbeit abzuschaffen und damit verbunden verstehen sie nicht die spezifische Unterdrükkung der proletarischen Frau.
Magas, Coulson und Wainwright von der IMG haben eine Reihe richtiger Kritikpunkte an Seccombe vorgebracht. Sie sind der Meinung, daß "die Hausarbeit überhaupt keinen Wert erzeugt, weil die hergestellten Produkte Gebrauchswerte sind und keine Waren; sie werden nicht für den Markt produziert, sondern für den sofortigen Konsum, innerhalb der Familie." (89)
Aber sie verstehen trotzdem nicht, worin die spezifische Unterdrückung der Frau im Kapitalismus besteht. Die Situation der Frau im Kapitalismus erklären sie völlig richtig durch die Tatsache, "daß sie sowohl Hausarbeit, wie auch Lohnarbeit verrichtet." (90)
Es gelingt ihnen nicht, die ökonomische Notwendigkeit für diese Tatsache zu erklären. Wir werden in einem späteren Abschnitt zeigen, daß die Möglichkeit, Frauen zwischen der privaten und sozialen Produktion hin und her zu schieben; zwischen ihrem Heim und der Lohnarbeit; und sie als Teil der Reservearmee zu behandeln, immer ein wesentlicher Faktor der Kapitalakkumulation war. Obwohl Margas, Coulson und Wainwright das verstehen, können sie in keiner Weise die Doppelrolle der Frau erklären, weil sie nicht die Notwendigkeit der beständigen Existenz der Hausarbeit verstehen. Es ist notwendig aufzuzeigen, warum die Hausarbeit als eine Last der Arbeiterfrauen besteht. Es ist auch notwendig aufzuzeigen, warum trotz des enormen Anstiegs der Arbeitsproduktivität während des Nachkriegs-Booms, die Hausarbeit als private Arbeit, außerhalb der gesellschaftlichen Produktion bleibt. Das bedeutet, daß es notwendig ist, den Anspruch, der von Margas, Coulson und Wainwright gemacht wurde, nämlich zu erklären warum der Kapitalismus die Hausarbeit nicht vergesellschaften kann (91), zu erfüllen. Aber gerade das gelingt den Autoren nicht. Ihre eigene Antwort gipfelt in der Annahme, daß in "einer Gesellschaft, die vom Markt beherrscht wird, die bürgerliche Familie und die Hausarbeit, spontan innerhalb der Arbeiterklasse erzeugt, bzw. geleistet wird", (92) und daß "die Existenz der bürgerlichen Familie...keinesfalls durch die konjunkturellen Aufschwünge im Zyklus der kapitalistischen Produktion in Frage gestellt wird." (93)
Das mag wohl richtig sein, aber das bedarf einer Erklärung. Weil die Beziehung zwischen Hausarbeit und Kapital bisher nicht begriffen wurde, wurde auch die wirkliche Bedeutung der Familie als einer ökonomischen Einheit in der kapitalistischen Gesellschaft nicht verstanden. Dazu kommen wir jetzt.

3. Die Familie

Die Frage der Familie war bisher ein beständiges Problem für die Frauenbewegung und für alle, die versuchten, eine Analyse der Unterdrückung der Frau zu erstellen. Die Unterdrückung wurde konsequent dem Familienbereich und der darin bestehenden biologischen Arbeitsteilung zugeschrieben. Besonders das Buch "Die Dialektik des Sex" von Firestone, bringt diese Idee zum Ausdruck und ruft zur Abschaffung der Familie und der Arbeitsteilung als ganzes auf. (94) Die radikale Linke in England hat sich mangels eines marxistischen Verständnisses der Unterdrückung der Frau, an diese bürgerliche feministische "Lösung" des Problems angepaßt. Die IGM zitiert Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und Trotzki um ihre Forderung nach dem Sturz der Familie abzudecken.
"Seit dem Kommunistischen Manifest des Jahres 1848 war die Gleichberechtigung der Geschlechter eine Forderung der revolutionären Sozialisten. Sie wurde von Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und Trotzki immer im Zusammenhang mit der Überwindung der Familie erhoben. Die Institution der Familie ist das Haupthindernis für die Gleichberechtigung der Frauen" (95).



'FRAU' IM DIENSTE DES IMPERIALISMUS - NORDIRISCHE 'FRIEDENSBEWEGUNG'

Die "International Socialists" sagen, daß das Kapital die Familie überwinden könne, "...theoretisch kann das Kapital ohne Familie auskommen. Es könnte die Arbeit, die notwendig ist, um den Arbeiter von heute zu erhalten und den Arbeiter von morgen großzuziehen, in eine Industrie verwandeln, die Lohnarbeiter einstellt" (96). Die KP Englands ist bezüglich der Familie recht verwirrt. Judith Hunt, Mitglied des Exekutivausschusses, ist der Meinung, daß die Familie eine ideologische Einheit darstellt, die sich unabhängig vom kapitalistischen Produktionssystem reproduziert. "Die soziale Funktion der Familie ist im zunehmenden Maße ideologisch ... Die Familie spielt eine besonders große Rolle bei der Reproduktion der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, die zugleich ihre eigene Wurzel ist. Ideologisch reproduziert sich die Familie selbst" (97). Für sie ist die Unterdrückung der Frau Ergebnis überlebter Verhaltensweisen. "Die ökonomische und materielle Basis für die Unterdrückung der Frau müßte in unserer Gesellschaft nicht mehr bestehen; ihre ständige Neuschaffung ist nur aus der Stärke traditioneller Ideen und Vorurteile zu erklären." (98) Rosemary Small ist der Meinung, daß die Familie verteidigt werden müsse, da sie "... im schlechtesten Falle, eine Art Schutzwall darstellt, hinter den man sich verkriechen kann; im besten Falle eine Quelle der Hilfe und Sicherheit, der Wärme und des Glücks." (99)
Obwohl sie zu zeigen versucht, daß die Unterdrückung der Frau nicht von der Familie als solcher ausgeht, sondern von der Familie als einer ökonomischen Einheit in der Klassengesellschaft, gelingt es ihr, gemeinsam mit anderen linken Gruppen, nicht, zu zeigen, wie Frauen im Kapitalismus spezifisch unterdrückt werden.

Das ist aber der wesentliche Punkt. Das Verständnis der Lage der Frauen zeigt, daß es die Form der Familie unter kapitalistischen Bedingungen ist und die Existenz der häuslichen Sklaverei, die die Wurzeln der Unterdrückung darstellen, nicht das Familienleben als solches. Jedes menschliche Leben bringt persönliche Beziehungen mit sich. Es ist nicht dieser Aspekt des Familienlebens, den Revolutionäre angreifen, sondern die Familie als ökonomische Einheit der Gesellschaft. Persönliche Beziehungen sind eine Reflexion darauf. Engels bringt das in seinem Werk "Der Ursprung der Familie" klar zum Ausdruck. Es war sein Schicksal, von seinen vorgeblichen Anhängern fehlinterpretiert und mißverstanden zu werden.
Engels zeigt das Wachsen der Familie im historischen Zusammenhang und kommt bis zu der Form der Familie, die dem Kapitalismus des 19. Jahrhunderts entspricht. Diese historische Methode ist wichtig, da sie Engels die Möglichkeit gibt, aufzuzeigen, daß die Veränderungen in der Familie in den Veränderungen der ökonomischen Organisierung der Gesellschaft begründet sind. Engels verfolgt die Entwicklung des Privateigentums und des Erbrechts bis hin zur Entwicklung des Kapitalismus und zeigt die Veränderungen in der Beziehung zwischen den Geschlechtern auf, angefangen bei der matriarchalischen Familie, über die patriarchalische Familie, monogame Ehe bis hin zur modernen bürgerlichen Ehe. Engels erkannte, daß die Stellung der Frau ihren spezifisch unterdrückten Charakter nicht deshalb hatte, weil die Familie weiter bestand, sondern vielmehr, weil die Hausarbeit privatisiert wurde und außerhalb der gesellschaftlichen Produktion zu stehen kam. Davon leitete er ab, daß im Kapitalismus die Frauen zwar die legale Gleichberechtigung erlangen können, niemals aber echte soziale Gleichheit bis "die einzelne Familie aufhört die ökonomische Zelle der Gesellschaft zu sein" (1oo). Engels spricht sich somit für die Vergesellschaftung der Hausarbeit aus, nicht aber für die Abschaffung des Familienlebens als



solches. Er zeigt auf, daß die Beschaffenheit der Familie sich mit der wirtschaftlichen Organisiertheit der Gesellschaft ändert. Wir treiben diese Analyse weiter und zeigen präzise auf, wie die Hausarbeit zum gesamten kapitalistischen Produktionssystem in Beziehung steht und warum deshalb der Sturz des Kapitalismus eine notwendige Voraussetzung für die Befreiung der Frau ist. Diese revolutionäre Beurteilung der Unterdrückung der Frau im Kapitalismus wird von Theorien, die sich auf die Notwendigkeit der Abschaffung der Familie konzentrieren, verwischt.
Die IMG liefert ein erstklassiges Beispiel dafür, zu welchen reaktionären Konsequenzen man kommt, wenn man nicht versteht, daß die Unterdrückung der Frau nicht vom Familienleben als solchem abgeleitet werden kann. In einem Brief an die Frauensektion der African National Congress Southafrica fühlte sich die IMG genötigt, die Frauen der ANC dafür zu kritisieren, daß sie die Paßgesetze (pass laws) in Südafrika bekämpfen, weil sie das Familienleben zerstören. In ihrer Antwort schrieb Janice Mills für die IMG: "Die Familie, egal in welcher Form, ist weder mit der völligen Gleichberechtigung der Frau, noch mit Sozialismus vereinbar. Die Unterdrükkung der Frau ist nicht abstrakt, sondern real, wirklich, täglich spürbar und gleichzusetzen mit ihrer sozialen Wurzel - der Familie. Die Massen selbst sind der Familie schon entwachsen. Jeder revolutionäre Kampf reißt die Frauen aus ihrem Heim und übergibt die häuslichen Aufgaben, sowie die Kinderbetreuung der Verantwortung der gesamten Gemeinschaft. Die Unmenschlichkeit der Paßgesetze besteht nicht in der Zerstörung des Familienlebens".(1o1)
Die Unterdrückung schwarzer Frauen in Südafrika kann schwerlich dem Familienleben zugeschrieben werden - das rassistische südafrikanische Regime hat es völlig zerstört. Nicht der revolutionäre Kampf war es, der die Frauen von ihren Heimen und Kindern riß, sondern das südafrikanische Kapital reißt die Familien auseinander und zerstört die schwarzen Gemeinschaften. Während jede Form eines geregelten Familienlebens für Schwarzafrikaner völlig zerstört wurde, gibt das Kapital in Südafrika der Familie, als einer ökonomischen Einheit, die eindrucksvollste und barbarischste Form. Nirgends sonst kommt der privatisierte Charakter der Hausarbeit so klar zum Ausdruck. Michael Williams bringt diesen Tatbestand besonders gut: "Was die Frauen in den Reservaten aufgezogen und ernährt haben, waren die Arbeiter selbst, die lebendigen Hüllen der Ware Arbeitskraft, des wichtigsten Elements des produktiven Kapitals. Südafrika ist keine Ausnahme von der Regel, daß die spezifische Form der konkreten Arbeit, die den Frauen im Kapitalismus auferlegt wird, immer parallel mit dem Prozeß der Mehrwertgewinnung geht, die im direkten Reproduktionsprozeß vor sich geht. Nur ... präsentiert sich dieses Gesetz jetzt in seiner wirkungsvollsten und barbarischsten Form." (1o2) In Südafrika wäre heute die Möglichkeit eines Familienlebens ein Fortschritt im Kampf gegen das südafrikanische Kapital, weil es eine konzentrierte Opposition zum System schaffen würde, im Kampf gegen die Paßgesetze und die Absonderung in sogenannte "Homelands". Der Kampf um das Familienleben in Südafrika ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen den Kapitalismus. Pompöse Zusicherungen von seiten der IMG, daß nämlich "die Massen selbst schon der Familie entwachsen" seien, helfen niemandem in Südafrika, wo täglich Schwarze verhaftet werden, weil sie "illegal" mit ihren Ehepartnern leben.

Doch weder Marx, Engels, Lenin, noch Trotzki riefen zur Abschaffung des Familienlebens an sich auf.
(...)
Trotzki schrieb: "Man kann die Familie nicht "abschaffen", man muß sie ersetzen". (1o4) Das ist der zentrale Punkt - wie man nämlich die Familie als ökonomische Einheit abschafft. Wie Trotzki und Lenin betonten, kann nur die sozialistische Planwirtschaft die systematische Entwicklung der Produktivkräfte bewerkstelligen, die notwendig sind, um die Familie als ökonomische Einheit zu überwinden und persönliche Beziehungen zu schaffen, die frei sind von den Erfordernissen des Kapitals. Das "Überleben" der Familie als einer ökonomischen Einheit stützt sich auf das Weiterbestehen des Kapitals und des beständigen Bedarfs an Arbeitskraft als Ware und von daher abgeleitet des Bedarfs an privatisierter Arbeit. Der erste Schritt zur "Ersetzung" der privatisierten ökonomischen Funktion der Familie durch sozialistische Planwirtschaft muß, wie wir aufzeigten, der Sturz der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sein. Im Kapitalismus wird das Familienleben zerstört, während zur selben Zeit die Familie als ökonomische Einheit der Gesellschaft aufrechterhalten wird. Im Sozialismus wird das Gegenteil der Fall sein. Das Familienleben wird eine neue Form annehmen, sobald die Familie als ökonomische Einheit zerstört ist.



(85) Gardiner, Himmelweit, MacIntosh, 'On the Economy of Women', CSE Pamphlet, 1975, 1.Teil, S.11.
(86) ebenda, S.11; Ein Zeichen für die Verwirrung hier ist, daß sie später von einer 'Unterbewertung der Hausarbeit' mit Hinweisen auf das gesamte Familieneinkommen und die Verdienste von Mann und Frau sprechen. Dies unterstellt, daß eine 'gerechtere' Bezahlung die Probleme lösen würde. Im Gegensatz dazu erklären wir, daß der einzige Weg die Unterdrückung der Frau zu überwinden, die Vergesellschaftung der Hausarbeit ist und nicht die gerechtere Bezahlung. (ebenda S.12)
(87) ebenda, S.13-14
(88) ebenda, S.14
(89) Magas, Coulson und Wainwright, 'The Housewife and her Labour Under Capitalism - A Critique', New Left Review, S.62.
(90) ebenda, S.65
(91) ebenda
(92) ebenda, S.69
(93) ebenda, S.68
(94) siehe Shulamith Firestone, 'The Dialectic of Sex'
(95) 'Africa in Struggle', Revolutionäry Marxist Journal-Black Africa (FI), Vol.2, S.26.
(96) 'International Socialism', Nr.68, 1974, S.27.
(97) 'Marxism Today', Februar 1974, S.59.
(98) ebenda
(99) 'Marxism and the Family',(ausgewählte Beiträge einer Diskussion in 'Marxism Today'), CP Pamphlet, S.5.
(100) F.Engels, 'The Origin of the Family, Privat Property and the State', Pathfinder Press, New York, 1972, S.82.
(101) 'Africa in Struggle', s.o..
(102) Michael Williams, 'An Analysis of South African Capitalism - Neo-Ricardianism or Marxism', CSEB, Februar 1975, S.28-31.
(104) L.Trotzki, 'Revolution Betrayed', New Park, 1970, S.145.

Frankreich: Einem neuen Mai entgegen ?

Zu den Wahlen zur französischen Nationalversammlung im März dieses Jahres wird man Bilanz ziehen müssen zum 20jährigen Bestehen der V. Republik, zum 10. Jahr nach dem Mai 1968 und zum nun schon 5-6 Jahre währenden Ringen der beiden Parteien KPF und PS um die Mehrheit der Parlamentssitze.
Denn Frankreich hat während der letzten 20 Jahre zwei Wendepunkte erlebt: 1958 kam de Gaulle nach einem Rechtsputsch der Algerienfranzosen an die Macht. Er schaffte die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen für den Aufschwung der 60er Jahre. 1968 machte die Arbeiterklasse mit dem 1966 (Krise) einsetzenden Lohnabbau Schluß und offenbarte mit einer der heftigsten Streikbewegungen die Brüchigkeit des Gaullismus.
Wird das Jahr 1978 der seit 1968 deutlich gewordenen Krise des Gaullismus ein Ende bereiten?
Wird die Arbeiterklasse endgültig die Initiative in der französischen Politik übernehmen?
Von vielen wird für 1978 ein Wendepunkt prognostiziert. Man spricht von einem Rückfall in die IV. Republik mit vielen Regierungswechseln und wirtschaftlicher Unsicherheit oder von einem neuen Mai '68. Man macht diesen Wendepunkt aber nicht fest an einem womöglich plötzlich und spontan ausbrechenden Aufschwung der Arbeiterkämpfe oder an einem Rechtsputsch. Nein: Die von allen mit mathematischer Genauigkeit 'berechnete' Überwindung der 'magischen 50%-Marke' durch die Linksunion bei den Parlamentswahlen im März soll es sein, die eine Wende verspricht. "Aber der Sieg der Linksunion, der von den Arbeitern als ihr Sieg aufgefaßt werden wird, kann eine 'unkontrollierte Bewegung' wie den Mai 1968 auslösen, die letztlich den Bestand des Systems in Frage stellen könnte" ('was tun'Nr. 180, 20.10.77).
Der Frankreichexperte des SB weiß sich dagegen nicht recht zu entscheiden, wie das Verhältnis von Massenbewegung und Linksunion aussieht: Es "ist die Frage, in welcher Relation elektoraler Aufschwung und soziale Konflikte auf Betriebs- und nationaler Ebene zueinanderstehen." "Es ist aber die Frage, ob dies (vereinzelte Arbeitskämpfe in den 70er Jahren, der Autor) wegen oder trotz der parlamentarischen Strategie der Linken geschieht, kann diese doch gegen den im 'Plan Barre' zum Ausdruck gekommenen Klassenkampf von oben (Rationalisieung usw.) herzlich wenig ausrichten" ('links' Nr.89, Juni '77). So stellt er sich für die Realisierung des gemeinsamen Programms der Linksunion nach deren Sieg im März die Frage, "inwieweit sich eine breite Massenmobilisierung als Lerneffekt in die traditionellen Linksparteien fortpflanzt". (Internationalismus-Rundbrief des SB, 3/September 77)
Fragen über Fragen.
Und dabei ist es ihm noch nicht einmal gelungen, die Fragen richtig zu stellen. "Wichtig ist es", heißt es in der 'Zeitung für eine neue Linke' (3. November 1977), was die Massen erwarten und was sie tun, wenn diese Erwartungen nicht eintreten." Der Verfasser des 'Neue Linke'- Artikels stellt im weiteren richtig fest, daß die Linksunion die Massen demobilisiert. Damit hat er die Antwort auf das, was ihm wichtig erscheint: Die Massen tun also nichts, oder genauer - ihre Kämpfe werden stagnieren. Denn noch weniger tut der Verfasser, der mit keinem Wort verrät, was er den französischen Linken in der jetzigen Situation vorzuschlagen hätte.

So schauen die neo-linken Journalisten in Deutschland gebannt auf den 12. und 19.März. Wir wollen uns aus diesem Bann zu befreien suchen und der Linksunion den mystischen Schleier entreißen.
Wenn nämlich in den nächsten Monaten eine größere politische Krise in Frankreich ausbricht, so ist ihr auslösender Faktor ganz gewiß in dem Verhältnis zwischen Arbeitern und der Linksunion zu suchen. Hätte die Linksunion eine solche Krise aber selber auslösen wollen, so hätte sie es in ihrem 6-jährigen Bestehen schon längst tun können - durch vorgezogene Wahlen zum Beispiel. Wenn die Arbeiterklasse für sich klargemacht hätte, daß sie die politische Macht braucht, wären die Kämpfe gegen die Barre -Pläne Anlaß genug gewesen. Die Militanz und das politische Niveau von Streiks, Demonstrationen usw. ist also letztlich nicht Folge von parlamentarischen Verschiebungen nach rechts oder links. Um das Verhältnis zwischen Massen und Linksunion konkret zu bestimmen, muß man untersuchen, welche Rolle die Arbeiterklasse im jetzigen Kräfteverhältnis spielt, welche sie spielen könnte und welche Position dagegen die Linksunion vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus im gesamten Klassengefüge und politischen System einnimmt. Und zu den ökonomischen und politischen Tendenzen, die heute wirksam werden, wollen wir einen kurzen Überblick über die Geschichte Frankreichs seit dem 2. Weltkrieg geben.

Seit etwa 1966 oder spätestens seit der Krise 1975 ist eines sichtbar geworden: Frankreich ist wie andere Länder in eine Periode zunehmender konjunktureller Schwankungen und zunehmender Krisenhaftigkeit des Systems eingetreten.

Zugleich hat ein ökonomischer Prozeß, der nach der Machtübernahme de Gaulles begann, schon handfeste Resultate in den politischen Auseinandersetzungen besonders im Mai/Juni 1968 an den Tag gebracht. Nach einem Putsch französischer Generäle in Algerien, die in Frankreich einzumarschieren drohten, kam de Gaulle im Juni 1958 an die Macht. Damit war das erste Kapitel französischer Nachkriegsgeschichte abgeschlossen.

1946 - 1958: ALGERIENKRIEG UND ARBEITERKÄMPFE; KRISE DES PARLAMENTS

Die IV. Republik (1946-58) hatte für das französische Kapital zunehmend an Glaubwürdigkeit verloren. 25 Regierungen in 12 Jahren hatten das Parlament erheblich diskreditiert. Die Ursache dieser vielen Regierungswechsel liegt in mehreren Punkten: Nach dem 2. Weltkrieg hatte die Arbeiterklasse von vorneherein eine starke politische Position. Sie war die Kraft, die durch ihre Miliz, durch Streiks und schließlich durch einen Generalstreik im August 1944 das faschistische Kollaborationsregime unter Marschall Petain zu Fall brachte. Dadurch hatte sie nach 1944 wichtige Stützpunkte in ihrer Hand. Befreiungskomitees übernahmen die effektive Kontrolle der Gemeinden, in Volksgerichten wurden mehr als 11.000 Faschisten und Kapitalisten ihrer wohlverdienten Strafe zugeführt. Nach dem Kriege wurde unter Führung de Gaulles eine provisorische Regierung gebildet, an der auch Kommunisten, Sozialisten und Volksrepublikaner (MRP) beteiligt waren. Der KPF-Sekretär Maurice Thorez formulierte in einer Rede in Ivry die Politik der KPF innerhalb dieser Regierung: Man müsse die Milizen auflösen, man müsse die Waffen abliefern, um so "eine Armee, eine Polizei, einen Staat" zu schaffen. Die Politik der KPF lief also darauf hinaus, die Arbeiterklasse restlos zu entwaffnen und zu demobilisieren. Nicht nur das: Ein stehendes Heer, die alte Bürokratie und die paramilitärische Sondereinheit CRS wurden wieder- bzw. neuhergestellt. Doch die Kampfkraft der Arbeiterklasse war bis 1958 kaum erlahmt, auch wenn die parlamentarische Orientierung der KPF den Kämpfen die Heftigkeit nahm und sie auf ökonomische Ziele reduzierte (besonders in der Zeit von 1954 bis 1958). Die Arbeiterkämpfe befanden sich gewissermaßen in gefährlicher Stagnation: Radikal und zum Teil sehr breit, aber durch die KPF als perspektivlos im Sinne ihrer parlamentarischer Strategie eingedämmt.

Wie in der IV. Republik keine Regierung Mittel und Wege fand, um die Arbeiter mundtot zu machen, so war auch keine in der Lage, mit den Kolonialkriegen fertig zu werden. Auf den Vietnamkrieg folgte 1956 der Algerienkrieg. Die hohen Rüstungsausgaben zehrten an den Profiten. Es mußten aber die Bedürfnisse der französischen Siedler in Algerien und zugleich die des französischen Kapitals befriedigt werden. Der Putsch französischer Generäle in Algerien verursachte in dieser Situation die Machtübernahme de Gaulles.

De Gaulle war im französischen Volk während der Widerstandszeit gegen den Faschismus (1940-44) als "Befreier Frankreichs" bekannt. Er war antiparlamentarisch eingestellt und stützte sich im wesentlichen auf die Exekutivorgane des bürgerlichen Staates, dh. auf die Bürokratie und besonders auf die Armee, die ja zum großen Teil in Algerien stand. Die Bürokratie war es auch, die die einzige stabile Stütze in der IV. Republik dargestellt hatte. Sie rekrutierte sich noch vorwiegend aus aristokratischen und großbürgerlichen Schichten. Da sich das Parlament zunehmend in der IV. Republik diskreditiert hatte, erwarteten gerade kleinbürgerliche Schichten ein hartes Durchgreifen, eine harte Hand. De Gaulle kam daher dem Kleinbürgertum wie dem Großkapital (Exportindustrie) gerade recht. Mit der Präsidialverfassung von 1958 gab er sich als Präsident besondere Rechte und schwächte die Rolle des Parlaments. Als Bonaparte, als "Mann des Ausnahmezustandes", der die widerstreitenden Pole auszugleichen hat, indem er sie niederhält und zersetzt, trat er nach 1958 in Funktion: Der Algerienkrieg konnte nach verschiedenen Widerständen 1962 beendet und die Rüstungsausgaben allmählich gesenkt werden. Und für die Arbeiterklasse bedeutete der Machtantritt de Gaulles eine verheerende Niederlage: Die Löhne wurden faktisch um 10%, die Sozialausgaben um 20% gesenkt. Die Arbeitslosigkeit stieg in der Zeit von 1958 bis 1960 um 30%. Die jährliche Zahl der Arbeitskämpfe sank fast auf ein Drittel im Verhältnis zur Zeit vor 1958. Die "Politik der Härte" kam bei den gewalttätigen Polizeieinsätzen zum Ausdruck - gegen die Waffenstillstandsdemonstrationen 1962 und gegen die Studentenbewegung Mai 1968 zum Beispiel. Beendigung des Algerienkrieges und massiver Abbau des Lebensstandards mit Hilfe des 'starken Staates' bedeuteten Zunahme der Investitionen und überdurchschnittliche Steigerungen des Bruttosozialprodukts im Gefolge. Sanierung der Profite, der seit Jahrzehnten desolaten französischen Wirtschaft überhaupt auf Kosten der Arbeiter - das waren die Bedingungen für Frankreich, in den Weltmarkt vorzustoßen, um an dessen allgemeinen Aufschwung teilzuhaben. Franc-Abwertung und freie Konvertierbarkeit des Franc gegen jede ausländische Währung waren die Mittel, um den Export in Richtung EWG und Weltmarkt umzustrukturieren. Das alles steckt hinter dem französischen 'Wirtschaftswunder', dem "miracle francaise". Mit dem Austritt aus der NATO 1964, mit dem Aufbau einer eigenen Atommacht, wollte de Gaulle Frankreich zu einer 'unabhängigen' Weltmacht, zur "Keimzelle Europas" machen, wie er es vor seinem Machtantritt 1958 in sein Programm geschrieben hatte. Doch damit konnte er den Zusammenbruch des französischen Wunders auch nicht aufhalten. Schon bald, im Zuge des Abschlusses der Rekonstruktionsperiode Ende der 60er-Jahre, stellten sich die 'normalen' kapitalistischen Verhältnisse wieder her. Ab 1966/67 wird der wieder leicht angestiegene Lebensstandard erneut abgebaut. Ebenso steigt die Arbeitslosigkeit merklich an. Anfang 1968 steigt die Zahl der Arbeitslosen von 300 000 auf 500 000 (also um 3,3%), darüberhinaus sind die Hälfte unter 25 Jahre alt. Mit dem forcierten Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß des Kapitals gehen aber auch Veränderungen in der Klassenstruktur einher. Gerade die rapide Abnahme des klassischen Kleinbürgertums (Landwirtschaft, Handel, Handwerk) verursachte einen Bruch oder eine Zersetzung der Allianz zwischen Monopol- und Kleinbourgeoisie, die ja vom Gaullismus ausgedrückt wird. So nahm die Zahl der Selbständigen von 1958 bis 68 um 20%, in den Jahren von 1950 bis 1958 aber nur um 9% ab. Im Zuge der Konzentration, der Fusionen und der Ausdehnung und Intensivierung der Produktion wuchs die Schicht mittlerer Kader, die 'neue Intelligenz'. Hieraus erklärt sich auch der starke Anstieg der Studentenzahl: Von 1960 bis 1968 verdoppelte sich ihre Zahl von 295 000 auf 600 000. In der gleichen Entwicklung nahm das Proletariat erheblich zu. Die Zahl der Arbeiter stieg von 6,5 Mio. (1954) auf 8 Mio. 1972.

Aus diesen Faktoren läßt sich natürlich nicht automatisch der Mai '68 erklären. Die in den Zahlen ausgedrückte Tendenz ist aber eine allgemeine Basis für die 68er wie für die Kämpfe der 70er Jahre. Diese Tendenz hat sich bis heute nicht wesentlich verändert. Im Gegenteil: Seit 1975 hat sich die Krise der französischen Wirtschaft, haben die Proletarisierung des Kleinbürgertums, die Arbeitslosigkeit und Tendenzen der Verelendung in unteren Schichten der Arbeiterklasse erheblich zugenommen. Der französische Mai '68, egal einmal, wie er ganz konkret entstanden ist, bedeutet zumindest einen entscheidenden Einschnitt in der Geschichte Frankreichs. Für uns ist wichtig, was die Bourgeoisie und was die Arbeiterklasse bzw. die Parteien der Arbeiterbewegung aus ihm folgerten. Was geschah also seit dem Mai '68 bis heute und welche Lehren können wir aus dem Mai grundsätzlich und für die jetzige Situation ziehen?

MAI '68: KRISE DES KAPITALS, KRISE DES GAULLISMUS BZW. FÜHRUNGSKRISE DER BOURGEOISIE, ERSTARKEN DER ARBEITERBEWEGUNG

Der Mai '68 hat die klassenmäßigen Fronten in Frankreich mit einem Mal ans Tageslicht gebracht, hat die in einer vorrevolutionären bzw. revolutionären Situation mögliche politische Rolle der einzelnen Zwischenschichten sowie der Armee und der Bürokratie angedeutet, hat aber auch die Schwächen gezeigt auf Seiten der Agenturen der Bourgeoisie wie auf Seiten der Kräfte der Arbeiterbewegung.

Die Länge und Breite der Streiks - es streikten 8 bis 10 Mio. Arbeiter über drei Wochen lang - das politische Niveau und die Militanz der Bewegung: Bürgerkrieg zwischen Studenten und der paramilitärischen CRS, die Neutralisierung des Kleinbürgertums und dessen abwartende und zum Teil positive Haltung zur Arbeiter- und Studentenbewegung ließen die CRS und die Bereitschaftspolizei "Gendarmerie mobile" zur einzigen loyalen und einsatzfähigen Truppe der Bourgeoiesie werden. Obwohl fast einen Monat lang ein Machtvakuum herrschte, gab es keine Kraft der Arbeiterbewegung, die die Arbeiterklasse autonom in Räten organisierte, um sie als Klasse der Bourgeoisie entgegenzustellen. Die Verbrüderungsrufe, die Manifeste einzelner Armeeteile oder Gendarmerien blieben bei der breiten Arbeiteröffentlichkeit ungehört oder fanden vielleicht durch das Kommunikationsmonopol in den Händen von KPF und CGT keine größere Verbreitung.

RESULTATE DES MAI '68: KRISE DES GAULLISMUS...

Die Periode seit dem Mai '68 wird durch folgende Faktoren bestimmt: Der enorme Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß, der mit der Machtübernahme de Gaulles 1958 eingeleitet wurde und sich ab 1966 nach Verabschiedung des V. Planes (für 1966-71) durch staatliche Förderungen in ein wahres Fusionsfieber verwandelte, ging im wesentlichen zu Lasten der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums. Mit der Zerrüttung des Kleinbürgertums aber brach das für den Gaullismus typische Bündnis zwischen Klein- und Monopolbourgeosie. Dadurch war es den auf de Gaulle folgenden Staatspräsidenten (Pompidou, Giscard) nicht möglich, die für die V. Republik typische Basis, den Gaullismus als Strömung des Kleinbürgertums und Teilen besonders reformistisch beeinflußter Arbeiter, wie sie sich in der Wählerbasis de Gaulles 1958 ausdrückte, zusammenzuhalten. Die ehemals breite gaullistische Bewegung hat Platz gemacht einer ganzen Reihe von kleinbürgerlichen Tendenzen. Neben der eigentlichen "Gaullistischen Sammelbewegung" (RPR) unter Chirac gibt es die 'republikanisch-zentristische' Strömung unter Giscard-Barre. Weniger bedeutsam sind faschistische Gruppierungen, die besonders seit 1962 nach der Einwanderung der 0,8 bis 1 Mio. Algerienfranzosen entstanden sind (u.a. OAS). Durch Attentate, Demonstrationen usw. machen sie aber auf sich aufmerksam. Durch diese ganze politische Differenzierung des Kleinbürgertums und durch das seit dem Mai '68 neugewonnene Selbstvertrauen breiter Arbeiterschichten bekam das Parlament eine bedeutendere Rolle, als sie ihm auf Grundlage der Verfassung der V. Republik zukommt. Diese Verfassung beinhaltet ua., daß der Präsident über die Exekutivorgane des bürgerlichen Staates durch Volksabstimmungen jederzeit verfügen kann - also durch Ausschaltung des Parlaments - oder, daß er durch Auflösung der Regierungen, wozu er berechtigt ist, die ihm genehmste Parteien- und Personenkonstellation an die Regierungsmacht bringen kann. Es fehlt heute aber die breite gaullistische Massenbewegung, die über Volksabstimmungen ihrem Führer (de Gaulle, bzw. dem Staatspräsidenten) als Stütze dienen würde. Das Parlament wird also für die nächste Zeit eine zentrale Tribüne sein. Die politische Stärke des Parlaments gegenüber der starken rechtlichen Stellung des Präsidenten und damit auch gegenüber dem Exekutivapparat kann die Basis abgeben für institutionelle Konflikte, in denen sich parlamentarische Illusionen abnutzen können und die Anlaß geben können für bonpartistische Krisenlösungen. Diese Verschiebungen zwischen Präsident und Parlament sind nur Ausdruck von Veränderungen der Klassenschichtung, bleiben damit für die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum sekundär.

Auf Grundlage dieser Entwicklung existiert das im Mai '68 kurzfristig aufgetauchte Machtvakuum als Führungskrise der Bourgeoisie fort. Die Bourgeoisie ist ständig gezwungen auf die Resultate der Maibewegung

bei der Arbeiterregierung zu reagieren und politische Abwehrblocks jeder Art zu zimmern. Was die heutige Regierungsmehrheit darstellt, war im Mai '68 gewissermaßen die "Partei der Angst". Darüberhinaus konnte die Bourgeoisie ihre mühevoll zusammengeschweißten Agenturen meist nur durch Wahlmanipulationen in die Regierung bringen. Dabei bediente sie sich bewußt des verschrobenen Mehrheitswahlrechts mit den ungleichen Wahlkreisen. Zudem galt das Wahlrecht bis vor kurzem noch für Franzosen, die über 21 Jahre alt sind. Und das bei einem enormen Anstieg der Zahl der Jugendlichen - absolut wie proportional zur Gesamtbevölkerung. Heute wird diese Manipulationspolitik bei der Benutzung der Stimmen der 600 - 800 000 Auslandsfranzosen deutlich.

Die dahintersteckende politische Unsicherheit, gefördert durch die Krise seit 1966, besonders seit 1975, hat neue Schichten des Kleinbürgertums (mittlere Kader, neues Industriemanagement, 'technische Intelligenz', auch ehemals gaullistische Bürgermeister) an die Parteien der Arbeiterbewegung, besonders an die PS Mitterands, herangeführt.

...UND MACHTKONZENTRATION BEIM BÜRGERLICHEN STAAT

Auf jeden Fall galt und gilt es noch immer für die Bourgeoisie, einen neuen Mai '68 zu verhindern. Dazu muß sie das Selbstvertrauen der Arbeiter brechen und das zerrüttete, aber politisch noch auf die Arbeiterbewegung orientierte Kleinbürgertum politisch an sich bzw. an ihre Agenturen (Gaullisten und Faschisten) binden.

Um das in Streiks und Demonstrationen fortlebende, also noch ungeschwächte Selbstvertrauen der Arbeiter zu brechen, hat die Bourgeoisie die politische Macht noch mehr als bisher zentralisiert und einen starken Repressionsapparat aufgebaut. Das Hauptziel der Bourgeoisie ist, die revolutionären Kräfte von den Arbeitern und der Armee zu isolieren. Dies zeigt sich beim Kampf gegen die antimilitaristischen Komitees, beim Verbot der Ligue Communiste 1973 und zum Beispiel beim Einsatz der paramilitärischen "Gendarmerie mobile" gegen die Besetzung der Uhrenfabrik Lip. Mit dieser Aufrüstung des Staatsapparates schafft sie den Nährboden für das Aufblühen faschistischer Gruppierungen auf der Straße wie in den Betrieben (Demonstrationen, Anschläge, Aktionen faschistischer Gewerkschaften, Ermordung von Streikposten usw.).

Um die Rentabilität der französischen Wirtschaft wiederherzustellen, um die Profite zu sanieren, verfolgt die Bourgeoisie mit obigen Maßnahmen (legale und illegale Repression) das Ziel, die politischen Bedingungen für die bestmögliche Ausbeutung der Arbeitskraft herzustellen. Der politische Zerfall des Kleinbürgertums zerstört die Rechtfertigungsgrundlage für den Einsatz direkter Repression gegen die kämpfende Arbeiterklasse. Diese Entwicklung gibt den Hintergrund ab für die notwendigen politischen und ökonomischen Maßnahmen gegen eine sich verschärfende Krise, dh. den Hintergrund für die Aufgabe, die Konkurrenzfähigkeit des französischen Kapitals auf dem Weltmarkt zu verbessern - eine Aufgabe, die nicht ohne direkte Repression gegen die Arbeiter gelöst werden kann. Insoferne hat die Bourgeoisie das Ziel, die Reformisten, die sich auf die Arbeiterklasse stützen, in die Regierung hineinzunehmen und in die Verantwortung zu zwingen.

MAI '68 UND FÜHRUNGSKRISE DES PROLETARIATS

Die Strategie der KPF, wonach der Mai 1968 nur die Basis für spätere parlamentarische Siege einer "Volksregierung" ist, hat sich gleich nach dem Mai als falsch erwiesen: Die Radikalität breiter Teile der Arbeiterklasse wurde von der im wesentlichen von der KPF beeinflußten Gewerkschaft CGT durch Verhandlungen (von Grenelle usw.) vorerst

	Streiks	Streikende	Streiktage
1967	1.675	2.824.000	4.204.000
1968	genaue Zahl unbekannt	10.464.000	150.423.000
1969	2.208	1.444.000	2.224.000
1970	3.320	1.160.000	1.742.000
1971	4.350	3.235.000	4.388.000
1972	3.440	2.721.000	3.755.000
1973	3.738	2.246.000	3.915.000
1974	3.397	1.563.000	3.381.000
1975	3.852	1.100.000	4.180.000
1976	4.298	882.000	4.700.000
1977	März allein 400	3-8.000.000	5 - 10 Mio.

Gewerkschaftsmitglieder: 4-5.000.000, also immer noch niedrigerer Organisationsgrad (25-30%);
CGT 2,4 Mill. - CFDT 1 Mio. - FO 0,7 Mio. - verschiedene kleinere Gewerkschaften (Christliche, Angestelltengewerkschaft und faschistische Gewerkschaften) sowie die FEN-Lehrergewerkschaft 0,5 Mio.

eingedämmt. Damit hatte auch das Kleinbürgertum vorläufig seine Orientierung auf die Arbeiterbewegung verloren und hat den berühmten zwittrigen, neutralen und abwartenden, mit einem Auge noch auf die Ereignisse um KPF und PS schielenden Standpunkt eingenommen. Erst nach den verschiedenen Verhandlungen, die einen Keil zwischen die Massen und die radikaleren Arbeiterschichten geschoben haben, waren Polizei und Armee einsatzfähig gegen "ultralinke" Arbeiter und Studenten. Andererseits schlossen sich gerade diese radikalen Schichten der Arbeiterklasse, Alternativen links von der KPF an. Diese Tatsachen kamen bei den Wahlen gleich nach der Mai/Juni-Bewegung zum Ausdruck. Die KPF verlor 1 Million Stimmen zum Teil an die Gaullisten, um die sich das Kleinbürgertum noch einmal gesammelt hat, und an die PSU (P. Mendès-France, Rocard usw.), die ihrerseits gleich 800 000 Stimmen bzw. 3% erhielt. Verläßt die KPF also die Ebene des Klassenkampfes und verlagert ihre Politik auf die parlamentarische Schwatzbudenebene, so verliert sie die Stimmen des Kleinbürgertums wie die radikalen Arbeiterschichten. Diese Teile der Bevölkerung werden dagegen von nun an wesentlich von der PS bzw. von den linksradikalen Gruppen (PSU) angezogen, deren Antistalinismus jedoch jederzeit in einen Sozialdemokratismus umschlagen kann.

Insofern beruht die Taktik Mitterands, sich einerseits zum Sprecher radikaler Utopien, dh. der Selbstverwaltungsvorstellungen von Teilen der radikalisierten Arbeiter, besonders auch gehobener Betriebskader, Ingenieure usw., zu machen, und zum anderen gegenüber dem Kleinbürgertum als die Kraft zu erscheinen, die in der Lage ist, die KPF zu binden, zu fesseln, auf einer realen Grundlage in der Klassenbewegung der französischen Gesellschaft.

Die doppelte Taktik der PS drückt sich einerseits in der Spaltung der PSU im Herbst 1974 aus, als große Teile der Führung (Rocard, Chapuis usw.) zur PS überliefen, und andererseits bei den Kommunalwahlen im März 1977, als große Teile des Kleinbürgertums der PS ihre Stimme gaben. Die PS ist so mehr eine äußerst heterogene Wählervereinigung, bestehend aus Gruppen um 'profiliertere' Politiker. Eine Struktur, die es Mitterand erlaubt, ein 'bonapartistisches' Regime in der PS zu führen, gleichsam als der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich alle einigen müssen, wollen sie nicht den Zerfall der Partei in Kauf nehmen. In der PS blockieren sich also die verschiedenen Strömungen gegenseitig bzw. werden durch das hauptsächliche Wählerpotential der Gesamtpartei blockiert. Diese Konstellation wird die PS im Falle radikaler Arbeiterkämpfe vor schwere Zerreißproben stellen.

KRISE DER ÖKONOMIE

Die ökonomische Krise seit 1975 hat die Situation in Frankreich noch mehr verschärft (Abwertungen, Handelsbilanzdefizite usw.). Auch im Jahr 1977 ist die effektive Zahl der Arbeitslosen nicht unter 1,5 Mio. gesunken. Die hohe Inflationsrate konnte auch nach den Sparplänen Giscard-Barre's Ende 1976 kaum gesenkt werden (1976 über 14%, 1977 9,5%). Entsprechend einer von der Regierungsmehrheit unter Barre prognostizierten Inflationsrate von 6,5% für 1977 sind die Lohnerhöhungen niedrig gehalten worden. Resultat aus dieser Entwicklung ist ein absoluter Verelendungsprozeß in unteren Schichten der Arbeiterklasse. Fast die Hälfte der Arbeitslosen bekommt gar kein Arbeitslosengeld. Die Krankenversicherung beinhaltet zum Beispiel immer noch, daß der Versicherte 20-30% der Arzt- und Medikamentenkosten selbst zu tragen hat. Letztlich ist festzustellen, daß die konkreten Resultate des Mai '68 (12-15%e Lohnerhöhung) schon längst abgebaut sind. Der Arbeiterklasse und den kleinbürgerlichen Schichten geht es elender denn je!

ARBEITERKÄMPFE SEIT 1968

Die ökonomischen Krisen, die Krise des Gaullismus bzw. die Krise des bürgerlichen Regierungslagers und die Führungskrise des Proletariats haben den Kämpfen der Arbeiter nicht die Heftigkeit genommen. Die Kämpfe haben bislang zwar nicht die Breite von Mai/Juni 1968 erreicht, stehen aber auf einem hohen Niveau. Durch die ideologische Beeinflussung großer Teile der Arbeiterklasse, durch die der KPF nahestehende Gewerkschaft CGT, befinden sich die Kämpfe

ERSCHEINT IN KORZE

LEO
TROTZKI
SCHRIFTEN
ZUM
IMPERIALISTISCHEN
KRIEG



quasi in Stagnation oder werden in Stagnation gehalten. Durch die parlamentarische Orientierung von KPF, CGT und auch CFDT werden die Streiks meist lokal oder regional begrenzt, um gerade jeweils vor den Wahlen deren ordnungsgemäßen Ablauf nicht zu stören. Das war vor den Parlamentswahlen im März 1973 und ist heute vor den Wahlen im März dieses Jahres genauso wieder zu beobachten. Die Zeitschrift 'Inprekorr' (Nr. 87, 15.12.1977) schreibt in diesem Zusammenhang: "...im letzten Jahr hat es keinerlei bedeutenden Sieg gegeben, weder auf der Lohnfront noch auf der der Arbeitsplätze. Es gibt ganze Regionen (wie Lothringen) und dutzende von besetzten Betrieben, denen die Gewerkschaftsführungen als einzige Perspektive anzubieten hatten durchzuhalten bis zum 'demokratischen Wechsel' vom März 1978".

Auch wenn damit CGT und CFDT die Streiks ideologisch im Griff zu haben scheinen, ist es ihnen doch nicht möglich, die hohe Radikalität zu brechen.

All diese Faktoren geben den Arbeitskämpfen einen bestimmten Charakter: Die Streiks werden regional und lokal gehalten, die Zahl der Streikteilnehmer bleibt dadurch niedrig; die Kampfmittel und Kampfziele beweisen aber einen hohen Grad an Radikalität und Militanz (z.B. der zähe Kampf bei LIP, die über 200 Besetzungsstreiks, die Auseinandersetzungen bei 'Parisien Libéré'). Die Ereignisse um den Streik von Arbeitern einer Glasfabrik in Reims machen deutlich, wie die Regionalisierung von Streiks aussieht und wie sie auf Basis einer latenten Militanz bei den Arbeitern, von Revolutionären durchbrochen werden kann. Während des Streiks der Glasarbeiter kam es mehrfach zu Überfällen von Polizisten und Faschisten. Dabei wurde ein Streikposten von Faschisten ermordet. Entgegen den Gewerkschaften CGT, CFDT und FEN, die zu einem Generalstreik in Reims und national zu einer fünfminütigen Arbeitsniederlegung aufriefen, mobilisierten revolutionäre Organisationen wie LCR und OCT zu Demonstrationen in Paris und mehreren anderen französischen Großstädten, an denen sich in Paris über 8.000 und sonst ebenfalls mehrere Tausend beteiligten. Die Durchbrechung der Regionalisierung der Streiks kann ein wichtiger Hebel sein, um die der Arbeiterbewegung durch KPF und PS zugemessenen Lobbyfunktion mit der breiten, noch existierenden Radikalität zu konfrontieren.

Wenn aber dann Generalstreiks, verbunden mit einem nationalen Kampftag, von den Gewerkschaften ausgerufen werden, sind sie nur auf einen Tag und auf ökonomische Forderungen beschränkt (Sicherung und Erhöhung der Kaufkraft).

Am 19.11.1974 gingen 400.000 Menschen in Paris auf die Straße und verliehen den Forderungen aus mehreren spontanen Streiks (Post, Eisenbahn, Öffentlicher Dienst) mehr Nachdruck. Am 7.10.1976 beantworteten CGT, CFDT und die Lehrergewerkschaft FEN den im September veröffentlichten Sparplan Barres, der u.a. einen Lohnstopp für 1977 vorsah, mit machtvollen Demonstrationen (500.000 Teilnehmer allein in Paris). Die Streikwelle Ende 1976/Anfang 1977 und der Wahlsieg von KPF und PS bei den Kommunalwahlen März 1977 führte am 24.5.1977 zu noch größeren Demonstrationen, die aber nicht so kämpferisch wie im Oktober 1976 gewesen sind. 'Mit dem Generalstreik im Mai 1977 demonstrierte die französische Linke diesmal in aller Ruhe, Macht und Masse" (FAZ, 8.6.1977). Selbst die rechte Gewerkschaft FO schloß sich den Streiks an, um sich aber von gemeinsamen Demonstrationen mit CGT und CFDT zu distanzieren. "Die massenhaften Demonstrationen signalisieren ein wachsendes Unzufriedenheitspotential, daß über den engeren Rahmen gewerkschaftlicher Forderungen hinaus auch politisch relevant ist, denn was in Frage steht, ist die Wirtschaftspolitik der Regierung und des staatlichen Unternehmers" (B. Morawe: 'Gewerkschaften und Arbeitskämpfe in Frankreich', in: 'Gewerkschaften und Klassenkampf 1975', Seite 239).
Wenn auch der Ausgangspunkt die Politik der Regierung ist, so ist dennoch fraglich ob die Arbeiter mit ihren machtvollen Demonstrationen bei einer noch relativ kleinen Anzahl von Streiks zum Ausdruck bringen, daß sie sich über die Eroberung der politischen Macht im klaren sind. Da die Forderungen letztlich doch sehr begrenzt sind, ist anzunehmen, daß sich die Arbeiter mit ihren Kämpfen sehr stark auf eine kommende Volksfrontregierung orientieren, daß also in den Demonstrationen eine starke ideologische Beeinflussung sichtbar wird.

Wie die Massenkämpfe zur Politik der Linksunion genau stehen, wird im nächsten Teil dieses Artikels dargelegt.

(aus 'spartacus', Nr.41/42



60 JAHRE RUSSISCHE REVOLUTION

3. TEIL

DEMOKRATISCHE ODER SOZIALISTISCHE REVOLUTION?

"Im Namen des Revolutionären Kriegskomitees erkläre ich, daß die Provisorische Regierung nicht mehr existiert. (Beifall) Einzelne Minister sind verhaftet worden. (Beifall) Andere werden in den nächsten Tagen oder Stunden verhaftet werden. (Beifall) Die revolutionäre Garnison, die sich zur Verfügung des Revolutionären Kriegskomitees hält, hat das Vorparlament aufgelöst. (Stürmischer Beifall) Wir haben hier die Nacht durchgewacht und telefonisch beobachtet, wie die Abteilungen der revolutionären Soldaten und der Arbeitergarde lautlos ihre Sache durchführten. Der Bürger hatte friedlich geschlafen, ohne zu ahnen, daß inzwischen eine Macht durch die andere ersetzt worden war. Die Bahnhöfe, die Post- und Telegrafenämter, die Petrograder Telegrafenagentur, die Staatsbank sind besetzt. (Stürmischer Beifall) Das Winterpalais ist noch nicht eingenommen, aber sein Schicksal wird sich in den nächsten Minuten entscheiden. (Beifall)" (Der Vositzende des Revolutionären Kriegskomitees L.D.Trotzki vor dem Petrograder Sowjet am 25.Oktober 1917)

Die letzten Junker vor den Ministerzimmern im Winterpalais werden tatsächlich bald darauf entwaffnet. "Ich erkläre sie, die Mitglieder der Provisorischen Regierung, für verhaftet", verkündet Antonow, ein bolschewistischer Führer, nach der Erstürmung des Winterpalais.

Mit dem 'stillen Aufstand' in Petrograd, als die Sowjets der Provisorischen Regierung die Verschickung der Garnison an die Front verweigerten und der Erhebung am 25. Oktober war der Grundstein für den Sieg der Russischen Revolution gelegt. Doch riesige Aufgaben sollten noch vor ihr liegen.
Schon der Aufstand in Moskau nahm einen viel komplizierteren Charakter an und erforderte auch größere Opfer. Den Moskauer Massen fehlten viele der unmittelbaren Erfahrungen der Petrograder Arbeiter und Soldaten, zudem die Führung in Moskau schwankte - von militärischen Operationen zu Verhandlungen überging, um später wieder den bewaffneten Kampf aufnehmen zu müssen.
Auch die Provinz richtete sich in der Folge nach Petrograd - zu schwach war die russische Bourgeoisie, zu reaktionär die Reformisten, zu gigantisch die Probleme des Landes. Erst nach der Machteroberung kam es zum Bürgerkrieg, wie sich überhaupt der wirkliche Widerstand gegen die Revolution erst nach dem 'roten Oktober' zu regen begann.

DER SOWJETKONGRESS

Das "demokratischste aller Parlamente der Weltgeschichte", der Kongreß der Sowjetdiktatur trat am 25. Oktober zusammen: 650 Teilnehmer mit beschließender Stimme, davon 390 für die Bolschewiki, alles größtenteils Arbeiter und Soldaten. Viele von ihnen sympathisierten mit Lenins Partei, ohne ihr anzugehören.

Noch im Juni verfügten die Versöhnler über rund fünf Sechstel aller Sowjetdelegierten - im Oktober bringen sie nicht einmal mehr ein Viertel auf die Beine. 159 Sozialrevolutionäre haben einfach keinen Halt mehr - drei Fünftel von ihnen zählen schon zu den Linken - die in den nächsten Tagen noch stärker werden sollten.

DAS SOZIALREVOLUTIONÄRE 'EXPERIMENT'

Nicht viel war von dieser großen 'Bauernpartei' übrig geblieben. Jetzt im Oktober wankte ein Teil von ihnen in Richtung Winterpalais, um die Provisorische Regierung vor dem 'Mob' zu schützen. An der Spitze schreiten Oberbürgermeister Schreider und Minister Prokopowitsch und mitten drinnen Sozialrevolutionäre wie Awksentjew, der Vositzende des Bauern-Exekutivkomitees.

Zu Beginn des Bürgerkrieges werden sie auf der Seite der Kadetten gegen die Sowjetdiktatur stehen; nach weniger als einem Jahr Lenin zu erschießen versuchen, den Bolschewik Uritzki ermorden und unter dem Schutz der konterrevolutionären Tschechen und Koltschaks in Samara eine Gegenregierung errichten.
Die linken Sozialrevolutionäre müssen ihre Partei verlassen und in die bolschewistische Regierung eintreten, um ihrem Programm treu bleiben zu können.
Während sich die Rechten zu Anfang einen gewissen Einfluß in der armen russischen Bauernschaft nur noch dadurch erhalten, indem sie auf den 'deutschen Spion' Lenin hetzten, waren es einzig die Bolschewiki, die wirklich hinter dem Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre standen. Nun gut, 'deutsche Spione' beendeten den Krieg und sanktionierten die Verteilung des Bodens. Die Sozialrevolutionäre Partei hingegen lehnte in der ersten und letzten Sitzung der russischen Konstituante die Ratifizierung der Leninschen Dekrete über Land und Frieden und die Übertragung der Macht an die Sowjets ab.
Der Niedergang des 'großen Experiments' der sozialrevolutionärenPartei könnte nicht deutlicher sein. Sie, "die im Jahre 1917 für einige Zeit tatsächlich die Partei der überwiegenden Mehrheit der Bauernschaft darstellte ... Und dann? Sie hat ihre Position nur benutzt, um die Bauern mit Haut und Haaren an die liberale Bourgeoisie zu verraten." (L.Trotzki, Die permanente Revolution)

DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN FRAKTIONEN ZUR AGRARFRAGE

Um die Rolle der Bauernschaft Rußlands bewegten sich auch die Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie - damals, zu Beginn des 20. Jahrhunderts bezeichneten sich alle, von Plechanow über Martow, Trotzki und Lenin als Sozialdemokraten. Der menschewistische Flügel sah in der Bauernklasse in erster Linie eine ungebildete Stütze der Reaktion und hoffte auf den revolutionären Elan der liberalen Bourgeoisie.

Lenin und die Bolschewiki gingen hingegen vom revolutionären Potential des russischen Muschiks aus, das gemeinsam mit der Arbeiterklasse gegen die liberale Bourgeoisie geweckt werden mußte. Eine radikale Lösung der Agrarfrage, der Sturz des Großgrundbesitzes und des Zarismus könne nur gegen die Kapitalisten geschehen, da sich diese aus Angst vor der jungen russischen Arbeiterklasse bis über beide Ohren der Monarchie und den Gutsbesitzern an den Hals geworfen hatten.

In diesem Punkt hat es niemals ernste Differenzen zwischen Lenin und Trotzki gegeben. Erst in den Auseinandersetzungen nach Lenins Tod,unter dem Eindruck der internationalen Isolation der Sowjetunion und dem Entstehen einer innerparteilichen Opposition um Trotzki, tauchten solche Lügen wieder auf. Trotzki habe "einfach die Bauernschaft als eine revolutionäre Macht vergessen..."(J.Stalin, Fragen des Leninismus) oder Trotzkis Theorien beruhen "...vollkommen auf der Unterschätzung der Rolle der Bauernschaft..."(Kamenjew, Leninismus oder Trotzkismus?) und, und, und....

Einige wenige Hinweise genügen, um die Plumpheit solcher Manipulationen aufzuzeigen. Die Differenzen zwischen der Leninschen Revolutionskonzeption und der Trotzkis lagen auf ganz anderen Gebieten. Abgesehen von den schweren Fehleinschätzungen Trotzkis in wichtigen organisatorischen und taktischen Fragen, in der Kriegsfrage oder seinem Versöhnlertum gegenüber dem Menschewismus bis zum Beginn des 1. Weltkrieges, äußerten sich die Meinungsverschiedenheiten vor allem in den Fragen der politischen Selb- bzw. Unselbständigkeit der russischen Bauernschaft gegenüber der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse und den Parolen der 'Demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern', bzw. der 'Proletarischen Diktatur, gestützt auf die Bauern

Niemals ernstlich zur Debatte stand die gewaltige Bedeutung der ländlichen kleinbürgerlichen Massen und die Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiter mit ihnen, die Brisanz der Agrarfrage und überhaupt die Existenz demokratischer Aufgaben der russischen Revolution.

Die grundsätzlichen Aufrufe an die Bauern im Jahre 1905 waren von Trotzki verfaßt und wurden von der Zentraldruckerei der Bolschewiki unter Lenins Redaktion herausgegeben. Schon 1906 vertrat Trotzki die Auffassung, daß die Sozialisten im Kampf um die Macht und nach der Machtergreifung nicht nur den Großgrundbesitz enteignen, sondern auch die Inbesitznahme des Bodens durch die Bauern gutheißen sollten. Damit stand er nicht nur gegen Rosa Luxemburg, sondern auch gegen Lenin, der sich lediglich für eine Nationalisierung des grundherrlichen Besitzes aussprach - womit Trotzki also bereits 1906 die bolschewistische Politik von 1917 vorweggenommen hatte.
Und wie sehr 'beweisen' seine Ausführungen auf dem Londoner Parteitag 1907 - und Rosa Luxemburgs und Lenins Zustimmung - eine 'Negierung' der Bauernschaft:
"Trotzki vertritt den Standpunkt der Gemeinsamkeit der Interessen des Proletariats und der Bauernschaft in der heutigen Revolution ..." und hat "die Zulässigkeit eines linken Blocks gegen die liberale Bourgeoisie anerkannt. Mir genügen diese Tatsachen, um die Annäherung Trotzkis an unsere Auffassung festzustellen." (Lenin, Bd.VIII)
Nebenbei bemerkt, Trotzki faßte auf dem Londoner Parteitag seine Position nur noch einmal zusammen, dh. eine Übereinstimmung mit den Bolschewiki in dieser Frage hatte es auch schon vorher gegeben.
Es wäre ein Leichtes zudem ausführlicher alle Tatsachen bis 1917 und später anzuführen, die Trotzkis Übereinstimmung unterstreichen: Sein Einverständnis, das sozialrevolutionäre Agrarprogramm für die Regierungspolitik heranzuziehen; keine Differenzen zum Leninschen Dekret über Grund und Boden; oder Trotzkis erster Vorschlag für den Kurs auf den Mittelbauern (1920), ein Jahr, bevor die NEP tatsächlich eingeführt worden ist.

PERMANENTE REVOLUTION GEGEN ETAPPENTHEORIE

So monoton auch solches Zitatewälzen scheinen mag, so erstaunlich ist es auch, mit welcher Leichtigkeit Moskaustalinisten und Maoisten in träuter Eintracht heutzutage alle alten Fälschungen aus den Federn Stalins, Kamenjews, Sinowjews oder Bucharins wiederkäuen - und wie sehr auch 'unbelastete' Genossen solchen Lügenmärchen verhaftet sind. Wieder einmal ausführlicher auf die längst geklärten Konzeptionen der Russischen Revolution einzugehen, ergibt sich aus der stalinschen 'Schule' der 20iger Jahre, an welche die KP- und Mao-Organisationen anknüpfen und sich damit in die Tradition der Niederlagen, beginnend mit der chinesischen Revolution stellen, d.h. von Etappentheorie und Volksfrontpolitik ausgehen.

Stalins Epigonen berufen sich ebenfalls auf den Bolschewismus. Sowie es der 'Meister der Revolution" (Stalin über sich selber) in der im wesentlichen von Bucharin ideologisch getragenen 'Chinapolitik' getan hatte, beweisen heute KP-Ideologen und Maoisten mit Lenins Schriften zur 'Demokratischen Diktatur' die 'Richtigkeit' ihrer Politik.
Auf sie verweisend vertreten alle stalinistischen Organisationen die Etappentheorie in den verschiedensten Auswüchsen. Während die einen aufgrund ihrer Schwäche lediglich eine Zwischenetappe, beschränkt auf demokratische Aufgaben - selbst in imperialistischen Ländern - propagieren, berufen sich die anderen auf Lenin, wenn sie in kapitalistischen Regierungen die Geschäfte der Bourgeoisie betreiben. Und wenn es wie in Chile 1972 so weit geht, daß KP-Funktionäre auf 'reaktionäre' Arbeiter schießen lassen - alles, um jene 'Zwischenetappe' einzuhalten, auch wenn dies 'besonderer Weg zum Sozialismus' heißt. Da verteufelt ein Cunhal schon streikende Arbeiter als "Faschisten", um der 'fortschrittlichen' Regierung Goncalves Lohnerhöhungen zu ersparen usw.. Ja, für diese 'revolutionäre' Konzeption ist schon viel Arbeiterblut geflossen.

Der Übernahme der Etappentheorie und der Volksfrontideologie aus dem menschewistischen Arsenal in die Kominternpolitik ab 1924 steht, neben Lenins Politik g e g e n das Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie, Trotzkis Theorie der Permanenten Revolution gegenüber.

Vordererst einmal läßt sich sagen, daß sie - noch vor 1905 entwickelt - mit den grundlegenden Anschauungen Lenins 1917 übereinstimmte. Trotzkis Schriften "1905" oder seine in Amerika begonnene Artikelserie zu den Februarereignissen wurden nach der Oktoberrevolution als Lehrbücher nachgedruckt und von der Komintern in mehrere Sprachen übersetzt. Ganz abgesehen von Trotzkis führenden Aktivitäten in der Partei ab dem August 1917 und später in der Kommunistischen Internationale zu Lenins Lebzeiten, wo ihn niemand fragte, ob er sich nun endlich vom 'Frevel' der Permanenten Revolution losgesagt hätte!

DIE 'DEMOKRATISCHE DIKTATUR DER ARBEITER UND BAUERN', 1905

Ab 1905 beschäftigte sich Lenin mit dem Pro-

gramm des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft; mit den möglichen Parteiformen ihrer Zusammenarbeit und der staatlichen Organisation nach einem siegreichen Aufstand der Arbeiter und Bauern gegen Zarismus und liberale Bourgeoisie.
Er schloß nicht aus, daß die Bauernschaft - die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung - imstande sein könnte, eine eigene Partei zu schaffen: unabhängig nicht nur von der Bourgeoisie, sondern auch vom Proletariat. Im Gegensatz zur Bourgeoisie, die "naturgemäß und unvermeidlich unter die Fittiche der liberalen-monarchistischen Partei strebt..." sei die Masse der Bauernschaft an der Enteignung des Gutsbesitzerlandes interessiert und fähig, sich "unter die Führung einer revolutionären und republikanischen Partei..." zu begeben. (Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution)
Die Bauernschaft wäre in der Lage, "die Revolution zu Ende zu führen, und wir (die Sozialdemokratie -PR) müssen ihr mit allen Kräften dabei helfen." (ebenda)

Lenins Entwicklung in dieser Frage ist nicht kontinuierlich, wie überhaupt seine Positionen im Prozeß und nicht starr zu betrachten sind. 1907 etwa schreibt er, "daß die objektiven Schwierigkeiten einer politischen Vereinigung der Kleinbourgeoisie die Bildung einer solchen Partei hindern und die bäuerliche Demokratie für lange Zeit im gegenwärtigen Zustande einer schwammigen, ungeformten, breiartigen trudowikischen Masse belassen werde." (Bd.VIII)
1909 meint er hingegen: "Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß eine bis zu dem hohen Entwicklungsgrade wie die revolutionäre Diktatur gediehene Revolution eine fester geformte und mächtigere revolutionär-bäuerliche Partei schaffen wird." (Bd.XI/1)

Das Volk, dh. das Proletariat und das Bauerntum seien die einzigen, die einen "entscheidenden Sieg über den Zarismus" davontragen könnten. "Ein'entscheidender Sieg der Revolution über den Zarismus' ist die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft." (Lenin, Zwei Taktiken ...)
Er verstand diesen Sieg durch und durch gegen die liberale Bourgeoisie gerichtet und gegen einen utopischen 'friedlichen' Weg. "Das kann nur eine Diktatur sein, denn die Verwirklichung der für das Proletariat und die Bauernschaft unverzüglich und unabweislich notwendigen Umgestaltungen wird den erbitterten Widerstand sowohl der Gutsbesitzer als auch der Großbourgeoisie und des Zarismus hervorrufen. Ohne Diktatur ist es unmöglich, diesen Widerstand zu brechen(!), die konterrevolutionären Anschläge abzuwehren."(ebenda)

Dennoch war er in dem Sinne vom bürgerlichen Charakter der russischen Revolution überzeugt, daß sie "nicht nur keine Untergrabung des Kapitalismus, keine Untergrabung der Herrschaft der Bourgeoisie bedeute, sondern daß sie umgekehrt zum erstenmal gründlich den Boden für eine breite und rasche, europäische und nicht asiatische Entwicklung des Kapitalismus säubern, daß sie zum erstenmal die Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse ermöglichen werde." (ebenda) Ein voller Erfolg des Arbeiter- und Bauernaufstandes könne den Kapitalismus keineswegs vernichten. Die Diktatur wäre keine sozialistische, sondern eine demokratische.

"Sie wird (ohne eine ganze Reihe von Zwischenstufen der revolutionären Entwicklung) nicht imstande sein, die Grundlagen des Kapitalismus anzutasten."(ebenda) Ihre Auswirkungen würden jedoch den "revolutionären Brand nach Europa tragen."
Auf der einen Seite -so Lenin- würden die Kapitalisten an der bürgerlichen Revolution gewinnen, indem endlich die feudalen Schranken der absolutistischen Monarchie fielen. Andererseits sei aber auch die Arbeiterklasse an der breitesten und raschesten Entwicklung des Kapitalismus in Rußland interessiert: an den bürgerlich-demokratischen Rechten, an einer konsequenten bürgerlichen Revolution. "Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter die bürgerliche Revolution sein wird, desto gesicherter wird der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus sein."(ebenda)
Lenin faßte die revolutionär-demokratische Diktatur als eine "vorübergehende zeitweilige Aufgabe der Sozialisten", die man nicht ignorieren dürfe: "Ihre Zukunft ist der Kampf gegen das Privateigentum, der Kampf des Lohnarbeiters gegen den Unternehmer, der Kampf für den Sozialismus."(ebenda). Die Entwicklung des Kapitalismus würde die gesellschaftlichen Gegensätze in der Stadt und auf dem Land weit über jene zwischen Selbstherrschaft und Republik hinauswachsen lassen - "von der kleinbürgerlichen demokratischen Republik zum Sozialismus."(ebenda).

TROTZKIS 'PERMANENTE REVOLUTION', 1904/05

Trotzki lehnte die Möglichkeit einer selbständigen Bauernpolitik kategorisch ab. In seiner Londoner Rede (1907) stellte er neben dem konterrevolutionären Charakter der russischen Bourgeoisie die Unfähigkeit der "ungeheuren Massen der revolutionären Bauernschaft" heraus, "eine selbständige und noch weniger eine führende politische Rolle zu spielen."
Sie ginge entweder mit der Bourgeoisie oder mit dem Proletariat, in dessen Händen auch die ganze Verantwortung läge, gestützt auf das revolutionäre kleinbürgerliche Potential, die demokratischen Aufgaben zu löson.
"Vielleicht aber wird die Bauernschaft das Proletariat verdrängen und selbst dessen Platz einnehmen? Das ist unmöglich. Die gesamte historische Erfahrung protestiert gegen eine solche Annahme. Diese Erfahrung beweist, daß die Bauernschaft zu einer selbständigen politischen Rolle völlig unfähig ist." (Trotzki, "1905")

Weit davon entfernt, einen Sprung vom feudalen Rußland zum Sozialismus zu konstruieren - er ging ja gerade davon aus, daß die demokratischen Probleme nach der Machtergreifung angegangen werden müßten - versuchte Trotzki zu beweisen, daß die Dynamik der bürgerlichen Revolution, das Proletariat an die Macht bringen werde und daß ohne seine Diktatur auch die demokratischen Aufgaben nicht gelöst werden könnten.
In 'Ergebnisse und Perspektiven' stellte er das erste Mal diese Auffassung zusammenhängend dar. Der Stand der Produktivkräfte bestimme nicht unmittelbar, ob die Arbeiterklasse die führende Macht im Staate erringen könne. Die Klassenkampfverhältnisse, die internationale Situation (der Imperialismus!) und subjektive Faktoren gäben schließlich den Ausschlag. Gerade deswegen, weil die Bauernschaft nicht imstande sei, die demokratischen Probleme zu lösen, weil die liberale Bourgeoisie konterrevolutionär sei, würde das Proletariat vorwärts getrieben die Macht zu ergreifen.

"Die Herrschaft des Proletariats wird nicht nur die demokratische Gleichheit und freie Selbstverwaltung mit sich bringen und die Abwälzung der schweren Steuerlast auf die besitzenden Klassen, den Übergang vom stehenden Heer zur Bewaffnung des Volkes und die Abschaffung der Zwangsabgaben an die Kirchen bedeuten, sondern auch die Anerkennung aller von den Bauern durchgeführten revolutionären Veränderungen der Bodenverhältnisse (Enteignungen) (!). Das Proletariat wird diese Umwälzungen zum Ausgangspunkt weiterer staatlicher Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft machen. Unter solchen Bedingungen wird die russische Bauernschaft in der ersten und schwierigsten Periode der Revolution an der Erhaltung des proletarischen Regimes (der Arbeiterdemokratie) ... interessiert sein." (L. Trotzki, Ergebnisse und Perspektiven)
Doch das Proletariat dürfe und könne bei diesen Aufgaben nicht stehenbleiben. Hier vermutete Trotzki die zweite Differenz zu den Bolschewiki. Zweifellos würden die ersten Maßnahmen der Sowjetregierung die tatkräftige Unterstützung der ganzen Nation finden. Aber das allein genüge nicht. Die Arbeiterregierung würde sich sofort mit den Fragen der Arbeitszeit, der Arbeitslosigkeit auseinandersetzen müssen. Selbst jene Probleme, die nicht fundamental dem Kapitalismus widersprächen, riefen den vehementen Widerstand der Großbourgeoisie hervor - ein Umstand, dem auch Lenin große Bedeutung zugemessen hatte. Etwa der Achtstundentag! Die Kapitalisten würden sich dagegen stemmen und die ihnen adäquaten Mittel einsetzen: Aussperrung, Arbeitslosigkeit. "Was hätte die Regierung zu tun?", fragte Trotzki. "Für eine Arbeiterregierung gibt es nur einen Ausweg: die Enteignung der geschlossenen Fabriken und Betriebe und die Organisation ihrer Produktion auf der Grundlage gesellschaftlicher Rechenführung.", antwortete er im Jahre 1906.
Die Sozialdemokratie müsse über das Minimalprogramm hinausgehen - nicht als weitgesteckte Perspektive nach einer Phase kapitalistischen Wachstums, sondern als notgedrungen unmittelbare Maßnahme nach der Machtergreifung."Wie weit sie auf diesem Weg vorwärts kommt, das wird nicht nur vom inneren Kräfteverhältnis im Lande abhängen, sondern auch von der internationalen Situation." (L.Trotzki, "1905") Jedes Beschränken auf die demokratischen Aufgaben würde die Konterrevolution stärken und eventuell ein Zurück heißen zum Absolutismus, zur Militärdiktatur ... Im Juni 1918 enteigneten die Bolschewiki die Industriebourgeoisie wegen deren Widerstandes und begannen die Produktion "auf der Grundlage gesellschaftlicher Rechnungsführung" zu betreiben.

Zudem käme die Sowjetregierung durch die fortschreitende Klassenspaltung im Dorfe in Konflikt mit der begüterten Bauernschaft, wenn sie etwa die Interessen der Landarbeiter verteidigen würde. Nicht zuletzt würde der proletarische Internationalismus und Kollektivismus der revolutionären Regierung eine weitere Ursache



Alle Macht den Sowjets! Petrograd, Oktober 1917

für die Auseinandersetzungen mit dem Bauerntum werden - so Trotzki 1906! Damit sich diese Gegensätze nicht ins für den proletarischen Staat Unerträgliche steigern, müßte dem rückständigen Rußland das internationale Proletariat zu Hilfe kommen. Einerseits, um der drohenden militärischen Intervention der Imperialisten zuvorzukommen und andererseits, um als siegreiche Klasse zB. in Deutschland, den sozialistischen Aufbau im Weltmaßstab voranzutreiben.

Einzelne Aspekte der Kulakenfrage in den 20er-Jahren sind hier bereits vorweggenommen. Die internationale Perspektive Trotzkis - der zweite Aspekt der Permanenten Revolution (ganz vom Geiste des leninistischen Internationalismus durchdrungen) - sollten die Epigonen ebenfalls erst nach dem Tode Lenins anzugreifen wagen.

Beide Konzeptionen - die der revolutionären Demokratie und der Revolution in Permanenz - besaßen ihre Stärken und Schwächen, die auch zu dem damaligen Zeitpunkt unvermeidlich waren, weil sie sich in der Praxis noch nicht erprobt hatten. Die Ereignisse des Jahres 1917 haben sie aufgezeigt. Trotzkis Theorie vermochte nicht die Eigenartigkeit des Februar bis zum Oktober konkreter zu fassen, während sich bei Lenin im Jahre 1905 einige Ansätze der späteren Doppelherrschaft befanden. Seine Forderung nach einer demokratischen Diktatur, also eigentlich eines Kapitalismus ohne Kapitalisten, deutete tendenziell den menschewistischen und sozialrevolutionären Sowjet an, obwohl die Macht noch die Bourgeoisie besaß. Die Schwächen der damaligen leninschen Konzeption, auf die später noch genauer eingegangen wird, lagen in ihrer Überschätzung der Bauernschaft als autonome politische Kraft und in der Nichtbeantwortung der Frage, wer nur die Macht im Interesse der Bevölkerungsmehrheit ergreifen könne.

Bedeutend jedoch ist die Gemeinsamkeit beider Auffassungen, die sie von allen 'Theorien' der Epigonen unterscheidet: Ihre Unversöhnlichkeit gegenüber der Bourgeoisie! Lenin und Trotzki lehnten jedes Bündnis mit Kapitalisten ab, sei es nun eine Partei- oder Regierungskoalition. 'Kommunistische' Volksfrontpolitik hätte 1917 Koalition zwischen Bolschewiki und Kerenski bedeutet. Davor ist sogar Stalin zurückgeschreckt, der im März 1917 in der 'Prawda'-Redaktion gesessen ist und Lenins 'Aprilthesen' keineswegs vorausgeahnt hatte. Beide, Lenin und Trotzki, boykottierten niemals den möglichen Kampf für den Sozialismus zugunsten einer demokratischen Etappe. Das hat Lenin gerade im April 1917 bewiesen!

LENINS 'APRILTHESEN': MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN BEI DEN BOLSCHEWIKI

Am 3. April traf Lenin in Petrograd ein. Schon vorher - noch in der Schweiz - faßte er die Aufgaben der Revolution zusammen: Das Proletariat hat nur zwei Verbündete - die breite überwältigende Mehrheit der halbproletarischen und kleinbürgerlichen Bevölkerung und das internationale Proletariat. Von den Gutschkow, Lwow, Miljukow dürfe es nichts außer Krieg und Hunger erwarten. In Rußland gab es allerdings eine zweite Regierung - den Sowjet der Arbeiterdeputierten in Petrograd. Er ist der Grund, warum sich die oktobristisch-kadettische, bürgerliche Regierung genötigt sehe, dem Volk ein Höchstmaß an Freiheiten zu versprechen. Vertrauen könne man "nur auf die eigenen Kräfte, auf die eigene Organisation, auf den eigenen Zusammenschluß, auf die eigene Bewaffnung..."(Lenin, Briefe aus der Ferne/1)
Doch die Bauernschaft befand sich größtenteils unter dem Einfluß der Bourgeoisie und schwankte zwischen ihr und dem Proletariat. Die Arbeiter müßten eine konsequente antikapitalistische, antifeudale Politik betreiben; dann würden die kleinbürgerlichen Massen "unweigerlich zum Proletariat drängen" und "ihm folgen" (ebenda).

Etwa zur gleichen Zeit formulierte Trotzki im 'Nowij Mir' von den Vereinigten Staaten aus seine ersten Eindrücke, die er den spärlich eintreffenden Nachrichten über 'Brotkrawalle' in der russischen Hauptstadt, entnahm. In ihren wesentlichen Aussagen decken sie sich mit jenen von Lenin: Er begrüßte den Sowjet in Petrograd als die potentielle Arbeiterregierung, die sich gegen die zaristische, imperialistische Politik der Kadettenregierung wenden müsse. Wie Lenin griff der 'Menschewik' Trotzki den Versöhnler Tscheidse und andere wegen ihrer Unterstützungspolitik gegenüber der Fürstenregierung Lwow scharf an. Dem Bauernaufstand wies der 'Bauernunterschätzer' die zentrale Bedeutung in der russischen Revolution zu.

Am 4. April konfrontierte Lenin die Menschewiki und Bolschewiki mit seinen Thesen über die "Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution". Lenin, später über die Reaktionen, die er damit unter den Zuhörern hervorgerufen hatte: "Sowohl die Thesen wie auch mein Referat riefen unter den Bolschewiki selbst und innerhalb der Redaktion der 'Prawda' Meinungsverschiedenheiten hervor." (Lenin, Briefe über die Taktik)
Anzumerken ist, daß einer der Redakteure der Genosse Stalin war!
Lenins Aussagen dürfen auch nicht wundern. Seine 'Aprilthesen' griffen in grundlegenden Punkten die Märzpublikationen der 'Prawda' und die Politik führender Bolschewiki vor der Ankunft Lenins in Rußland an. Auf der Märzsitzung der Bolschewiki tauchten in den Reihen der Partei Tendenzen zur Vaterlandsverteidigung und zu Kompromissen mit der bürgerlichen Regierung auf.

"Die Provisorische Regierung ist in ihrer Tätigkeit soweit zu unterstützen, soweit sie auf dem Wege der Befriedigung der Forderungen der Arbeiterklasse und des revolutionären Bauerntums in der gegenwärtigen Revolution vorwärtsgeht." (Resolution des Krasnojarskischen Rates der Deputierten). Stalin zum Beispiel unterstützte dies! (Siehe L.Trotzki, Die Fälschung der Geschichte der Russischen Revolution)
In den 'Aprilthesen' hingegen geißelt Lenin die Kadettenregierung. "Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung, Aufdeckung der ganzen Verlogenheit aller ihrer Versprechungen ...statt der unzulässigen, Illusionen erweckenden 'Forderung', diese Regierung, die Regierung der Kapitalisten, solle aufhören, imperialistisch zu sein."
Die erste Etappe der Revolution sei vorüber, in der die Bourgeoisie die Macht erhalten hatte. Es gelte überzugehen "...zur zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats(!) und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß."(ebenda).

Die Bolschewiki waren im Sowjet der Arbeiterdeputierten in der Minderheit. Ausdrücklich stellte Lenin fest, daß die zahlenmäßige Überlegenheit von Menschewiki und Sozialrevolutionären nicht den sofortigen Sturz der Regierung möglich mache, sondern nach Aufklärung der Massen und nach Kritik und Klarstellung der Fehler der Sowjetmehrheit verlange. Es wäre notwendig zu propagieren, daß die gesamte Macht an die Sowjets der Arbeiterdeputierten übergehen müsse.
Das Schwergewicht im Agrarprogramm legte Lenin auf die Sowjets der Landarbeiterdeputierten. Der gesamte Boden des Landes müßte in den Händen der örtlichen Landarbeiter- und Bauernsowjets zusammengefaßt werden.
Verschmelzung und Verstaatlichung zu einer Nationalbank, die durch die Räte kontrolliert wird! Arbeiterkontrolle über die Produktion und über die Verteilung!



A. M. Swerdlow

Hier kommt zum Ausdruck, daß von der 'alten Formel' der demokratischen Diktatur nur mehr ihre 'Zukunft' übriggeblieben war. In diesem Zusammenhang zeigten sich auch ihre Schwächen. Lenin propagierte 1905 gegen eine konstitutionelle Monarchie der liberalen Bourgeoisie die 'Revolutionäre Diktatur der Arbeiter und Bauern', in der unter Umständen eine politisch selbständige Bauernpartei dominieren würde. Selbst in Gapon, jenem Priester, der 1905 die Arbeiter Petrograds zum Zarenpalast geführt hatte - so spekulierte Lenin - könnte ein Vertreter einer unabhängigen radikalen Bauernbewegung stecken. In gewisser Weise faßte er die Problematik der Agrarrevolution vorsichtiger als Trotzki, indem er dem Bündnis mit den Agrarrevolutionären, wer auch immer sie sein würden, nichts vorwegnehmen wollte. Die Großbourgeoisie mußte ausgeschaltet werden - darüber gab es keinen Zweifel. Dennoch könne die Revolution nur eine demokratische bleiben, weil "...sie zum erstenmal die Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse ermögliche..." In der 'Revolutionären Diktatur' käme es so eigentlich zu einem Kapitalismus ohne Kapitalisten - mit den Bauern, von den Arbeitern unterstützt, an der Macht. Trotzki hatte an dieser Formel in erster Linie kritisiert, daß sie die Frage unbeantwortet ließ, welche Klasse die Diktatur ausüben werde. Lenin erblickte auch in der Bauernschaft einen potentiellen Anwärter darauf - Trotzki nicht.

Wenig nur sagte Lenin indes dazu, was es denn heiße, die Großbourgeoisie zu entmachten, wer die Produktion führen solle und wie es nur geschehen könnte; ob demokratische Maßnahmen ausreichten, gegen Arbeitslosigkeit und kapitalistischen Wirtschaftsboykott siegreich zu sein; welche Konsequenzen der internationale Imperialismus für Rußland habe usw..

Seine demokratische Diktatur besaß zwei Seiten: eine demokratische und die der Diktatur. Hier, so befürchtete Trotzki, bestünde die Gefahr, daß die Bolschewiki die zweite 'vergessen', allzusehr den Schwerpunkt auf die demokratische Phase legen und damit in zugespitzter Klassenkampfsituation objektiv die Niederlage verursachen könnten. "Allerdings gibt es in dieser Frage zwischen ihnen (den Menschewiki und den Bolschewiki -PR) einen großen Unterschied: Während sich die antirevolutionären Züge des Menschewismus schon heute in ihrer ganzen Größe zeigen, drohen die antirevolutionären Züge des Bolschewismus erst im Falle des revolutionären Sieges mit einer riesigen Gefahr." (L.Trotzki, "1905")
1922, in einem Vorwort zu dieser Schrift, fügte er hinzu: "Das ist, wie bekannt, nicht eingetroffen, daß der Bolschewismus unter Führung des Genossen Lenin in dieser wichtigen Frage im Frühjahr 1917, das heißt vor der Machteroberung, sein ideologisches Rüstzeug wechselte."

Lenin meinte dann in diesem Frühjahr 1917 zur Situation in der Partei: "Sogar unsere Bolschewiken zeigen Vertrauen zu der Regierung. Das kann man nur erklären aus der jetzigen Atmosphäre der Revolution. Das ist der Untergang des Sozialismus. Ihr Genossen verhaltet euch vertrauensvoll zur Regierung. Wenn dem so ist, sind wir keine Weggenossen." (Siehe, L.Trotzki, Fälschung der Geschichte der Russischen Revolution)

LENINS 'BRIEFE ÜBER DIE TAKTIK'

Aber selbst die 'nicht verloren gegangenen' Leninschriften legen ein beredtes Zeugnis von der damaligen Schärfe der Auseinandersetzungen um die 'Aprilthesen' ab. Zwei Punkte stellte Lenin in dieser Debatte in den Vordergrund: Seine Kritik an den Genossen, die die 'Demokratische Diktatur' weiter anstrebten, zu sehr den Schwerpunkt auf die demokratische Seite legten und als zweites seine Intepretation der Sowjets in der Doppelherrschaft.
"Die 'revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft' ist in der russischen Revolution schon Wirklichkeit geworden (in einer gewissen Form(!) und bis zu einem gewissen Grade(!))...Der 'Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten' - da habt ihr die vom Leben bereits verwirklichte 'revolutionäre Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft'." (Lenin, Briefe über die Taktik)

Doch diese 'demokratische Diktatur' von 1917 stimmte kaum mit der alten leninistischen Formel überein. Sie erfuhr eine Reihe von Modifikationen, sodaß sich die Dinge anders als vorhergesehen gestaltet hatten: Sie waren "origineller, eigenartiger, bunter" (Lenin) geworden.

Auf der einen Seite schränkte er diese Aussage ein: Die "Nebenregierung (der Sowjet -PR), die die 'revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft' verkörpert (!) ... hat selber die Macht an die Bourgeoisie abgetreten..."(ebenda) und die Macht besäße die Bourgeoisie. Die 'Bauernpartei' hatte sich s e l b e r an die bürgerliche Regierung gekettet, das 'große Experiment' hing am Schoß der Kapitalisten.
Und dennoch lief Lenins Argumentationslinie gegen die 'Demokraten' in der bolschewistischen Partei (Kamenjew, Rykow ua.) darauf hinaus, daß es sich ja nicht mehr lohne,für die 'demokratische Diktatur' zu kämpfen, denn es gäbe sie in der Form der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten bereits.

Jedoch, ein Regime der 'Demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft', so meinen wir, hat es niemals gegeben, zumindest nicht in jener Form, die Lenin 1905 skizziert hatte. Das Jahr 1917 korrigierte diese 'Formel' auf eindeutige Weise: Die 'Demokratische Diktatur' entmachtete nicht die Bourgeoisie, sondern trat freiwillig die Macht an sie ab. Nicht eine politisch selbständige Bauernpartei hatte die kleinbürgerlichen Massen organisiert, sondern der imperialistische Krieg hatte es getan. Millionen von Bauern steckten in Uniformen unter der blutigen Disziplin der Armee.
Trotzdem schloß Lenin nicht aus, daß sich eine "wirkliche" demokratische Diktatur noch gründen könnte: "Woraus folgt denn, daß diese Schicht nicht zur Macht gelangen, nicht die bürgerlich-demokratische Revolution 'vollenden' kann? Warum ist das unmöglich? So urteilen oft alte Bolschewiki.
Ich antworte: Möglich ist das durchaus(!)... Es ist möglich, daß die Bauernschaft vom ganzen Grund und Boden und von der ganzen Macht(!) Besitz ergreift."(ebenda)
Möglich sei das durchaus, nur wirklich wäre es nicht. "Aber der Marxist soll bei der Analyse der Lage nicht vom Möglichen ausgehen, sondern vom Wirklichen." (ebenda)
Und wirklich war eben, daß die 'Nebenregierung' die Macht abtrat, daß sich die Kluft zwischen Landarbeitern und armen Bauern einerseits und den reichen Bauern andererseits vertiefte und daß die Sozialrevolutionäre das'Vaterland' verteidigten und mit den schmutzigen Tricks der Konstituante arbeiteten.
Aber..."Wenn diese Tatsache aufhören wird, eine Tatsache zu sein, wenn sich die Bauernschaft von der Bourgeoisie loslösen, wenn sie wider die Bourgeoisie von Grund und Boden und von der Macht Besitz ergreifen wird - dann beginnt eine neue Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution (!), und von ihr wird besonders zu sprechen sein." (ebenda)

Zwar unbedingt für die Trennung der proletarischen Elemente in den Sowjets, dh. der kommunistischen Partei von den kleinbürgerlichen Elementen ... aber: "Es ist unbekannt (!), ob es in Rußland jetzt noch eine besondere, von der bürgerlichen Regierung losgelöste 'revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauernschaft' geben kann." Gegen die Sozialrevolutionäre! "...sowohl für den Fall, daß Rußland noch eine besondere, selbständige der Bourgeoisie nicht untergeordnete 'Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft' erlebt als auch für den Fall, daß das Kleinbürgertum sich von der Bourgeoisie nicht loszulösen vermag und ewig (dh. bis zum Sozialismus) zwischen dieser und uns schwanken wird."(ebenda)

Sowohl ... als auch: Beides ist bei Lenin "möglich". Doch wer sollte die Bauern organisieren, nicht nur den Grund und Boden zu enteignen - das haben sie ja auch getan - sondern sogar die "ganze Macht" zu ergreifen? Die Sozialrevolutionäre boykottierten die Landbesitznahmen gegen ihr eigenes Programm, geschweige, daß sie bereit gewesen wären, im Interesse der Bauern die Macht zu übernehmen. Im Gegenteil, sie schoben und schoben sie von sich weg. Wer sollte die Bauern vorwärtstreiben - das imperialistische Heer, in dem sie zusammengeballt waren? Wer sollte sie führen, wenn nicht die proletarische Partei! Die Geschichte hat gezeigt, daß die Bauernmassen nur in den Bolschewiki jene Partei und nur in der proletarischen Diktatur jenen Staat vorfanden, die die Bourgeoisie niedergerungen und die Landaufteilung sanktioniert hatten!

"...SINNLOS EINE AUSWENDIG GELERNTE FORMEL WIEDERHOLTEN..."

Die ernsten Differenzen, die das Schicksal der russischen Revolution bestimmten, lagen indes nicht darin, ob die 'alte Formel' "möglich", sondern ob sie "wirklich" war! "Angesichts dieser Wirklichkeit des heutigen Tages nun ist es geradezu lächerlich, sich von der gegebenen Tatsache abzuwenden und von 'Möglichkeiten' zu reden."(ebenda)

Der Grund für den scharfen Konflikt Lenins mit den alten Bolschewiki liegt auf der Hand. Die demokratische Diktatur weiter anzustreben, das hieße eben auch, sich an die Sozialrevolutionäre anzuhängen, um die Bauern zu unterstützen, und das mußte im Sommer 1917 bedeuten, die Provisorische Regierung und den Krieg zu unterstützen - im besten Falle zum linken Flügel des Blocks der Vaterlandsverteidiger zu werden. "Nicht den alten Formeln, sondern der neuen Wirklichkeit muß man sich anpassen." Und "Wird diese Wirklichkeit überhaupt von der alt-bolschewistischen Formel des Genossen Kamenjew - die bürgerlich demokratische Revolution ist nicht beendet - erfaßt?" "Nein", antwortet er, "diese Formel ist veraltet. Sie taugt nicht mehr - sie ist tot - zwecklos sind die Versuche, sie neu zu beleben."(ebenda)

Nicht 'irgendjemandem' zu helfen, die demokratische Revolution durchzuführen, stand auf der Tagesordnung, sondern das Gesicht der 'Zukunft' zuzuwenden - dem sozialistischen Kampf!

Die Konsequenzen beider Positionen haben in allen wichtigen Fragen bis zum Oktober die Debatten geprägt. In dieser grundlegenden Frage des Marxismus vertraten die alten Bolschewiki als rechter Flügel der Partei die demokratische Parole, womit sie "von vornherein auf die Macht verzichten und die Revolution in die Sackgasse führen" mußten. (L. Trotzki, Die Lehren des Oktober) Im April stand letztlich keine geringere Frage auf der Tagesordnung als die der Macht.
Unberührt davon meinte Kamenjew nach Lenins Tod, daß da von einem Kurswechsel in der bolschewistischen Partei keine Rede sein konnte. Er verschwieg die Märzkonferenz und die Vereinigungsbestrebungen mit Zeretellis Partei vor Lenins Ankunft - in die auch Stalin verwickelt war. Er 'übersah' die Auseinandersetzungen auf der Aprilkonferenz oder in den Julitagen. "Dabei sind einige Bolschewiki nicht so rasch von einer zur anderen Stufe weitergekommen ..." (Kamenjew, Leninismus oder Trotzkismus?) - verharmloste er seine eigene Rolle.

DEM OKTOBER ENTGEGEN

Die Julitage und der Kornilowputsch brachten die Massen zu den Bolschewiki. Sozialrevolutionäre und Menschewiki hatten die Arbeiter und Bauern entwaffnet, Kadetten, Kosaken und Georgsritter erhoben wieder ihr Haupt. Unter dem Druck der Entente trieben sie die Versöhnler zu einer konsequenteren Haltung. Sie traten aus der Regierung aus, die Kriegsopfer schnellten in die Höhe und Kerenski spielte seine 'Vermittlerrolle' noch theatralischer. Lenins Partei setzte in dieser Situation ihre Losung "Alle Macht den Sowjets!" ab. Die Räte paktierten offen mit der Konterrevolution. Sie aufzufordern, die Macht zu ergreifen, hieße das Volk zu betrügen. Zeretelli und Dan entrüsteten sich zwar über die Militärdiktatur, um gleich darauf wieder alles mitzumachen: Todesstrafe an der Front, ihre Politik gegen die Landenteignungen und der Entente berichteten sie atemlos vor Glück, wie sie die Juli - 'Meuterei im Inneren' niedergerungen hatten. Die Kadetten gierten nach der Zerschlagung der Sowjets - und die 'Sozialisten' nach der Koalition mit ihnen. Miljukew drängte derweil noch auf eine Politik des 'Druckausübens' und so einigten sie sich auf die Machtübergabe an Kerenski ohne Bedingungen und Einschränkungen. Diese Juliregierung bestand aus zweit- und drittrangigen Figuren. 'Linke' Kadetten, alte Sozialrevolutionäre, herabgewirtschaftete Menschewiki. Aber im 'Hintergrund' stieg bereits der 'Retter' der Nation, der Retter der Offiziere und Kosaken empor: Kornilow.
Die Bourgeoisie wollte Schluß machen mit den Halbheiten der Versöhnler und mit den revolutionären Bolschewiki. Ruhe und Ordnung in Petrograd, Ruhe und Ordnung in der Armee! Ein Aufstand lag in der Luft, Gerüchte schwirrten herum. Die Pläne Kornilows, mit Petrograd und den Roten 'aufzuräumen', wurden zB. von den Kadetten mit dem "deutschen Geld" für "Trotzkis Unternehmen" (Miljukew) gerechtfertigt. Just jene waren das, die kein Hehl daraus machten, daß ihnen die Niederlage Lenins in den Julitagen eine größere Freude bereitete als Erfolge an der Front (siehe Lwows Veröffentlichungen).

Kerenski hatte hinter dem Rücken der Sowjets Abmachungen mit Kornilow getroffen - und Kornilow hinter dem Rücken Kerenskis. Nicht alleine die Revolution - die Bolschwiki sollten vernichtet werden, mit ihnen auch die Versöhnler, Kerenski und die Sowjets.

Riga war gefallen. Die Bourgeoisie flüchtete aus Petrograd. Es schwirrten Gerüchte vom Abzug der Regierung aus der Hauptstadt herum.

Kerensi kehrte seiner Verschwörung kurzfristig den Rücken und forderte Kornilow auf, zurückzutreten. Aber Kornilow dachte gar nicht daran: "...daß die Provisorische Regierung unter dem Druck der bolschewistischen Sowjetmehrheit(?) im völligen Einverständnis mit den Plänen des deutschen Generalstabes handelt...", behauptete er und er sei "...nicht gewillt,die Macht Verrätern auszuhändigen." Er würde lieber "auf dem Feld der Ehre und des Kampfes sterben."
Am 26. August trat die Provisorische Regierung zurück und Kornilow rüstete gegen Petrograd: "...die Einheimischen(!) erfüllen ihre Pflicht und werden auf Befehl des obersten Helden ... ihren letzten Tropfen Blut vergießen." (Siehe L. Trotzki, Die Geschichte der Russischen Revolution)

In Petrograd bildeten sich schon vorher auf Initiative der Bolschewiki militärische Revolutionskomitees, die alle Nester der Kornilowanhänger in der Stadt aushoben und sich auf den Angriff vorbereiteten. Während Menschewiki und Sozialrevolutionäre im Exekutivkomitee der Sowjets quälende Verhandlungen mit Kerenski führten und dieser im Winterpalais "fast in Einzahl spazierenging", wurden die Arbeiter von den bolschewistisch beherrschten Komitees bewaffnet. Die Bolschewiki erklärten sich bereit, ihre Arbeit mit den Organen des Exekutivkomitees in Einklang zu bringen. Kronstadt und Wyborg wurden um Hilfe gebeten. Die Matrosen erschießen einen General, der sich als Agent Kornilows entpuppt hatte - Kerenski und die Versöhnler hetzen auf sie ...

Die Meinungsverschiedenheiten während der Kornilowtage in der SDAPR(B) wurden zwar Ende August wieder beigelegt, doch ist es wegen ihrer "recht feinen" aber "überaus wesentlichen" Bedeutung wert, kurz darauf einzugehen.

Wolodarski und andere näherten sich in dieser Zeit Vaterlandsverteidigungspositionen, bzw. einer Linie der zeitweiligen politischen Unterstützung der Kerenskiregierung an. Das hieß die Rolle Kerenskis zu vergessen, der gestern noch an einer Verschwörung mit Kornilow teilgenommen hatte und dem heute die Knie schlotterten, sich jedoch als unfähig erwies, einen konsequenten Widerstand zu organisieren.
"Die Kerenskiregierung dürfen wir selbst jetzt nicht unterstützen." (Lenin, An das ZK der SDAPR). Zwar hieße es gegen Kornilow zu kämpfen, "ebenso wie die Truppen Kerenskis, aber wir unterstützen Kerenski nicht, sondern entlarven seine Schwäche."(ebenda)
Die Militärkomitees mußten ihre Aktionen gegen Kornilow mit Kerenski - vor allem aber mit den Arbeiter- und Soldatenmassen - koordinieren und dabei über dessen Schwächen aufklären. Kornilow ist der Hauptfeind, Kerenski der unmittelbar weniger Gefährlichere und selbst Bedrohte. "...jetzt werden wir Kerenski nicht stürzen ..."
Hauptsache sei es nun, Kerenskis Inkonsequenz aufzuzeigen, wenn er sich weigert, Miljukow oder Rodsjanko zu verhaften, die Arbeiter zu bewaffnen, die Kronstädter und Wyborger zu rufen, die Reichsduma auseinanderzujagen oder die Bauern zu mobilisieren - nicht mit Gendarmen, die die Großgrundbesitzer wieder einsetzen, sondern durch deren Enteignung!

Eine solche differenzierte Taktik hätten auch die kommunistischen Arbeiter in Deutschland benötigt, als die Sozialdemokratie ebenso von den Faschisten bedroht war. Volle Kraft gegen den deutschen 'Kornilow' Hitler. Gemeinsam mit den sozialdemokratischen Arbeitern - ohne die Kritik an der SPD-Führung zurückzunehmen... Doch Thälmann ergötzte sich gerade an der Sozialfaschismus'theorie'....

"Es ist nicht verwunderlich, daß die von den Bolschewiki geleiteten Massen, gegen Kornilow kämpfend, nicht im mindesten Kerenski trauten. Es ging für sie nicht um die Verteidigung der Regierung, sondern um die Beschirmung der Revolution." (L. Trotzki, Die Geschichte der Russischen Revolution)

Von den bolschewistischen Agitatoren zermürbt und von den bewaffneten Arbeitern Petrograds beeindruckt, zerfielen Kornilows Truppen, noch bevor sie die Offensive richtig in Bewegung setzen konnten. "Die Rache läßt nicht auf sich warten", schrieb Trotzki in diesen Tagen, "Gehetzt, verfolgt, verleumdet, ist unsere Partei

noch nie so schnell gewachsen wie in der letzten Zeit. Und dieser Prozeß wird sich bald von der Hauptstadt auf die Provinz, von den Städten auf die Dörfer und die Armee ausbreiten."

Der Druck auf die gemäßigten Sozialisten, sich endlich von den Kadetten zu trennen, stieg nach Kornilows Niederlage ungemein an. Zugleich wuchs das Mißtrauen gegen Kerenski und sein Direktorat. Trotzki und Kamenjew forderten im Sowjet eine Untersuchung und verlangten eine Rehabilitierung der bolschewistischen Führer.
Lenin schlug aus seinem Versteck einen Kompromiß mit den Menschewiki vor. Die Bolschewiki sollten eine 'loyale' Oppositionspolitik praktizieren; einerseits die Versöhnler auffordern, die Sowjetmacht zu nehmen und mit den Kapitalisten zu brechen und zum anderen müßte die Partei unmittelbar auf revolutionäre Methoden des Kampfes um die Macht des Proletariats und der armen Bauernschaft verzichten - bei voller Freiheit der Propaganda und Agitation. Alle Macht den Sowjets! Das war ein konkreter Vorschlag an Menschewiki und Sozialrevolutionäre eine Arbeiter- und Bauernregierung zu bilden, "die vollständig und ausschließlich den Sowjets verantwortlich ist..."(Lenin, Über Kompromisse)

Zeretelli, Dan und die anderen setzten allerdings ihre Versuche fort, die Koalition wiederzubeleben. Am 9. September brachte Trotzki im Sowjet einen Mißtrauensantrag gegen das Präsidium ein und der Antrag erhielt eine Mehrheit! Die Zahl der bolschewistischen Sowjetdelegierten war immens angestiegen. Die Arbeiter und Soldaten verließen in Massen die koalitionswilligen Parteien. Binnen weniger Tage zerfiel die gemäßigte Mehrheit. Am 23. September schließlich wird Trotzki zum Vorsitzenden des Petrograder Sowjet gewählt. Der Prolog zur Oktoberrevolution hatte begonnen.

DAS VORPARLAMENT

Die Linie der Versöhnler richtete sich jetzt ausschließlich darauf, daß die Sowjets 'friedlich' ihre Macht an die 'demokratischen' Institutionen abtreten sollten. Das deswegen um so mehr, da sie ihre Mehrheit in den Räten verloren hatten. Sie wurden noch emsigere Propagierer des Vorparlaments und der es vorbereitenden 'Demokratischen Konferenz'(12.-22.Sept.) Die Forderung Lenins, diese "traurige Versammlung" zu boykottieren - die Bolschewiki besaßen zu dieser Zeit bereits die Überzahl auch im Moskauer Sowjet - stieß auf den erneuten Widerstand des rechten bolschewistischen Flügels.

Die Partei nahm an der Konferenz teil, wozu Lenin meinte: "Die Bolschewisten hätten die Konferenz demonstrativ verlassen sollen ... 99 Hundertstel der bolschewistischen Delegation hätten in die Fabriken und Kasernen gehen sollen; dort wäre der wirkliche Platz der Delegierten gewesen..." (Lenin, Helden der Fälschung und Fehler der Bolschewiki)

Die Partei war nach dem Kornilowputsch hinter der jähen Wendung der Lage zurückgeblieben. Kamenjew hielt in der Konferenz eine 'konstitutionelle' Rede. Letztlich ging es ihm und dem rechten Flügel noch immer um die Weiterführung der demokratischen Revolution. In dem Streit um das Vorparlament äußerte sich diese Ideologie noch deutlicher. Hinein in die 'demokratischen Institutionen, weg von der Straße: "Der Boykott des Vorparlaments ist der Aufruf zur Erhebung, dh. zur Wiederholung der Julitage." (Nogin)

Während im Land eine Revolution gegen die bonapartistische heranreifte, sich die Bauern erhoben und die Armee zerfiel, während Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit dem Vorparlament betrogen, entschloß sich auch in dieser Frage die Mehrheit gegen Lenin. Opposition in einer für die Arbeiter nicht repräsentativen Versammlung zu spielen, galt als wichtiger als die Machtergreifung vorzubereiten.

"Der Parteitag muß deshalb die Mitglieder unserer Partei aus dem Vorparlament abberufen, das Vorparlament boykottieren und das Volk aufrufen, die Kräfte zu sammeln, um die Zeretelische 'Buliygin-Duma' auseinanderzujagen." (Lenin, Zur Teilnahme der Partei am Vorparlament)

"Trotzki war für den Boykott, bravo Genosse Trotzki!"(Lenin) Stalin war ebenso dagegen.

Lenins Perspektive wich krass von jener der Rechten ab. Er sah nicht nur die unbedingte Notwendigkeit der Machtergreifung - der Kornilowputschversuch hatte erneut bestätigt, daß der Sieg nur von der städtischen Arbeiterklasse angeführt werden und daß das "Ziel des bewaffneten Aufstandes ... nur der Übergang der Macht an das von der armen Bauernschaft unterstützte Proletariat(!) sein..." könne, "um das Programm unserer Partei zu verwirklichen." (Lenin, Die politische Lage)

Und dieses Programm griff den sozialistischen Kampf auf. Kampf gegen die Großbourgeoisie, gegen die kapitalistischen Monopole unter Arbeiterkontrolle ist Kampf für den Sozialismus. "Stehenbleiben kann man nicht - weder in der Geschichte überhaupt noch besorders in Kriegszeiten. Man muß entweder vorwärtsschreiten oder zurückgehen. Vorwärtsschreiten im Rußland des 20. Jahrhunderts, das die Republik und den Demokratismus auf revolutionärem Weg erobert hat, ist unmöglich, ohne zum Sozialismus zu schreiten."(Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen kann)

7 Jahre später sollten jene, die im April 1917 oder gar noch im Oktober den sozialistischen Kampf für Rußland ausschlossen, glühende Anhänger der 'Theorie des Sozialismus in einem Lande' werden!

Schließlich blieb die Fraktion der Bolschewiki für das Vorparlament in der Minderheit. Sie schied am 10.Oktober aus ihm aus. "Es lebe der Boykott!"(Lenin)

"...HAUPTSÄCHLICH DEM GENOSSEN TROTZKI ZU DANKEN HAT!" (Stalin 1918)

Lenin trat seit dem September dafür ein, im Namen der Partei zum Aufstand zu rufen. Sinowjew und Kamenjew sprachen sich auf der ZK-Sitzung am 15. September entschieden dagegen aus. Trotzki teilte mit Lenin die Dringlichkeit des Aufstandes, war aber dagegen, daß die Bolschewiki selber den Aufstand ausrufen sollten. Er meinte, daß sie die Erhebung im Gefolge ihrer Losung "Alle Macht den Sowjets!" unternehmen sollten, sozusagen als Konsequenz dieser Agitation. Der Aufstand müsse, so meinte er, mit dem Sowjetkongreß zeitlich zusammenfallen, der sich dann ganz 'legal' in den Händen der Bolschewiki befinden würde und im Namen des Petrograder Sowjet erfolgen müsse.
Sinowjew und Kamenjew gaben daraufhin ihren Brief "Zur gegenwärtigen Lage" heraus, in dem sie gegen Lenin Stellung bezogen: "Vor der Geschichte. vor dem internationalen Proletariat,



LENIN UND TROTZKI AUF DEM 3. WELTKONGRESS DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

vor der Russischen Revolution haben wir kein Recht, die ganze Zukunft auf die Karte eines bewaffneten Aufstandes zu setzen ... Es gibt historische Situationen, in denen eine unterdrückte Klasse erkennen muß, daß es besser ist, einer Niederlage entgegenzugehen als kampflos aufzugeben. Befindet sich die russische Arbeiterklasse gegenwärtig in einer solchen Situation? Nein, und tausendmal nein!!!"
Stattdessen schlugen sie vor, daß Armee und Arbeiter "der Bourgeoisie den Revolver an die Schläfe" halten sollten, zudem die Aussichten für die Wahlen zur Konstituante aussichtsreich für die Bolschewiki wären. Dem ganzen lag ein Trugschluß zugrunde, der in dieser Situation zum Irrsinn ausgeartet war: Die Sowjets und die Partei könnten nur stärker werden, meinten sie. Anzustreben wäre eine kombinierte Staatsform. "Sie (die Konstituante -PR) und die Räte sind der kombinierte Typ der staatlichen Einrichtungen, zu denen wir gelangen."(ebenda)

Sie berücksichtigten überhaupt nicht die Angespanntheit der Arbeiter- und Bauernmassen, die des ewigen demokratischen Spektakels überdrüssig waren. Die Bauern hätten sich bei einer solchen Politik, wäre sie im Oktober durchgeführt worden - nur nach rechts zurück bewegen können. Wohl kaum zu einer 'Demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauernschaft', sondern zur konterrevolutionären Diktatur!
Das 'Lebensgesetz' der Russischen Revolution bestand eben darin: "Entweder muß sie sehr rasch und entschlossen vorwärtsstürmen, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken, oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächlichen Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution erdrückt."(Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution)

Auf der einen Seite erlagen Kamenjew und Genossen einer gewaltigen Unterschätzung des Proletariats, indem sie ihm nicht die Machteroberung zugetraut hatten und zweitens einer Überschätzung des Gegners - der Kräfte der Kerenski und Kornilow, bzw. der Auslandsbourgeoisie - deren Schwäche durch das Bewußtsein ihrer gestrigen Stärke verdeckt wurde.

Nebenbei, um Kamenjews Politik zu relativieren: Zweifellos stand er selbst im Jahre 1917 meilenhoch über der Politik heutiger 'Kommunisten'. Kamenjew trug einige Wochen später wesentliches zum Siege der Revolution bei - was von Carillo, Berlinguer oder Cunhal absolut nicht zu sagen sein wird!

Lenin bekämpfte Kamenjews und Sinowjews Aktivitäten in seinen Briefen auf das schärfste. Auch der Politik Trotzkis mißtraute er, kritisierte sie, ohne aber seinen Namen zu nennen: "Es wäre naiv, eine formelle Mehrheit der Bolschewiki abzuwarten: keine Revolution wartet darauf."

Lenin - noch immer verborgen. Trotzki - als Vorsitzender des Petrograder Sowjet. Lenin kannte ohne Zweifel nicht die genaue Situation in der Hauptstadt. Er meinte, daß es zu spät sein könne, bis der Kongreß einberufen werden würde. 'Vielleicht paktierte Trotzki mit Kamenjew und den anderen?' In seinen Briefen schlug er vor, daß der Aufstand von Moskau ausgehen könne - ein Plan, der fehlgeschlagen wäre, hätte man

ihn durchgeführt.

Anfang Oktober bereiteten beide Seiten - die Bolschewiki und die Regierung - den Bürgerkrieg vor. Kerenski versuchte mit den Petrograder Truppen die Front zu verstärken, um in Wirklichkeit aber die Sache der Aufständischen zu schwächen. Am 9. Oktober forderte Trotzki das Plenum des Sowjets auf, gegen die Truppenumstellungen zu intervenieren. Ein 'Militärisches Kriegskomitee' unter dem Vorsitz wurde gebildet. Am 16. Oktober weigerten sich die Regimenter der Petrograder Garnison, Kerenskis Marschbefehlen Folge zu leisten. Das war der eigentliche Beginn des Oktoberaufstandes.

In den Sitzungen des bolschewistischen ZK prallten die gegnerischen Fraktionen aufeinander. Lenin - wieder in der Hauptstadt - drängte darauf, loszuschlagen. Er machte allerdings an Trotzki und Genossen Zugeständnisse, sodaß "das Zentralkomitee und der Sowjet zum gegebenen Zeitpunkt den Beginn des Angriffes und die praktischen Methoden zu seiner Verwirklichung bestimmen sollten."

Auf dieser Sitzung wurde ein 'Militärisches Zentrum' gebildet, dem Swerdlow, Stalin, Bubnow, Uritzki und Dsherschinski angehörten. Es sollte ein Teil des 'Militärischen Kriegskomitees der Sowjets' werden, dh. Trotzki unterstellt sein. Sinowjew und Kamenjew wandten sich nun an die 'Öffentlichkeit'. Sie publizierten ihre Kritik in der Zeitung Gorkis. Lenin bezeichnete sie daraufhin als "Streikbrecher der Revolution" und forderte ihren Ausschluß aus der Partei. Daß dies von Stalin, der Sinowjew und Kamenjew richtigerweise ihren Unglauben an die europäische Revolution vorgeworfen hatte, und daß dies von Trotzki und den anderen abgelehnt wurde, bestärkte ihn in seinem Mißtrauen gegenüber den Vorgängen in Petrograd. Nach der Illoyalität Kamenjews und Sinowjews mußte er wieder in sein Versteck zurückkehren.

Mit dem Vorwand, die Verteidigung Petrograds vorzubereiten, organisierte Trotzki jedoch den Aufstand. Diese Finten und Manöver nahm darauf Kamenjew derart ernst, daß er sich im Sowjet mit Trotzki solidarisierte, als dieser sagte: "...wir haben keinen Beschluß über irgendeine bewaffnete Aktion gefaßt."
Lenin dürfte sich, nach einem kurzen Treff mit Trotzki beruhigt haben. "Der Winkelzug Kamenjews in der Sitzung des Petrograder Sowjet ist geradezu niederträchtig. Er ist, sagt er, ganz mit Trotzki einverstanden. Aber ist es denn schwer zu begreifen, daß Trotzki vor den Feinden mehr zu sagen nicht das Recht hatte, nicht mehr sagen durfte, als er gesagt hat?"

Der Sowjet wies schließlich die Garnison an, nur solche Befehle auszuführen, die vom 'Militärischen Kriegskomitee' gegengezeichnet waren. Kerenski schlug noch einmal verzweifelt um sich, indem er am 23. Oktober den 'Rabotschi Put' - die ehemalige bolschewistische 'Prawda' - verbot, und die Druckerei und das Redaktionsbüro beschlagnahmen ließ. Eine Kompanie des Pionierbataillons bereitete diesem Spuk ein Ende.

Der Aufstand bewegte sich weiter. Trotzkis Befehl Nr.1 führte zur Besetzung des Taurischen Palais, der Postämter und Bahnhöfe, der Nationalbank, der Telefonzentralen, der Elektrizitätswerke und anderer wichiger Stellen in der Hauptstadt. Die Regierung Kerenski wurde binnen weniger Stunden besiegt.

Stalin, 1918, rückblickend auf diese Tage:

"Die gesamte Arbeit der praktischen Organisierung des Aufstandes ging unter der unmittelbaren Leitung des Vorsitzenden des Petrograder Sowjets, Trotzki, vor sich. Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß der rasche Übertritt der Garnison auf die Seite der Sowjets und die geschickte Organisierung der Arbeit des revolutionären Kriegskomitees die Partei vor allem und hauptsächlich dem Gen. Trotzki zu danken hat." ('Prawda', Nr. 241, 6. November 1918)



SOWJETWIRTSCHAFT 1917-1975

1. TEIL DER SERIE, ERSCHIENEN IN 'SPARTACUS', NR. 24

DIE AUSGANGSSITUATION: DAS VORREVOLUTIONÄRE RUSSLAND

Die politische und ökonomische Entwicklung Rußlands vor 1917 folgte dem Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung: die russische Bourgeoisie war zu einem Aufbau des Kapitalismus in Rußland aus eigenen Kräften zu schwach, sie mußte sich auf Kapitalimporte aus Frankreich, Deutschland und Großbritannien stützen. Gleichzeitig jedoch waren die vom ausländischen Kapital oder mit dessen Hilfe errichteten Betriebe in der Lage, auf dem Weltmarkt zu expandieren und die Randgebiete Rußlands zu kolonisieren, wobei sie die Unterstützung des zaristischen Staates erhielten. Die eigentümliche Durchdringung von feudalistischen, vorfeudalistischen und voll entwickelten kapitalistischen Produktionsverhältnissen war die Grundlage für den zaristischen Staat, der trotzdem Ausdruck kapitalistischen Klasseninteresses war.

Gleichzeitig war es diese Entwicklung, die Lenin vom "schwächsten Kettenglied" des Imperialismus sprechen ließ, das einerseits als erstes aus dem imperialistischen Weltsystem ausbrechen könne, andererseits aber besondere Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau aufwerfe, die ohne die Unterstützung des Proletariats Westeuropas nicht zu bewältigen seien. "Unter gewissen Umständen und Bedingungen können zurückgebliebene Länder früher als die fortgeschrittenen zur Diktatur des Proletariats kommen, aber später zum Sozialismus." Das war die Konsequenz, die Lenin und Trotzki aus der Analyse der ungleichmäßigen Entwicklung zogen, und die bis 1924 zum theoretischen ABC der kommunistischen Weltbewegung gehörte, bevor sie von Stalin, Sinowjew und Bucharin als "kleinbürgerliche trotzkistische Abweichung" verdammt wurde (siehe: Leo D. Trotzki, Die Permanente Revolution).

PROBLEME DER SOWJETÖKONOMIE 1917-1923: KRIEGSKOMMUNISMUS UND NEUE ÖKONOMISCHE POLITIK (NEP)

Als die Arbeiterklasse unter Führung der bolschewistischen Partei im Oktober 1917 die

Macht übernahm, gingen die bolschewistischen Führer keineswegs davon aus, in Rußland isoliert den Sozialismus aufbauen zu können oder zu wollen. So hieß es in Lenins Aprilthesen: "7. Sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer Nationalbank und Errichtung der Kontrolle über die Nationalbank durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten. 8. Nicht 'Einführung' des Sozialismus als unsere unmittelbare Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten."
Einmütig teilten die Bolschewiki damals die Ansicht, daß zum Aufbau des Sozialismus eine Reihe von Voraussetzungen notwendig sind, die in Rußland fehlten: ein hoher Grad an industrieller Entwicklung, das Vorherrschen der Industrie über die Landwirtschaft, ein hoher Grad an technischer Qualifikation der Arbeiter und ein hohes kulturelles Niveau.

Zunächst war es die Konterrevolution, die die Bolschewiki zwang, im Laufe des Jahres 1918 über ihr erstes Regierungsprogramm hinauszugehen. Aufgrund der Weigerung der Technokraten und Bürokraten in Industrie und Verwaltung, mit dem Arbeiterstaat zusammenzuarbeiten, aufgrund von Sabotage, konterrevolutionärem Terror, Bürgerkrieg und ausländischer Intervention, mußten die Bolschewiki Banken, Großhandel, Industrie, ausländisches Vermögen enteignen und das staatliche Außenhandelsmonopol errichten. Es begann die Phase des sog. Kriegskommunismus. Die gesamte Wirtschaft wurde einem Plan unterworfen, der jedoch mehr auf eine aus äußerem Zwang herausgeborene Notmaßnahme hinauslief als auf eine bewußte planmäßige Entwicklung (siehe: E. Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Band II, S. 690 ff.): Die Warenproduktion wurde auf das äußerste eingeschränkt; ein Großteil der Löhne von Arbeitern und Beamten wurde in Naturalien bezahlt, bewaffnete Arbeiterkommandos mußten in die Dörfer ziehen und die Bauern zur Herausgabe von Lebensmitteln zwingen. Die Industrieproduktion sank von 100 im Jahre 1913 auf 12,8 im Jahre 1920; sie diente ausschließlich der Versorgung der Armee.

Nach dem Sieg der Roten Armee im Bürgerkrieg war die Steigerung der Produktivkräfte die erste Voraussetzung für das Überleben des Arbeiterstaates. Die Bolschewiki mußten einen Schritt zurück machen: Der Handel wurde reprivatisiert, das Finanzwesen saniert, die Löhne wieder in Rubel ausgezahlt. An die Stelle der Lebensmittelbeschlagnahme trat eine Naturalsteuer, die den Bauern die Möglichkeit ließ, ein Mehrprodukt zu produzieren, das sie auf dem Markt absetzen konnten. Dies waren die wesentlichen Maßnahmen, welche unter dem Begriff Neue Ökonomische Politik (NEP) zusammengefaßt wurden.

Zweifellos brachte die NEP eine ganze Reihe von Erfolgen für die Sowjetwirtschaft. 1926 war in Industrie und Landwirtschaft der Stand der Vorkriegsproduktion erreicht und überschritten. Gleichzeitig jedoch barg diese Politik Gefahren in sich, die immer deutlicher wurden: Der Aufbau vollzog sich langsam, es fehlte an Lokomotiven, Maschinenwerkzeugen, Autos, Chemikalien, Düngemitteln und vor allem an landwirtschaftlichen Maschinen. Es gab immer noch 2 Millionen Arbeitslose; der schärfste Gegensatz bestand weiterhin zwischen Stadt und Land. Der Arbeiter verglich seine kargen Mahlzeiten mit der Fülle an Lebensmitteln, die es auf dem Land gab, und die Bauern waren wütend darüber, daß sie für Industrieerzeugnisse mehr als doppelt soviel zahlen mußten als vor 1914 und für ihre eigenen Produkte weniger als vor dem Krieg bekamen. Privilegierte Schichten bildeten sich heraus: Der NEP-Mann, d.h. der Handelsbourgeois, der sich am Handel zwischen Stadt und Land bereicherte, und der Kulake, d.h. der Großbauer, der den Kleinbauer überflügelte und der Hauptnutznießer der NEP-Politik war, erhoben ihr Haupt.

DIE DISKUSSION IN DER BOLSCHEWISTISCHEN PARTEI ÜBER DIE FRAGE DER INDUSTRIALISIERUNG

Die Bolschewiki waren davon ausgegangen, daß der Sieg der europäischen, zumindest aber der deutschen Revolution die Grundlagen für den sozialistischen Aufbau in Rußland legen werde. Noch 1921 hieß es im Programm des Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion, das unter Leitung von Bucharin ausgearbeitet worden war: "Die Macht in der UdSSR befindet sich bereits in den Händen der Arbeiterklasse. Im Verlaufe eines dreijährigen heroischen Kampfes gegen das internationale Kapital hat sie die Angriffe abgewehrt und die Sowjetmacht befestigt. Obwohl Rußland über ungeheure natürliche Reichtümer verfügt, bleibt es trotzdem, in Bezug auf die Industrie, ein rückständiges Land, in welchem die kleinbürgerliche Bevölkerung überwiegt. Es kann nur mit Hilfe einer internationalen proletarischen Revolution, in deren Entwicklungsperiode wir jetzt eingetreten sind, zum Sozialismus gelangen." (zitiert nach: Leo D. Trotzki, Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, S.43) Aber die Siege der Roten Armee und später die ökonomischen Erfolge der NEP fielen zusammen mit einer Reihe von Niederlagen und einem Abebben der Revolution in Westeuropa. In der bolschewistischen Partei setzte das ein, was von bürgerlichen Autoren gern als der "Streit um die Nachfolge Lenins" bezeichnet wird, obwohl es weniger um die Frage der formellen Nachfolge ging, als darum, wer in Zukunft bei Abstimmungen im Politbüro den entscheidenden Einfluß haben würde.

Schon sehr früh, nämlich sobald die ersten Erfolge der NEP und zugleich ihre Beschränktheit deutlich wurden, hatte Trotzki einen einheitlichen Industrialisierungsplan für die Sowjetunion gefordert. Aber Trotzki stieß im Politbüro auch bei Lenin auf Widerstand. Lenin glaubte, daß eine solche Ausweitung der Befugnisse der zentralen Planungsbehörde (Gosplan) entschieden zu früh sei, daß eine Planung in einem Land mit 20 Millionen einzelnen Bauernwirtschaften, einer untergeordneten Industrie und einem rückständigen privaten Handel nicht möglich sei.

Trotzki entwickelte 1922 die Theorie der "ursprünglichen sozialistischen Akkumulation", ausgehend von der Marx'schen Theorie der "ursprünglichen Akkumulation" (siehe: Das Kapital, Band I, S. 741 ff.): Im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern konnte die Sowjetunion im Prozeß ihrer ursprünglichen Akkumulation nicht auf die Ausplünderung von Kolonien zurückgreifen. So konnte die Industrialisierung nur auf der Grundlage einer kolossalen Selbstbeschränkung der Arbei-

terklasse und einer Abschöpfung des Mehrprodukts der Bauern sowie progressiver Besteuerung der NEP-Leute stattfinden. Trotzki ging davon aus, daß es durch eine Aufklärung der Arbeiterklasse über den Plan und gleichzeitige größtmögliche Freiheit der Diskussion und Kritik innerhalb der bolschewistischen Partei erreicht werden könne, den Plan zu verwirklichen, ohne der Arbeiterklasse einen solchen Zwang aufzuerlegen, wie es später die stalinistische Bürokratie tat. In der bolschewistischen Partei traten allerdings bereits 1922 bedenkliche Anzeichen einer bürokratischen Entartung auf. Beschlüsse des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei im September 1922 über die Auflockerung des Außenhandelsmonopols führten Lenin und Trotzki wieder enger zusammen. Der entscheidende Beschluß, der einen Schritt auf eine kapitalistische Restauration in der UdSSR hin bedeutet hätte, wurde in Abwesenheit Lenins und Trotzkis gefällt. Die beiden Führer einigten sich über ein gemeinsames Vorgehen im Zentralkomitee und Lenin sagte gleichzeitig, daß man in Bezug auf die Industrialisierungspläne "... dem Genossen Trotzki ein Stück entgegenkommen" müsse (der entsprechende Brief Lenins wurde in der Sowjetunion erst nach Stalins Tod veröffentlicht - siehe Isaac Deutschers Trotzki-Biographie, Band II, S.77). In der folgenden Zeit kam Lenin Trotzki noch in einer ganzen Reihe von Fragen entgegen, doch zu einem gemeinsamen Vorgehen beider gegen die bürokratische Entartung der Partei und die Willkür Stalins blieb aufgrund Lenins Krankheit und Tod keine Zeit mehr.

DER KURS AUF DIE KULAKEN UND DER "SOZIALISMUS IN EINEM LANDE"

Die Frage der 'Nachfolge' Lenins wurde zunächst durch das Dreierbündnis von Sinowjew, Kamenew und Stalin im Politbüro der Partei geregelt. Die bürokratische Entartung der Partei und des Staats beschleunigte sich. Stalin war sowohl ihr Ausdruck als auch ihr Motor. Die linke Opposition (Trotzki, Preobraschenski, Pjatakow, Rakowski u.a.), die sich um die Ideen von 1922-1923 gesammelt hatte, wurde einer permanenten Verleumdungskampagne ausgesetzt, ohne selbst offensiv gegen diese Verleumdungen auftreten zu können, da sie sich sonst des Verstoßes gegen das Fraktionsverbot schuldig gemacht hätte.

Die Industrialisierungspläne der Opposition wurden von Mikojan, einem Vertrauten Stalins, als "Gipfel der Utopie" bezeichnet. Stalin selbst versicherte, daß der von Trotzki vorgeschlagene Bau eines Staudammes an den Stromschnellen des Dnjepr der UdSSR genauso wenig nütze wie ein Grammophon einem Bauern ohne Kuh. Die Troika Sinowjew-Kamenjew-Stalin setzte die NEP fort, eine Politik, die immer mehr zu einer Klassenspaltung auf dem Lande führte. Die Kulaken konzentrierten einen großen Teil des landwirtschaftlichen Mehrprodukts in ihren Händen (Mandel, a.a.O., S.694 f.). Die Naturalsteuer, die bis 1926-27 nicht progressiv war, begünstigte überdies den Kulaken und brachte die Kleinbauern immer mehr in seine Abhängigkeit.

"Gefangene ihrer eigenen Politik sah sich die Regierung gezwungen, Schritt für Schritt vor den Forderungen des ländlichen Kleinbürgertums zurückzuweichen. 1925 wurden für die Landwirtschaft der Erwerb von Arbeitskraft und die Verpachtung des Bodens legalisiert. Die Bauernschaft polarisierte sich zwischen dem Kleinkapitalisten einerseits, dem Knecht andererseits." (Leo D. Trotzki, Verratene Revolution, S.27) Unter diesen Umständen brachen Sinowjew und Kamenjew 1926 ihr Bündnis mit Stalin und gingen ein kurzes Bündnis mit Trotzki ein. Sie waren gezwungen, die Fehler der vergangenen Jahre anzuerkennen; aber auch die Vereinigte Opposition war nicht in der Lage, im Zentralkomitee der Partei die Mehrheit zu gewinnen.

Stalin warf im November 1926 in einem Prawda-Artikel das gesamte bisherige theoretische Rüstzeug der Partei über Bord, indem er erklärte: "Die Partei ging immer davon aus, daß der Sieg des Sozialismus in einem Lande, die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande bedeute, wobei diese Aufgabe durch die Kräfte eines Landes gelöst werden kann." (zitiert nach Trotzki, Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, S.40) Diese Theorie vom "Sozialismus in einem Lande" wurde die Grundlage für 50 Jahre Politik der Sowjetbürokratie, wie unterschiedlich sie auch jeweils konkret unter Stalin, Chrustschow und Breschnew durchgesetzt wurde. Sie diente als theoretische Rechtfertigung der Unterwerfung der kommunistischen Weltbewegung unter die Interessen der Sowjetbürokratie. Denn die Möglichkeit des Aufbaus eines isolierten nationalen Sozialismus degradierte die Weltpartei des Proletariats, die Kommunistische Internationale, zum bloßen Anhängsel der nationalen Politik der Sowjetbürokratie.

Zum letzten Mal, bevor sie ihre Alleinherrschaft in der Partei endgültig festigen konnte, ging die Stalin-Fraktion ein Bündnis im Polit-Büro ein, und zwar mit dem Vertreter des rechten Flügels der Partei, mit Bucharin, der den Kulaken zurief "Bereichert Euch!" und den "Aufbau des Sozialismus im Schildkrötentempo" vertrat. Der Kern der Theorie von Stalin und Bucharin war folgender: Der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion ist möglich, wenn das internationale Proletariat die jeweils "eigene" imperialistische Bourgeoisie so weit unter Druck setzt, daß diese keine militärische Intervention gegen die UdSSR vom Zaume bricht. Trotzki hielt dieser Theorie entgegen: "Bucharin anerkennt das Übergewicht der Produktionskräfte (des Imperialismus, Anm. d. Red.) nur auf dem militärischen Gebiet. Er will nicht verstehen, daß ein Fordtraktor genau so gefährlich ist wie eine Kanone von Creuzot, nur mit dem Unterschied, daß die Kanone nur von Zeit zu Zeit in Tätigkeit tritt, während der Traktor auf uns dauernd Druck ausübt. Dabei steht stets hinter dem Traktor als letzte Reserve - die Kanone." (Leo D. Trotzki, Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, S.52)

DIE ULTRALINKE WENDUNG - "LIQUIDIERUNG DER KULAKEN ALS KLASSE"

Der rechte Parteiflügel fuhr fort zu fordern, daß den kapitalistischen Tendenzen auf dem Lande mehr Spielraum gewährt werde. Da packten die Kulaken im Winter 1927-28 den Arbeiterstaat an der Gurgel. Während in den letzten drei Monaten des Jahres 1926 noch 4,9 Millionen Tonnen Getreide an den Staat abgegeben worden waren, fiel die Zahl auf 2,7 Millionen Tonnen in den letzten drei Monaten von 1927, also minus 2,2 Millionen Tonnen (Mandel, a.a.O., S.697). Im Januar 1928 drohte die die Hungersnot. "Die Geschichte weiß böse Witze zu reißen", schrieb Trotzki. Denn genau zu dem

Zeitpunkt, als die Kulaken den Arbeiterstaat angriffen, da ließen Stalin-Bucharin die Vertreter der linken Opposition verfolgen, festsetzen und nach Sibirien verfrachten. Noch immer lobte Stalin die "individuelle Wirtschaftsweise" - doch knapp ein Jahr später, kaum war die linke Opposition in die Illegalität gedrängt, da holte die Stalin-Fraktion zum Schlag nach rechts aus. Bucharin, der Leiter der Komintern, Rykow, das Regierungsoberhaupt, und Tomski, der Gewerkschaftsvorsitzende, wurden entmachtet.

Es wurde Schluß gemacht mit "Bereichert Euch!" und "Schildkrötentempo"; die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Industrialisierung wurden - zwar mit Verspätung, dafür aber jetzt umso überstürzter - auf die Tagesordnung gesetzt. Die Arbeiterklasse der Sowjetunion und die Bauern mußten einen schrecklichen Tribut zahlen: Statt - wie es die linke Opposition seit 1923 vorgeschlagen hatte - die Industrialisierung in 1o-12 Jahren abzuwickeln und Schritt für Schritt die Kollektivierung der Landwirtschaft voranzutreiben, konzentrierte sich die stalinistische ursprüngliche Akkumulation jetzt auf einen Zeitraum von 5-7 Jahren. Riesige Hilfsquellen wurden vernichtet oder blieben ungenutzt. Am verheerendsten wirkte sich das Abschlachten des Viehbestandes durch die auf die Kollektivierung völlig unvorbereiteten, verschreckten Bauern aus.

Trotzki schildert in der Verratenen Revolution, wie die sowjetische Arbeiterklasse über die Wendung in der Politik gegenüber den Kulaken erfuhr: "Am 15. Februar 1928 erfuhr die Bevölkerung des Landes nicht ohne Staunen aus einem Leitartikel der 'Prawda', daß es auf dem Lande gar nicht so aussehe, wie bisher die Machthaber es schilderten, dafür aber dem Bilde sehr nahe kam, das die vom Kongreß ausgeschlossene Opposition gegeben hatte. Die Presse, die gestern noch buchstäblich die Existenz des Kulaken leugnete, entdeckte ihn jetzt auf ein Signal von oben nicht nur im Dorf, sondern sogar in der Partei. Es stellte sich heraus, daß kommunistische Zellen nicht selten von reichen Bauern geleitet waren, die ein reichhaltiges Inventar besaßen, sich gekaufter Arbeitskraft bedienten, dem Staat hunderte und sogar tausende Pud Getreide vorenthielten und versöhnlich gegen die "trotzkistische" Politik auftraten. Die Zeitungen wetteiferten in sensationellen Enthüllungen, wie Kulaken in ihrer Eigenschaft als Sekretäre der lokalen Komitees arme Bauern und Knechte nicht in die Partei ließen..." (S.36)

Am Jahrestag der Oktoberrevolution hallte es auf den Demonstrationen wider von den neuen, von der Partei verordneten. Parolen: "Die Gefahr steht rechts!", "Geht gegen die Kulaken vor!", "Haltet die NEP-Leute im Zaum!", "Beschleunigt die Industrialisierung!" Ein Jahr zuvor, am gleichen Gedenktag, waren die Blocks der Vereinigten Opposition, die auf den Demonstrationen die gleichen Losungen trugen, von der Polizei auseinandergetrieben und niedergeknüppelt worden. Die Parteibürokratie hatte die gleichen Losungen ein Jahr zuvor zum Anlaß genommen, die Opposition als "konterrevolutionär" auszuschließen und in die entlegensten Winkel Sibiriens zu verbannen. Waren die Wachstumsraten der Industrieproduktion zu Zeiten Bucharins "Schildkrötentempos" viel zu niedrig angesetzt (zwischen 5 und 9%) so wurden sie jetzt auf 2o%, für die Schwerindustrie sogar auf 23% gesteigert. Der Bau des Dnjepr-Staudamms, früher mit einem nutzlosen Grammophon verglichen, war jetzt in aller Munde.

Die Zahl der kollektivierten Höfe stieg von 3,9% im Jahre 1929 auf 52,7% für 1931, 61,5% 1934 und auf 93% im Jahre 1937. Aus 25 Millionen bäuerlichen Kleinbetrieben wurden 24o.ooo Produktionsgenossenschaften (Kolchosen) und 4.ooo Staatsgüter (Sowchosen). Die Kulaken wurden als "Klasse liquidiert", d.h. zu Millionen nach Sibirien verfrachtet (Mandel, a.a.O., S.699).

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV. INTERNATIONALE

spartacus

Zentralorgan des SPARTACUSBUNDES

Die Linke im Kampf gegen die Repression

„Ein Schritt vorwärts, zwei zurück..."

AKW-Bewegung: Wie weiter?

Gerichtsurteile: Ein großer Erfolg?

INHALT

Die Umwälzung war vollzogen, die "blinden Hasard- und Gewaltmethoden" (Trotzki) der Bürokratie hatten das Land an den Rand des Abgrunds gebracht. Ein Kolchosstatut, das erst nach dem großen Schlachten, nämlich 1935 veröffentlicht wurde, machte dem Hang des russischen Bauern ans Privateigentum gewisse Zugeständnisse: der Bauer erhielt, je nach Gebiet, ein Stück Land zwischen 0,25 und 1 Hektar für Privatzwecke zur Verfügung gestellt.

Die seit 1923 verzögerten Maßnahmen zur Industrialisierung machten sich bemerkbar: die ausreichende Belieferung der Kolchosen und Sowchosen mit Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen war zunächst nicht gewährleistet. Der "Fordtraktor", von dem Trotzki gesprochen hatte, drückte und er drückt bis heute. Tatsächlich hat sich die sowjetische Landwirtschaft niemals vollständig von den Folgen der Zwangskollektivierung erholen können, trotz verschiedenster "Reformen". Wir werden später darauf zurückkommen.

Zunächst gab es nach Verkündigung des Kolchosstatuts eine rasche Aufwärtsentwicklung; auch tauchten die ersten Traktoren in den Kolchosen auf. Aufschlußreich ist allerdings, daß das Plansoll bei Kühen übererfüllt wurde, während bei Pferden nur 94% erreicht wurden. Dies signalisiert bereits die Tatsache, daß sich die Kolchosbauern mehr um ihre private Zwergwirtschaft kümmerten als um das Kolchoseigentum. Denn Kühe durften die Bauern im Privatbesitz halten, während dies bei Pferden nur in bestimmten Steppengegenden erlaubt war. Auch die soziale Differenzierung auf dem Lande trat wieder auf. Die Regierung duldetete das Aufblühen von Kolchosmärkten, auf denen die Produkte frei verkauft werden konnten, und deren Anteil am gesamten Einzelhandel von 15,9% 1939 auf 44,5% in den Jahren 1942-43 stieg (Mandel, a.a.O., S.700). An die Stelle des Kulaken trat der Kolchosmillionär. Dieser neue Kulake verdiente oft 10-15mal mehr als der "Durchschnitts"arbeiter oder der gewöhnliche Kolchosbauer (Leo D.Trotzki, Verratene Revolution, S.129).

Auch in der Arbeiterklasse trat eine starke Differenzierung ein, teils aufgrund des Stücklohns, der jetzt die Regel wurde, teils bewußt von der Bürokratie gesteuert, um sich Verbündete unter den Arbeitern zu schaffen und ihre Spaltung voranzutreiben. Eine dieser Methoden war die sog. Stachanow-Bewegung. Stachanow selbst, das große Vorbild der Bewegung, erhöhte seine Kohleproduktion dadurch, daß er nur noch mit Hammer und Pickel arbeitete, während seine Kumpel die Kohle mit der Schaufel wegräumen mußten.

Die Arbeitsteilung wurde sozusagen zu einem "sozialistischen Prinzip" erhoben. Die Stachanowleute waren in jeder Hinsicht privilegiert, sie verdienten das 10-20fache des "normalen" Arbeiters der unteren Lohnkategorien, bekamen neue Wohnungen, Freikarten für's Kino, Sanatorienaufenthalt außer der Reihe usw. Das Gewerkschaftsorgan der Sowjetunion berichtete von Versuchen der "normalen" Arbeiter, den Stachanowisten das Leben so sauer wie möglich zu machen (Trotzki, Verratene Revolution, S.124, a.a.O., S 756).

"In der UdSSR verwirklicht sich der Grundsatz des Sozialismus: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung." So heißt es im ersten Abschnitt der Sowjetverfassung von 1936. Damit aber wurde Marx völlig auf den Kopf gestellt. Die theoretische Unmöglichkeit und der Zynismus, der in diesem Satz steckt, wird nach allem oben gesagten deutlich. Wenn Arbeitsteilung und Akkordlohn neu eingeführt oder ausgeweitet werden, dann bedeutet dies gerade nicht, daß der Arbeiter nach seinen "Fähigkeiten" arbeitet, d.h., daß die Arbeit aus einem Zwang zu einem Bedürfnis geworden ist. Die zweite Hälfte des Satzes aber gibt die Rechtfertigung für die hohe Bezahlung von Betriebsdirektoren, Sowjetmarschällen, GPU-Führern usw.; denn was bedeutet hier Leistung? Die Rückständigkeit und Isoliertheit des Arbeiterstaates zwang die bolschewistische Partei in vielen Fällen zu Rückschritten, ob es die NEP war oder die hohe Bezahlung bürgerlicher Spezialisten unter Lenin, um sie sozusagen zu "bestechen", und solange sie gebraucht wurden, bei Aufbau des Landes einzusetzen. Aber stets wurden gegenüber der Arbeiterklasse diese Maßnahmen als Rückschritte, die sie waren, bezeichnet. Der Stalin-Fraktion blieb es überlassen, aus Rückschritten "sozialistische Prinzipien" zu machen.

DIE ENTWICKLUNG DER SOWJETWIRTSCHAFT BIS ZUM TODE STALINS

Bei Kriegsausbruch 1941 rächte sich die Bauernschaft erneut am Staat: die Verknappung der Lebensmittel vor allem nach dem Verlust der westlichen Provinzen machte es den Bauern möglich, die Lebensmittelpreise hochzutreiben; erst nach dem Krieg war der Staat wieder zu einer Offensive gegen die Bauern in der Lage: Eine rigorose Währungsreform drängte die Kolchosmillionäre zurück. Gleichzeitig wurde eine Kampagne gegen den privaten Land- und vor allem Viehbesitz eröffnet. Kolchosen sollten zusammengelegt und Agrarstädte geschaffen werden. Die Bauern wehrten sich erneut, und es war der Regierung nicht möglich, das Privateigentum an Land und Vieh abzuschaffen, ohne daß es zu neuen scharfen Auseinandersetzungen gekommen wäre.

Der Krieg hatte zu riesigen Verlusten in der sowjetischen Landwirtschaft geführt: Ein Vergleich der Planergebnisse von 1937 und 1946 ergibt einen Rückgang der Getreideproduktion um fast die Hälfte, einen ebenso großen Verlust an Schweinen und etwa gleichbleibende oder leicht angestiegene Ziffern für Baumwolle, Zuckerrüben und Kühe (Mandel, a.a.O., S.731). Aber auch nach dem Krieg ging die landwirtschaftliche Produktion zwischen 1950-53 zurück oder stagnierte (außer bei Schafen und Schweinen), offensichtlich eine Folge der staatlichen Vorstöße gegen das Privateigentum. Hingegen macht infolge des beschleunigten industriellen Aufbaus die Mechanisierung der Landwirtschaft gewaltige Fortschritte. Von 26 700 der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Traktoren 1928 auf 844 000 Traktoren 1955. Allerdings muß man sehen, daß die Traktoren nur einen Teilbereich der Mechanisierung ausmachen, auch wenn sie zu ihrem Symbol wurden. Noch 1950 verfügten von 121 000 Kolchosen nur 18 500 über elektrischen Strom. Im Zuge der Zusammenlegung von Kolchosen stieg die Zahl bis 1954 auf 21 000 (von 87 100).

Ein Mittel der staatlichen Kontrolle über die Landwirtschaft waren die sogenannten Motoren-Traktoren-Stationen (MTS). Die Traktoren wurden von den staatlichen MTS gegen Bezahlung in Naturalien an die Kolchosen ausgeliehen. Außerdem mußten die Kolchosen zu festen Preisen einen bestimmten Teil ihrer Produkte an den Staat abliefern. Die Preise waren bis 1956, auch nachdem sie mehrfach verdoppelt worden waren (1953-54) so niedrig, daß sie die Produktionskosten nicht deckten. Der industrielle Wieder-Aufbau vollzog sich also weiterhin unter anderem über die Abschöpfung des Mehrproduktes in der Landwirtschaft. Als Trotzki und Preobraschensky in den zwanziger Jahren ihre Theorie der "ursprünglichen sozialistischen Akkumulation" vorgetragen hatten, waren sie von Stalin-Bucharin beschuldigt worden, Arbeiter und Bauern aufeinanderzuhetzen! Knapp ein Viertel der Produktion verblieb den Bauern für den Markt und den Eigenbedarf. Die Differenzierung zwischen armen, mittleren und reichen Kolchosen blieb weiter bestehen. Der geringe Lohn besonders auf den armen Kolchosen, die das Gros ausmachten, fixierte die Bauern weiterhin auf ihr kleines Stück Privatland und -vieh.

Die industrielle Entwicklung bis zu Stalins Tod war weiterhin gekennzeichnet von den Vorteilen der zentralen Planung einerseits und den Nachteilen der bürokratischen, von den Produzenten weitgehend unabhängigen Form der Planung andererseits. Wenn unsere Maoisten heute begierig



jeden sowjetischen Zeitungsbericht über irgendwelche "Planfehler" aufgreifen, um damit ihre These von der "kapitalistischen Restauration" zu belegen, so lassen sich allerdings eine ganze Reihe ähnlicher Mechanismen bereits zur Zeit der "hohen Zuwachsraten der Stalinschen Fünfjahrespläne" (RF vom 10.12.1975) feststellen.

Bereits 1935 ging der sowjetische Staat zum Prinzip der Einzelrentabilität der Betriebe über. Die Einkommen der Betriebsdirektoren hingen damit von der Erfüllung des Finanzplanes des Betriebes ab (Mandel, a.a.O., S. 742). Schon 1939 kam es vor, daß sich Betriebe eigenmächtig auf die Produktion von nicht im Plan vorgesehenen Gütern konzentrierten. So etwa - nach einem Bericht Malenkows auf dem 19. Parteitag - das Charkower Elektrowerk: Es wandte jahrelang 30-40 % seiner Kapazität auf Produkte an, die im Plan nicht vorgesehen waren, nämlich Türklinken, Fenstergriffe und andere Eisenwaren. Die 'Prawda' vom 5. Oktober 1954 meldete, daß Betriebe der Textil- und Schuhindustrie sich weigerten, in ausreichender Menge Kinderkleidung herzustellen, weil diese Produktion nicht'rentabel' sei.

Wir wollen es bei diesen beiden Beispielen belassen; sie sind, wie eine ganze Reihe weiterer, bei Mandel nachzulesen (S. 742 ff.). Wir werden auf die einzelnen Ursachen solcher 'Planungsfehler' - abgesehen von der allgemeinen Feststellung, daß sie Resultate der bürokratischen Form der Planwirtschaft sind - noch zurückkommen. Die Lage der Arbeiter unter den Bedingungenbürokratischer Planung läßt sich am besten anhand einiger Erklärungen des Gewerkschaftszentralrats, Gesetze und Dekrete aufzeigen.
- 1933 wurde das Recht der Gewerkschaften, die von der Betriebsdirektion eingeführten Normen und Tarife zu bestätigen, vom Zentralrat der Gewerkschaften selbst für unzulässig und mit dem Prinzip der Einzelführung der Betriebe unvereinbar erklärt. Trotzki hatte die Einzelführung der Betriebe, die Militarisierung der Arbeit, das 'Durchrütteln' der Gewerkschaften unter den Bedingungen des 'Kriegskommunismus' verteidigt: "Denn davon, daß von der bürgerlichen Anarchie zur sozialistischen Wirtschaft ohne revolutionäre Diktatur und ohne zwangsmäßige Formen der Wirtschaftsorganisation übergegangen werden kann, kann keine Rede sein." (Trotzki 'Terrorismus und Kommunismus', S. 114). Die Stalinbürokratie wiederum, in diesem Falle der Gewerkschaftszentralrat, machte ein sozialistisches Prinzip daraus.

Der letzte öffentliche Konflikt zwischen der Gewerkschaft und der Leitung eines Großbetriebes in der UdSSR fand 1935 statt. 1938-41 folgten eine Reihe von Gesetzen und Dekreten mit offensichtlichem Zwangscharakter: So wurde ein Arbeitsbuch eingeführt, konnte Zuspätkommen über 20 Minuten mit Gefängnis bestraft werden, sogar die Weigerung, einer Arbeitsaufforderung an gesetzlichen Feiertagen nachzukommen, wurde mit Lohnkürzung oder Gefängnis bestraft. Ein System von Zwangsarbeitslagern wurde errichtet. Das gigantische Ausmaß der Zwangsmaßnahmen läßt sich von seiner quantitativen Seite her nur noch mit den unter dem Titel "Blutgesetzgebung gegen Expropriierte seit Ende des 15. Jahrhunderts - Gesetze zur Herabdrückung des Arbeitslohnes" von Marx im Kapital, Band I entwickelten Methoden der bürgerlichen ursprünglichen Akkumulation vergleichen; auch wenn diese Methoden etwas mittelalterlich und barbarischen Charakter im Gegensatz zu denen der Stalinbürokratie trugen.

Im Jahre 1953 ging Stalins Ära zu Ende, 1956 fand der berühmt-berüchtigte 20. Parteitag der KPdSU statt, für die Bürgerlichen der 'Entstalinisierungsparteitag', für die Maoisten der Auftakt zur "Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion". Wir werden im zweiten Teil des Artikels die Entwicklung der UdSSR nach 1953 verfolgen und dabei versuchen, die Antwort auf die Frage "Restauration des Kapitalismus oder bürokratische Degeneration?" zu geben.

INDIVIDUELLER TERROR UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG

EIN GESPRÄCH

Die nun schon einige Monate zurückliegenden Ereignisse rund um die Schleyer-Entführung und die Ermordung der politischen Gefangenen in der BRD, haben mehr als andere (vom Ausmaß oft weit größere)politischen Ereignisse, eine Reihe von Fragen aufgeworfen. Vor allem für die deutschsprachige Linke, die wie noch nie in den letzten Jahren dem Druck der Bourgeoisie und der Reformisten ausgesetzt war und ist, stellen sich diese Fragen nicht auf der abstrakt/theoretischen Ebene. Hier zeichneten sich Entwicklungen ab, werden Trennlinien gezogen, die in Zukunft - vor allem bei einem Aufsteigen der Klassenkämpfe in der BRD und in Österreich erst voll zum Durchbruch kommen werden.

Der Druck, dem diese Linke heute ausgesetzt ist, wird bei einer aufsteigenden Welle von Klassenkämpfen, natürlich weit größer sein als jetzt. Wenn man - als Beispiel - bedenkt, daß heute eine tatsächliche Verbindung mit den 'Massen' auch dann nicht herzustellen ist, wenn die Organisation, die dies anstrebt eine korrekte Politik durchführt, andererseits aber gerade diese 'Massen' als Legitimation einer opportunistischen Politik herhalten müssen (d.h. man schafft die Fiktion eines 'breiten Bündnisses'), dann kann man sich relativ leicht ausrechnen, wie weit die Exponenten einer solchen Politik gehen werden, wenn sie tatsächlich in der Gewerkschaft und in den Betrieben dem Druck einer vom reformistischen Bewußtsein hegemonisierten Arbeiterklasse ausgesetzt sind - also nicht vermittelt, sondern unmittelbar. Diese Überlegungen gelten natürlich nicht nur für all die Fragen, die um die Politik der RAF gruppiert sind, sondern auch für Antworten auf Arbeitslosigkeit und Inflation usw..

Unser Gesprächspartner (A) versteht sich selbst als 'antireformistisch und antistalinistisch'. Mit Begeisterung jubelte er den Tupamaros und der ERP in Argentinien zu. Als Blanco seine 'Himmelfahrt' antrat, kannte seine Freude keine Grenzen. Heute hat er 'Bauchweh', wenn er an die RAF, an den '2.Juni' und andere dieser Gruppen denkt. Er fühlt sich auch innerhalb der Linken isoliert, wenn er diese Genossen verteidigt und 'macht sich Gedanken'. B ist Mitglied unserer Organisation.

A. Die erste Frage, die sich mir stellt, ist die nach dem politischen Charakter der RAF, bzw. der heutigen 'Terroristen'. Die RAF-Genossen hatten ja noch Texte veröffentlicht, aus denen klar hervorgeht, daß sie sich selbst als antiimperialistische Kämpfer verstehen und sich auf das Proletariat berufen. Ich halte diese theoretischen Aussagen, wie z.B. vom 'Neuen Faschismus', der Funktion der BRD als 'Kolonie des US-Imperialismus' und auch die Aussagen über die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern für falsch. Aber nichtsdestoweniger haben wir im Falle der eigentlichen RAF den Faktor gegeben, daß klare politische Aussagen vorhanden sind. Diejenigen, die sich heute auf die RAF berufen, geben keinerlei politische Aussagen mehr ab, sondern schießen und sprengen. Aber schließlich ist es für uns doch klar, daß Schießen und Sprengen nicht als Beweis der Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung gelten kann.

B. Ich glaube, daß wir systematischer vorgehen sollten. D.h. nicht, daß ich deiner Fragestellung ausweichen will, nur setzt sie ja schon an einer bestimmten Entwicklung an, die es erst in den Griff zu bekommen gilt. Es ist meiner Ansicht nach zuerst wichtig, die Frage nach dem Entstehen der RAF zu beantworten, einfach weil damit all jene heute so beliebten Aussagen über die angebliche Schuld der RAF an der inneren Aufrüstung der BRD verbunden sind.

Die gesamte politische Entwicklung der BRD ist doch vor allem durch zwei miteinander verbundene Faktoren geprägt. Zum einen die Spaltung der deutschen Nation - ein wahres Lehrbeispiel dafür, wie der Stalinismus, auch wenn er seinen eigenen Machtbereich erweitert, ein Faktor der Stärkung der Bourgeoisie ist, was ihn selbst wieder schwächt. Hier sei nur an die Auflebung der demokratischen Illusionen erinnert. Doch für uns ist jetzt wesentlich, daß in der BRD ein permanenter aggressiver Anti-Kommunismus gegeben ist, der auch die Mehrheit der Arbeiterklasse mit einschließt. Die ökonomische Stärke der deutschen Bourgeoisie schließlich (die natürlich ohne eine gewisse 'Integration' der Arbeiterklasse nicht zu erreichen gewesen wäre) und die Funktion der BRD in der gesamtimperialistischen Strategie als 'erster Hüter der Freiheit in Europa', geben den zweiten Faktor ab, der selbstredend von einer inneren politischen Stabilität abhängig ist. Das KPD-Verbot von 1956, die Wiederaufrüstung und schließlich die 'Notstandsgesetze' stellen die Etappen der systematischen Aufrüstung der BRD nach innen und nach außen dar...

A. ...Das ist schon alles richtig. Aber schließlich haben doch sämtliche imperialistischen Staaten nach dem 2. Weltkrieg aufgerüstet. Die NATO wird nicht allein von der BRD getragen. Das erklärt noch nicht die Politik der RAF, bzw. die Grundlagen für diese Politik.

B. Die Aufrüstung allein sicherlich nicht. Aber die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse unterscheiden die BRD schon von den anderen größeren imperialistischen Staaten Europas. Obwohl durch die gewaltige Niederlage durch den Faschismus, eine ganze Generation von 'natürlichen'Führern der Arbeiterklasse vernichtet wurde, gab es ja nach 1945 noch Kämpfe der Arbeiter um die Verbesserung ihrer sozialen Existenz. Die Politik der Reformisten (SPD und KPD), sowie die Anwesenheit der alliierten Truppen verhinderten eine Ausbreitung und Vertiefung dieser Kämpfe.

Der wirtschaftliche Aufschwung der Rekonstruktionsphase nach dem 2. Weltkrieg, band die Arbeiterklasse - vor allem ihre oberen Schichten, die Arbeiteraristokratie - an die imperialistische Politik. Darauf und auf die vorhin angeführte Spaltung der deutschen Nation, konnte der Anti-Kommunismus von CDU/CSU und SPD ansetzen, wenngleich mit einer unterschiedlichen Stoßrichtung. Letztlich hatten - besser gesagt: haben - wir in der BRD eine Arbeiterklasse, die mit kurzen Unterbrechungen nun schon Jahrzehnte keinen kontinuierlichen Kampf gegen den Kapitalismus führt. Oberflächlich betrachtet eine 'integrierte Arbeiterklasse'. In diesem permanenten Klima des 'Kalten Krieges', war die SPD Anfang der sechziger Jahre eine 'demokratische Hoffnung' für viele Intellektuelle. Hier ist ein wesentlicher Punkt für das Entstehen der RAF. Viele dieser Genossinnen und Genossen standen in einem bestimmten Nahverhältnis zur SPD. Sie waren Radikal-Demokraten im besten Sinne des Wortes, also Angehörige einer politischen Richtung, die in Deutschland ohnehin kaum je eine eigenständige Entwicklung hatte.

Die Bildung der 'Großen Koalition' Mitte der sechziger Jahre, die Verabschiedung der Notstandsgesetze, der Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber dem SDS, wareh die entscheidenden Einschnitte ihres politischen Lebens. Sie wandten sich angeekelt von jener SPD ab, in der sie vorher zum Teil sogar politisch aktiv waren. Es gab aber damals in der BRD nicht einmal den Ansatz einer revolutionären Gruppierung, die auf eine bestimmte Kontinuität aufbauen konnte. Und die Gründer der RAF waren keine Marxisten, sondern wurden legitimer Teil der Studentenbewegung, mit all ihrem Aufbrechen und Vorwärtsdrängen, aber auch mit all ihrem Unverständnis für die marxistische Theorie, was vor allem in einer falschen Einschätzung der Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen seinen Ausdruck fand. Sie fanden in der Studentenbewegung vor allem den Faktor des Handelns vor, die fast ausschließliche Fixierung auf Kämpfe in der '3. Welt', was nun einmal nicht automatisch mit bolschewistischem Internationalismus gleichzusetzen ist. Dieser an sich natürlich positive Faktor des Handelns und der aktiven solidarischen Unterstützung der Kämpfer in der '3. Welt', prägte die Genossinnen und Genossen der späteren RAF.

Die Studentenbewegung hatte als kleinbürgerliche Bewegung keine eigenständigen Perspektiven. Sie zerfiel in mehrere Strömungen. Ein Teil ging in die SPD, d.h. kapitulierte vor dem Reformismus vor der 'demokratischen' Politik der SPD, ein anderer Teil suchte auf der abstrakt/theoretischen Ebene das 'Volk' und 'fand' es schließlich im China der 'Kulturrevolution'. Es spricht für die RAF-Gründer, daß sie hier nicht mitgingen. Sie lehnten einerseits den Opportunismus und die Kapitulation vor dem 'kleineren Übel' SPD ab und andererseits auch die sterile Berufung auf den 'Marxismus-Leninismus' und die fernab von der Arbeiterklasse wiederholt erfolgende Gründung der 'einzigen Partei' dieser Arbeiterklasse.

Das Fehlen des revolutionären Faktors trug wesentlich zu dieser Entwicklung bei. Es ist doch wirklich eine bittere Ironie, daß Organisationen in der BRD entstanden, die genau jene KPD-Politik der 'dritten Periode' auf einer isolierten Ebene nachvollzogen, die solch furchtbare Ergebnisse gegen Ende der Weimarer Republik gezeitigt hatte. Hier muß man auch - nebenbei bemerkt - an die fatale und konsequenzenreiche Politik der damaligen 'Trotzkisten' in der BRD erinnern, die in der SPD blieben, als mit dem SDS eine Bewegung entstand, in der tausende junge Menschen instinktiv versuchten, den Reformismus zu überwinden.

Das ist also wesentlich: Der Zerfall der Studentenbewegung, also auch die Entstehung und die Politik der RAF, muß vor dem Hintergrund einer nicht kämpfenden Arbeiterklasse und dem Fehlen des revolutionären Faktors gesehen werden.

Noch auf einen anderen Punkt möchte ich hinweisen. Eine Folge der falschen, an der Oberfläche bleibenden Einschätzung der Arbeiterklasse war auch eine Einschätzung der gesellschaftlichen Kraft bestimmter Randschichten, der total Entrechteten. Hier kam aber auch der hohe moralische Wert, das fundamentale Solidaritätsbedürfnis der RAF-Genossen zum Ausdruck. Gerade diese Zuwendung zu den 'Entrechteten' nicht nur in der '3.Welt' hebt sie weit über jene orthodoxen Marxisten, die stets eine Anpassung an die Arbeiteraristokratie vollziehen. Und schließlich sei noch das einschneidende Erleben des Vietnam-Krieges erwähnt, wo die Genossen zum einen die aktive Unterstützung dieses Völkermordes durch die SPD sahen und zum zweiten vor der Tatsache standen, daß die Arbeiter dem Massenmord passiv und gleichgültig gegenüberstanden.

Nur wenn all diese Faktoren begriffen werden, kann man eine Einschätzung der RAF vornehmen, ohne beim 'verzweifelten Kleinbürger' zu landen. Hier helfen keineswegs die meistens ohnehin völlig unberechtigten arroganten Argumente gewisser Marxisten, die ihren Opportunismus und ihre Passivität durch 'theoretische' Weisheiten verdecken wollen.

Der Wille zum Handeln und zur aktiven Unterstützung jener Entrechteten und Getretenen gibt die Grundlage für die Politik der RAF ab und sie steht damit meilenweit über den 'rosa Marxisten', etwa vom 'Sozialistischen Büro' oder der FÖJ. Ich glaube also, daß der Ausgangspunkt bei einer Einschätzung und Beurteilung all der letzten Entwicklungen für Marxisten nur der sein kann, daß unzweideutig gesagt wird: Die Entstehung der RAF und ihre Politik war eine Antwort, eine Reaktion auf die gesellschaftliche Entwicklung in der BRD und die Politik der SPD, sowohl nach innen, als auch nach außen!

A. Deiner Erklärung für die Entstehung der RAF würde ich schon zustimmen. Das Geschwätz von 'desorientierten Kleinbürgern' erklärt nichts. Aber trotzdem bleibt die Frage offen, inwieweit die Aktionen der RAF dem bürgerlichen Staat den Vorwand liefern, die Repression gegen die gesamte Linke zu verstärken, den Unterdrückungs-

apparat weiter aufzurüsten usw..Die Frage ist nun, ob man diese Aktionen nicht als objektiv schädlich bezeichnen muß, auch wenn ich es natürlich ablehne, die RAF indirekt als 'Agenten' zu bezeichnen.

Ein Faktum, daß du nicht bestreiten kannst, ist, daß ja nicht 'nur' die Terroristen gejagt werden, sondern diese 'Jagd' zum Vorwand genommen wird, alles Linke zu diffamieren und zu verleumden. Und außerdem gibt deine Erklärung für die Entstehung der RAF noch keine Grundlage für eine politische Einschätzung der jetzigen 'Terroristen' ab, von denen wir ja kaum ein politisches Zeugnis haben. Wo ist aber die Grenze, wo beginnt der bewaffnete Kampf als Selbstzweck?

B. Für mich liegt der Ausgangspunkt der Beantwortung deiner Frage in der Feststellung, daß die RAF eine Form des antikapitalistischen Kampfes ist, wenn auch dieser Kampf falsch geführt wird. Wenn wir diese Frage also wirklich beantworten wollen und nicht auf Distanzierungskurs gehen, heißt es über die RAF hinauszugehen und generell die Frage zu stellen: Nützt falsche Politik dem Gegner?

Auf einer oberflächlichen Ebene kann man diese Frage sicherlich eindeutig bejahen. Aber für Marxisten genügt diese Ebene keineswegs. Zum ersten hat falsche Politik gegen den Klassenfeind unterschiedliche Träger und ebenso unterschiedliche Erscheinungsformen. Es kann sich um eine Organisation oder Partei handeln, die in einer falschen Einschätzung der gesamtgesellschaftlichen Situation, Parolen ausgibt, Kampfformen propagiert, die dem politischen Zustand der gesamten Klasse keineswegs entsprechen. Es kann sich aber auch - und die Geschichte der Arbeiterbewegung liefert ausreichend Beispiele dafür - um Schichten des Proletariats, aber auch des Kleinbürgertums handeln, die auf Grund bestimmter Entwicklungen isoliert nach vorwärts stürmen. Und nicht zuletzt finden wir dieses Faktum auch im Falle einzelner Betriebsbelegschaften, die Kampfformen aufnehmen, die von der 'breiten Masse' der Arbeiterklasse noch nicht als notwendig verstanden werden. Die Entwicklung der Klassengesellschaft verläuft nicht gleichzeitig, bestimmte Schichten radikalisieren sich schneller und konsequenter als andere und dementsprechend werden Organisationen, die sich auf die Arbeiterklasse berufen, dieser Entwicklung ausgesetzt und gezwungen, auf sie zu reagieren. Hier liegt ja, nebenbei bemerkt, einer der Gründe für die Notwendigkeit der bolschewistischen Partei.

Nehmen wir das Beispiel einer isolierten Betriebsbelegschaft, die zur Betriebsbesetzung schreitet und die Arbeiterkontrolle über die Produktion in Angriff nimmt, obwohl das politische Bewußtsein der Gesamtklasse dieser Kampfform nicht entspricht. Was wird passieren? Wenn es nicht gelingt, den Kampf auszuweiten, wird die Gewerkschaftsbürokratie einzelne Arbeiter und Arbeiterinnen (die natürlichen Führer des Kampfes) der Polizei, dem Staatsapparat ausliefern und sie im Verein mit den reformistischen Parteien als 'Provokateure' beschimpfen. Die Gewerkschaftsbürokratie kann diesen Kampf zum Vorwand nehmen, um sämtliche Angehörige der Linken aus den Gewerkschaften auszuschließen, die Kapitalisten können 'glaubhaft' an den verstärkten Ausbau der Betriebspolizei schreiten usw.. Nur ein Verräter wird nun zu dieser Belegschaft sagen: Ihr habt ihnen den Vorwand geliefert, eure Handlungen waren schädlich.

Die Reformisten werden genau dies tun und sie werden dabei nicht wenige Affen aus dem zentristischen Lager finden, die ihnen nachplappern.

Die Entwicklung der Klassenkämpfe kennt doch wirklich genug Beispiele für solche Situationen, wo der legitime Kampf von Schichten der Arbeiterklasse als 'Provokation' bezeichnet wurde. Die 'Juli-Tage' in Petrograd 1917, der Kampf der Arbeiter in Barcelona 1937, die Matrosen von Valparaiso in Chile 1973 usw...

A. ...aber bei deinen Beispielen handelt es sich doch in den meisten Fällen um Arbeiterkämpfe. Da ist doch ein gewaltiger Unterschied zu den Aktionen der RAF.

B. Natürlich besteht ein Unterschied. Aber absolut nicht auf der Ebene des 'dem Klassenfeind nützen'! So kann die Parole des Aufstandes zum falschen Zeitpunkt ausgegeben, zur totalen Zerschmetterung der Arbeiterklasse führen. Fehler in der Politik nützen immer dem Klassenfeind. Diese Feststellung geht aber nun einmal über die Ebene des gesunden Menschenverstandes nicht hinaus und die ist uns einfach zuwenig, das überlassen wir gerne anderen Organisationen, die sich da weit wohler fühlen, wie gerade in den letzten Monaten unschwer zu erkennen war. Die Reformisten benützen dieses Argument stets um den Kampf der Unterdrückten generell zu desorientieren. Mit dem Vorwand des 'langsamen, aber stetigen Vorwärts', wird der Klassenkampf abgewürgt und so die Rettung des Kapitalismus durch die bürgerliche Konterrevolution vorbereitet. Spanien 1936, Chile 1973 sind nur zwei Stationen dieser Politik, die wir heute in Italien und Spanien wieder demonstriert bekommen. Es ist genau die Politik dieser Führungen, die Millionen am Kampf hindern und ihre Vorhut als 'Provokateure' beschimpfen, die eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach rechts einleitet. Die Schüsse einer kleinen Gruppe von Stadtguerillas kann dies nicht im geringsten erreichen. Auf unseren Fall bezogen heißt dies: Die Politik der SPD, ihre Praxis der 'Versöhnung' der Klassengegensätze - was stets Zurückdrängung des Proletariats bedeutet -, ihre Verfolgung der bewußten Arbeiter in den Gewerkschaften, ist die Grundlage der momentanen Rechtsentwicklung in der BRD. Die RAF ist eine Antwort auf diese reformistische Politik.

Zusammenfassend kann man sagen: Kommunisten stehen immer auf der Seite derjenigen, die gegen den Kapitalismus kämpfen, auch dann, wenn sie ihren Kampf mit falschen Mitteln oder zu einem falschen Zeitpunkt aufnehmen. Wir werden natürlich - und das ist ebenso unsere Pflicht - diesen Genossen, egal nun, ob es sich um die RAF handelt oder nicht, sagen, daß ihr Handeln zum falschen Zeitpunkt zu ihrer Isolierung führen muß. Und wir werden versuchen, sie für die Aufgabe des Parteiaufbaus zu gewinnen. Aber - und hier liegt der absolute Trennstrich zu den Reformisten und Zentristen - wenn diese Unterdrückten dennoch zu kämpfen beginnen, stehen wir an ihrer Seite, wobei wir natürlich die Kampfform zu unterscheiden wissen...

A. ...was heißt das konkret?

B. Das heißt konkret, daß wir an Betriebsbesetzungen teilnehmen werden, auch wenn diese isoliert sind, weil es sich um eine Kampfform der Arbeiterklasse handelt. Wir werden uns aber nicht an den Aktionen des individuellen Terrors beteiligen, ohne uns nun hysterisch von der Stadtguerilla zu distanzieren.



SCHMIDT UND BRANDT - VERANTWORTLICHE FÜR DIE REAKTIONÄRE POLITIK DER SPD

Kommt also in der Betriebsbesetzung exemplarisch die Übernahme der Macht durch die Arbeiter zum Ausdruck, so ist dies bei der Erschießung eines Vertreters der herrschenden Klasse nicht unbedingt der Fall. Auf dieser Ebene besteht natürlich ein Unterschied, den wir nicht verwischen dürfen.

Worum es aber heute geht, ist doch die Tatsache, daß angesichts der Politik etwa der spanischen KP, die einen Pakt zur Rettung des Kapitalismus abgeschlossen hat, die 'rosa Marxisten' bedächtig mit dem Kopf nicken und es nicht wagen, dieses Verbrechen zu kritisieren und anzuprangern, während sie hysterisch kreischen, wenn die RAF irgendeine Figur der herrschenden Klasse liquidiert.

Gegenüber den Reformisten aller Schattierungen steht die RAF auf unserer Seite der Barrikade, daß gilt es auch und gerade heute festzuhalten.

A. Kann man überhaupt sagen, daß die RAF zur Arbeiterbewegung gehört? Sie beruft sich doch nicht ausdrücklich auf die Arbeiterklasse, was im Zusammenhang mit der Theorie von der 'Integration'des Proletariats in den imperialistischen Metropolen zu sehen ist. Darüberhinaus steht doch die Frage vor uns, kann man - jetzt einmal von der ursprünglichen RAF auf die heutige II. und III. Generation geschlossen - Aktionen, die ausschließlich in der Liquidierung bestimmter Personen bestehen, als eine Kampfform der Arbeiterbewegung bezeichnen, wobei mir schon klar ist, daß diese Bewegung viele Schattierungen aufweist.

B. Ich glaube, daß einfach die Fragestellung ziemlich 'schief' ist. Zum ersten muß man auf der prinzipiellen Ebene sagen, daß Kommunisten nicht nur Strömungen, oder Einzelpersonen gegen den bürgerlichen Staat verteidigen, wenn sich diese ausdrücklich auf die Arbeiterklasse berufen, sondern auch Angehörige nationaler Befreiungsbewegungen, bzw. solche Bewegungen insgesamt. Dies gilt ebenso für Liberale und Radikal-Demokraten, deren Verfolgung z.B. heute in der BRD ja durchaus keine Seltenheit mehr ist. Die Frage nach der Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung ist also bezüglich der Solidarität und Verteidigung absolut nebensächlich und bringt überhaupt nichts.

Welche Kriterien würdest du angeben, nach denen eine Partei, Organisation zur Arbeiterbewegung zu rechnen ist? Die soziale Zusammensetzung? Ein schlechtes Kriterium, denn dann würdest du vermutlich die SA als Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung bezeichnen müssen. Die Zielsetzung und Ideologie? Auch das allein würde dich in Schwierigkeiten bringen, denn die spanische KP - um dieses eine Beispiel zu verwenden - ist heute in Wort und Tat bemüht den spanischen Kapitalismus zu retten und die Zielsetzung des 'Sozialismus' hat für die praktische Politik dieser Partei keinerlei Bedeutung, wobei, nebenbei bemerkt, auch die SA von einem 'Sozialismus' sprach und trotzdem ein gewaltiger Unterschied zwischen ihr und der spanischen KP besteht. Gilt nun beides zusammen, also soziale Zusammensetzung und Ideologie? Dann allerdings stehen wir vor der Frage, ob die Gruppen der extremen Linken zur Arbeiterbewegung gehören, denn weder in der BRD, noch in Österreich haben sie auch nur einen marginalen Einfluß in der Arbeiterklasse!

Doch wir sind heute auch nicht gezwungen, diese Frage endgültig und absolut zu beantworten. Ich glaube, daß all diese Faktoren und die historische Entstehung und Entwicklung einer bestimmten politischen Strömung zur Beantwortung herangezogen werden müssen. Ein bestimmter Raster, der über all diese Strömungen gelegt werden kann, besteht nicht und ein solcher wäre auch völlig überflüssig.

Auffallend ist jedoch, daß solche Fragestellungen nicht etwa im Falle der spanischen oder italienischen KP hochkommen, sondern gerade bei der RAF. Die spanische KP hatte während der Revolution 36/37 tausende und abertausende Anarchisten und Zentristen ermordet, gefoltert und sie dem Faschismus überlassen. Ich erinnere dich nur an den Mai 1937 in Katalonien und an Orwells Buch darüber. Mit der Volksfront-Politik hat der Stalinismus auch auf der Ebene der Theorie den Klassenstandpunkt aufgegeben und beruft sich auch heute - abgesichert durch die heutige Erscheinungsform der Volksfront-Politik, die 'antimonopolistische Demokratie' - nicht ausdrücklich auf die Arbeiterklasse, sondern auf die 'demokratische Bewegung'. Die Klassenkollaboration in der Tat, äußert sich logischerweise auch in der Theorie. Die Reformisten ge-



GUDRUN ENSSLIN UND ANDREAS BAADER

nerell gehören zur Arbeiterbewegung, obwohl sie seit Jahrzehnten die Arbeiterklasse an den bürgerlichen Staat halten, sie der Konterrevolution ausliefern und die Revolutionäre verfolgen und ermorden! Die RAF liquidiert im Gegensatz dazu, nur Angehörige der herrschenden Klasse. Was soll also solch eine Fragestellung angesichts dieser Fakten? Santiago Carillo ist ein Konterrevolutionär, Andreas Baader war keiner - das ist meine Antwort!

Jetzt noch kurz zu deiner schon einmal angesprochenen Unterscheidung der 'ursprünglichen RAF' und der sogenannten II. und III. Generation der Terroristen. Es liegt in der Logik der Politik der RAF, daß die Genossinnen und Genossen immer weniger in Wort und Schrift nach außen wirken können, daß also die Logistik zwangsläufig die Oberhand gewinnt über die Politik. Die Gruppe muß sich immer besser abschirmen, muß immer konspirativer vorgehen. Logische Folge ist, daß die politische Äußerung in den Hintergrund treten muß, wobei man auch bedenken muß, daß die Erklärungen der Kommandos unterdrückt und verschwiegen werden.

A. Ich muß dich hier unterbrechen, weil ich einfach glaube, daß dieses Problem zu wichtig für die Beurteilung des individuellen Terrors ist, als daß man es so knapp darstellen kann, wie du es machst. Liegt es nicht in der Logik des individuellen Terrors, daß irgendwann der Punkt kommt, wo das Schießen und Geißelnehmen bloßer Selbstzweck wird. Ich erinnere dich hier nur an das Attentat auf dem Flughafen Lod der Japaner. Muß man nicht sagen, daß die Stadtguerilla in den imperialistischen Metropolen, aufgrund ihrer Isolierung sehr rasch degeneriert? Heute muß man doch auch sagen, daß die RAF jede Kritik an ihr als 'Zusammenarbeit mit der Reaktion' disqualifiziert und sogar bereit war, verdächtige Mitläufer, wie den Studenten Schmücker, zu liquidieren. Wir sollten diese Problematik nicht unterschätzen, die doch gerade darin besteht, daß auf Grund der nicht im geringsten adäquaten gesellschaftlichen Bedingungen die Stadtguerilla schnell entpolitisiert wird und gewissermaßen ihrer Kriminalisierung entgegenkommt. Die IKL betont am meisten die Notwendigkeit der Solidarität, aber in euren Aussagen fehlen diese Aspekte völlig.

B. Zu deinem letzten Satz. Wir haben einfach in den letzten Monaten versucht die notwendigen Aussagen zur richtigen Zeit zu treffen. An unserer Kritik am individuellen Terror ändert sich dadurch natürlich nichts.

Aber du hast eine Reihe von tatsächlich problematischen Punkten angeschnitten, die es zu klären gilt. Es ist fürs erste eine Tatsache - die historisch und aktuell mehr als untermauert wird -, daß gerade das konspirative Milieu, ein Nährboden für Provokateure und Spitzel ist. Eben weil die Gruppen der Stadtguerilla nicht einmal engere Verbindungen zur Linken haben können, können gewisse Aktionen und Erklärungen schwer eingeschätzt werden. Das ist ja auch ein Grund, warum diese Politik abgelehnt werden muß - Kommunisten gehen niemals 'freiwillig' in den Untergrund...

A. ...aber der deutsche Staatsschutz erklärt im Gegenteil, daß er nie Spitzel in die RAF einschleusen konnte.

B. Das stimmt schon, aber ich erinnere dich an die Meldungen während der Fußballweltmeisterschaft in der BRD, wo Meldungen lanciert wurden, wonach die RAF die Stadien bombadieren wolle und das Trinkwasser vergiften werde und natürlich an die Meldungen während und nach der Entführung der Lufthansa-Maschine. Diese Meldungen sind ganz offensichtlich bewußte Propaganda des BRD-Verfassungsschutzes, bzw. ähnlicher staatlicher Einrichtungen. Sie sollen den Massen 'beweisen', daß 'wir alle' von der RAF bedroht sind und nicht nur die Körper einiger Bourgeois. Aber die Guerilla ist wehrlos gegen diese Propaganda. Noch wehrloser als die extreme Linke. Also es geht nicht nur um direkte Spitzel und Provokateure.

Aber kommen wir nun zu der Sache mit dem individuellen Terror als Selbstzweck, oder als 'Privatkrieg', wie es einige besonders Schlaue in der Linken bezeichnen. Ich glaube auch, daß diese Gefahren ziemlich groß sind, bloß genügt es mir überhaupt nicht, dieses Faktum zu konstatieren, mich als 'guter Marxist' zu fühlen, der seine 'Aufgabe' erledigt hat. Wir müssen uns doch fragen, um bei deinem konkreten Beispiel zu bleiben, warum reagieren die Genossen so falsch auf Kritik? Wenn bei der Beantwortung dieser Frage nicht die Politik und die Aussagen weiter Teile der Linken berücksichtigt werden, so ist diese Antwort mehr als ungenügend. Die Genossen der Stadtguerilla operieren unter den schwierigsten Bedingungen, die Gefangenen werden - nicht erst seit Stammheim, ich erinnere nur an die Genossin Hammerschmidt, die man einfach an einem Tumor krepieren ließ - systematisch gefoltert und schließlich liquidiert. Sie erleben die zynische Komödie des bürgerlichen Schnellgerichts, das einzig der raschen Vernichtung wegen eingesetzt wird. D.h., was sie bitter nötig hätten, ist die - wenn auch kritische - Solidarität der Linken, die zumindest ihre Gefangenen unterstützen müßte, d.h. neben der Forderung nach deren Freilassung, verhindern müßte - und dazu gibt es heute die Möglichkeit -, daß diese gefoltert und getötet werden. Aber stattdessen erleben sie (und auch wir) heute das entwürdigende Schauspiel der Distanzierung. Im Augenblick der Morde von Stammheim und Stadlheim, kommen die 'wissenschaftlichen' Kritiker und belehren uns über 'Marxismus oder Terrorismus' und wenn es darum geht, Aktionen im Zusammenhang mit der Solidarität mit den politischen Gefangenen zu setzen, werden von diesen 'Kritikern' die 'Massen' herangezogen - zu denen diese Leute ohnehin nicht den geringsten Kontakt haben - die 'das nicht verstehen'. Wenn man in den letzten Monaten und Wochen manche Zeitung der Linken las, bzw. Vertreter diverser Gruppierungen hörte, hätte man glauben können - wenn man die realen Verhältnisse nicht kennen würde -, daß es sich um Massenparteien handelt, die sich große Sorgen um ihren 'Masseneinfluß' machen müssen. Dieses kindische Spektakel hat natürlich nur den Sinn, den eigenen Opportunismus mit 'marxistischen Argumenten' abzudecken. Im Großen und Ganzen verhält sich der größte Teil der Linken zur Guerilla nach dem Motto: Selber schuld! Und genau das ist der Grund, für Aussagen und Reaktionen der Guerilla, der Gefangenen, die isoliert betrachtet sicherlich falsch sind, aber im Zusammenhang schon verständlich werden. Die Folgen der Politik dieser Teile der Linken gegenüber der RAF - das geht ja soweit, daß man den Genossen zum Teil sogar den politischen Anspruch abspricht - wirken sich auf zwei Ebenen aus. Einerseits sieht die noch in Freiheit agierende Guerilla keine andere Möglichkeit mehr, etwas für ihre Gefangenen zu tun, als weitere Geißelnahmen usw., und andererseits geht in dieser ganzen Rechtsentwicklung ein kleiner Teil nach links - was wir

an sich natürlich begrüßen und unterstützen - der aber anfällig dafür ist, den Schluß zu ziehen, daß man eben nichts anderes machen könne, als die Politik der RAF. Diese Entwicklung ist ja ein konsequenter Ausdruck einer Rechtsentwicklung, vor der ein Teil der Linken - und durchaus nicht der schlechteste Teil - resigniert und verzweifelt zur 'Aktion' schreitet...

A. ...Machst du es dir nicht doch ein bißchen zu einfach, wenn du die ganze Verantwortung auf die Organisationen schiebst? Schließlich wollen alle diese Organisationen - unabhängig nun von ihren politischen Standpunkten - eine Verankerung in der Arbeiterklasse erreichen, d.h. das Bewußtsein der Arbeiter ist ein Faktor, den sie berücksichtigen müssen. Die RAF hat diesen Faktor ignoriert, die Folgen davon sind nicht zu übersehen.

B. Wir sagen ja nicht, daß die Linke nun sämtliche Aktivitäten in der Arbeiterklasse einstellen soll und nur mehr zur RAF reden, schreiben und handeln soll, wir tun dies auch nicht. Aber wenn du überlegst - die Linke außerhalb der DKP, kann in der BRD sicherlich mehr als 2o.ooo Menschen mobilisieren. Wenn diese 2o.ooo nun zu Stammheim in nationalen Kampagnen demonstriert hätten, wenn ein nationales Abwehrbündnis geschaffen worden wäre, hätte einiges anders verlaufen können. Natürlich, die wesentliche Verantwortung liegt bei der Sozialdemokratie, aber deren Verrat und konterrevolutionäre Politik war der Guerilla schon klar, sie mußte aber erst die sicherlich schmerzliche Erfahrung machen, daß etwa das 'Sozialistische Büro' letztlich die Politik der SPD von 'links' abdeckt. Und noch ein Wort zur extremen Linken. Auch in Österreich könnte diese sicherlich 2ooo für Anti-Repressionsdemonstrationen (auf nationaler Ebene) mobilisieren. Aber glaubst du wirklich, daß es ein Zufall ist, daß etwa die GRM zu Kundgebungen, für die sie selbst mit aufgerufen hat, nur 5-6 Mitglieder schickt? Repression in Österreich? Nie gehört!

Aber ich wollte eigentlich noch etwas zu den vorhin aufgeworfenen Fragen sagen. Es gehört zur Problematik des individuellen Terrors - und diese Probleme sind nicht neu, ich möchte hier nur an Serges Ausführungen erinnern, etwa wo er den Fall eines russischen Terroristen erzählt, der von der Polizei verfolgt, sich in ein Hotelzimmer einschließt und auf die Polizisten wartet, um noch möglichst viele von ihnen 'mitzunehmen' - daß eine Demoralisierung und Verzweiflung der Kämpfer, vor allem dann auftritt, wenn sie isoliert sind. Dies kann in Aktionen münden, die nicht mehr antikapitalistischen Charakter tragen und wo die Grenze zur Provokation nur mehr sehr schwer gezogen werden kann. Genau in diesem Zusammenhang, muß die Lod-Aktion der Japaner gesehen werden. Ich würde jedenfalls - anders als bei der Aktion der Palästinenser in München - diese Aktion nicht als antiimperialistische bezeichnen, weil sie ja nicht gezielt gegen Einrichtungen, bzw. Personen gerichtet war.

Aber im Falle der RAF, des '2. Juni' usw. besteht dieses Problem ja nicht. Die Aktionen dieser Genossen richten sich immer gegen Einrichtungen und Personen, die Faktor der imperialistischen Unterdrückung sind und wir sollten nicht über mögliche Entwicklungen rätseln, bevor sie eingetroffen sind. Zum Schluß noch einiges zu deinen 'Unterscheidungen' zwischen der RAF der 'ersten Stunde' und der sogenannten II. und III. Generation. Vermutlich war Ulrike Meinhofs theoretisches Wissen fundierter als das des Genossen Wackernagel. Aber ein gewisser unüberlegter Zynismus kommt bei deinen 'Überlegungen' schon zum Ausdruck. Wenn das theoretische Wissen eines Kämpfers gegen den Kapitalismus ausschlaggebend für seine Verteidigung ist, dann hätten wir bei der Verteidigung eines unlängst in Wien verurteilten 'Antifaschisten' erst gar nicht reagieren dürfen. Aber überlege. Wie kam etwa Wackernagel zur Guerilla? Ich kenne nicht jede einzelne Station seiner politischen Entwicklung. Als Gehilfe von Croissant sah er ständig die Farce des Prozesses in Stammheim, wo die Klassenjustiz schnell all ihre geheiligten Gesetze ändern läßt, nur um die RAF-Mitglieder so rasch es geht, für ewig hinter den Mauern verschwinden zu lassen. Nicht nur Wackernagel - der damals vielleicht schon der Guerilla nahestand -, machte diese Erfahrung. Dieses Phänomen kannst du auch bei vielen Anwälten beobachten, die oft ursprünglich recht biedere Advokaten waren, aber hier bei den Schauprozessen gegen die RAF am deutlichsten den Klassencharakter der Justiz begriffen. Der Übergang vom Demokraten - in der wirklichen Bedeutung des Wortes - zum individuellen Terror ist oft kürzer, als der vom Marxismus zu dieser Politik.

A. Wenn wir die letzten Ereignisse zusammenfassen, dann stimmen wir ja sicherlich darin überein, daß es der Bourgeoisie vor allem darum geht, mittels ihres Propagandaapparates den Massen einzureden, daß der individuelle Terror 'uns alle' angeht, also nicht nur einige Dutzend hervorragender Persönlichkeiten der herrschenden Klasse. Nun ist das bei den Fällen Buback, Ponto und auch Schleyer schwer gewesen, einfach weil neben den eigentlichen Zielen der Anschläge, nur Polizisten und Chauffeure liquidiert wurden. Jeder Arbeiter konnte sich also ausrechnen, daß er nicht Ziel eines derartigen Anschlages sein würde. Und tatsächlich konnte ja man auch bei einem Teil der Arbeiter und Angestellten eine gewisse Schadenfreude, daß es 'denen da oben' an den Kragen geht, beobachten.

Völlig verändert wurde die Situation aber durch die Entführung der Lufthansa-Maschine. Denn nun war ja das Argument der 'allgemeinen Betroffenheit' gar nicht so falsch, denn es handelte sich um eine Chartermaschine, die aus Mallorca kam. Und tausende Arbeiter machen heute Urlaub auf Mallorca. Ich glaube also, daß wir diese Flugzeugentführung als politisches Mittel generell ablehnen müssen, weil sie es leicht ermöglichte - daß gilt meiner Meinung nach, für alle Flugzeugentführungen -, eine falsche Einheit zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse herzustellen, die fatale politische Konsequenzen hat. Und wenn man den Meldungen glauben darf, dann hat sich Andreas Baader von der Flugzeugentführung distanziert.

B. Schön. So gesehen kann ich dir sogar zustimmen. Bloß genügt mir diese einfache Aneinanderreihung von Tatsachen nicht. Sicherlich wirkte in diesem Falle die Argumentation der bürgerlichen Propagandamaschine viel tiefer, als bei der Entführung Schleyers allein. Und verständlich ist es auch, daß kein Arbeiter oder Angestellter, der seinen kurzen Urlaub auf Mallorca verbracht hat, einen 'Umweg' dieser Art machen will. Aber was ist damit schon erklärt? Um die Lufthansa-Aktion erklären zu können, müssen wir doch zuerst grundsätzlich klären, wie wir als Marxisten zu Flugzeugentführungen - also auch anderen Geißelnahmen - als politischem Kampfmittel stehen.

Diese Art von Aktionen ging von den Palästinensern aus, also von einer unterdrückten Nation, deren radikalste Angehörige dieses Mittel anwandten, weil sie keine internationale Unterstützung in ihrem Kampf erhielten. Die jungen Palästinenser aus den Lagern, die dem ständigen Bombardement der israelischen Armee ausgesetzt waren und unter den furchtbarsten Bedingungen aufwuchsen, erkannten, daß sie zwar Waffen bekamen, aber im Wesentlichen in ihrem Befreiungskampf allein blieben. Sie sind ein Volk, welches in die Wüste getrieben worden war und nun sowohl für den Imperialismus, als auch für die arabische Reaktion einen Faktor der ständigen Unruhe darstellten. Die Anwendung des Kampfmittels der Flugzeugentführung muß also von dieser Situation ausgehend, als Verzweiflungsaktion von Kämpfern gesehen werden, die im offenen militärischen Kampf der zionistischen Armee unterlegen sind an Zahl, Ausbildung und Feuerkraft.

Für Marxisten heißt es in erster Linie, den Kampf einer unterdrückten Nation zu unterstützen, auch dann, wenn in diesem Kampf von Seiten dieser unterdrückten Nation Kampfmittel angewendet werden, die wir 'an sich' ablehnen. Es wäre doch wirklich nichts anderes als blanker imperialistischer Chauvinismus, wenn Marxisten aus den imperialistischen Metropolen, den palästinensischen Befreiungskämpfern mit erhobenem Zeigefinger erklären, wie sie kämpfen dürfen, welches Kampfmittel legitim ist usw.. Diesen imperialistischen Chauvinismus innerhalb der Arbeiterbewegung gibt es natürlich und er ist auch die Ursache für die verzerrte Form des Marxismus der nationalen Befreiungsbewegungen. Die Frage, die vor uns steht, lautet also gar nicht: Bist du für oder gegen Flugzeugentführungen? In erster Linie unterstützen Kommunisten den Kampf der unterdrückten Nation, unabhängig davon, welche Formen er annimmt! Die Verantwortung für fehlgeleitete Kampfformen - und da betreten wir ein Gebiet, welches weit über unser eigentliches Thema hinausgeht - liegt immer bei den Arbeitern der unterdrückenden Nation, bei den Arbeitern in den imperialistischen Metropolen. Das gilt doch auch für den Nationalismus, bzw. Chauvinismus der unterdrückten Nation - Lenin hat schon genügend auf diesen Faktor hingewiesen.

A. Zwei Punkte, auf die ich jetzt hinweisen möchte. Zum ersten ist es doch so, daß in den entführten Flugzeugen, selbst Unterdrückte sitzen, also nicht nur Angehörige der herrschenden Klasse. Also wieder der Faktor der gemeinsamen Verbundenheit, die zwischen Angehörigen aller Klassen zwangsläufig hergestellt wird. Und außerdem sind es ja nun wirklich nicht die Arbeiter und Angestellten Europas, oder der USA, welche die Palästinenser unterdrücken. Hier richtet sich der Kampf völlig undifferenziert auch gegen völlig Unbeteiligte. Auffallend ist aber zum zweiten, daß doch gerade die Trotzkisten immer auch die nationalen Befreiungsbewegungen politisch kritisieren, z.B. die MPLA in Angola und auch die PLO und auf das trotzkistische Konzept der Permanenten Revolution hinweisen, welches einzig zur Befreiung führen kann. Du verzichtest jetzt aber völlig auf diese Kritik.

B. Zum ersten Punkt. Natürlich sind die Arbeiter Europas nicht offener Unterdrückungsfaktor gegenüber den Palästinensern. Völlig anders ist es aber schon bei der israelischen Arbeiterklasse. Es hätte nun überhaupt nichts mit marxistischer Orthodoxie zu tun, zu sagen, daß das ja 'Arbeiter sind und demnach Angehörige der einzig fortschrittlichen Klasse'. Die israelische Arbeiterklasse hat sich als Faktor der Konterrevolution, als Faktor der Unterdrückung gegenüber den Palästinensern und den arabischen Massen erwiesen. Die Schuld an der Entwicklung im Nahen Osten, an der Stärke des Nationalismus bei den unterdrückten arabischen Massen, liegt vor allem bei ihr, weil es gerade die Aufgabe der Arbeiterklasse einer imperialistischen Nation ist, gegen den Chauvinismus im eigenen Land zu kämpfen. Ich kann wieder nur auf den guten alten Lenin hinweisen.

Aber jetzt zu den europäischen Arbeitern. Wenn wir die leninistische Politik bezüglich des Verhältnisses zwischen Angehörigen unterdrückender und unterdrückter Nationen anerkennen - und es gibt bis heute nichts 'besseres' - so müssen wir doch zuerst feststellen, daß die Palästinenser in ihrem Kampf nicht die geringste Unterstützung der europäischen Arbeiterbewegung erhalten haben. Wenn du also nun zu einem Kämpfer aus den Lagern sagst:'In den Flugzeugen sitzen doch auch Arbeiter, also selbst Unterdrückte', dann wird er vermutlich antworten: 'Was haben sie, die mehr Möglichkeiten haben als wir, zu unserer Unterstützung praktisch getan?'. Der 'theoretische' Faktor ist für den Kämpfer völlig zu recht, erst einmal unbedeutend. Er hat praktisch die Erfahrung gemacht, daß die Arbeiterbewegung Europas, mit Millionen Mitgliedern und starken Organisationen, nichts aber auch gar nichts zu seiner Unterstützung getan hat, im Gegenteil - der größte Teil unterstützt Israel. Und das zählt für ihn. Daß in den Flugzeugen auch Angehörige der 'einzigen historisch fortschrittlichen Klasse' sitzen können, ist für seinen Kampf um das Recht auf Existenz von geringer Bedeutung. Diese Fortschrittlichkeit muß sich ja in der Praxis erweisen und auswirken. Und so gesehen ist auch die Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen indirekter Faktor der Unterdrückung, indem sie seit Jahrzehnten die Knechtung der Nationen der sogenannten 3. Welt hinnimmt. Hier muß also die'Gemeinsamkeit' zwischen Bourgeois und Arbeiter nicht erst hergestellt werden, sondern sie besteht bereits in der Praxis. Daß sie objektiv nicht gegeben ist und die Kenntnis, welche Ursachen dieser Zustand hat,sowie die Gewißheit, daß sich dieser Zustand ändern wird und ändern muß - all dies ist uns als Marxisten klar. Aber die palästinensischen Kämpfer kommen eben nicht aus Schulungsseminaren, sondern aus den Lagern.

Der europäische Arbeiter hätte auf Grund seiner objektiven Situation die Aufgabe, den Befreiungskampf der unterdrückten Nation mit allen Mitteln zu unterstützen. Die mindeste Aufgabe dabei wäre es, den Chauvinismus im eigenen Land zu bekämpfen, die höchste dieser Aufgaben besteht in der Revolution gegen die imperialistische Bourgeoisie.

Faktum ist einmal, daß weder das eine, noch das andere erfüllt wird. Wir als Kommunisten kennen die Gründe dafür, aber es wäre fatal, mehr noch, es wäre Verrat, die Anerkennung der marxistischen Theorie zur Grundlage der Unterstützung des Kampfes der unterdrückten Nationen zu machen.

A. Heißt das nun, daß du Flugzeugentführungen politisch unterstützen würdest?

B. Ich unterstütze den Kampf der Unterdrückten, auch wenn sie zu Kampfformen greifen, die wir an sich ablehnen. Das Problem besteht doch nicht nur im Falle von Flugzeugentführungen. Die Unterdrückung von Nationen hat doch auch oft einen



DIE ENTFÜHRTE LUFTHANSA-MASCHINE IN MOGADISCHU

völlig undifferenzierten Fremdenhaß zur Folge, der dann im Kampf Auswirkungen hat, die auch zur Tötung unbeteiligter Menschen führen können. Nehmen wir das südliche Afrika als Beispiel. Würdest du dich wundern, wenn der Tag kommt, an dem die Schwarzen alles Weiße ausrotten? Auch Frauen und Kinder? Wenn du mich fragen würdest, ob ich für die Tötung von Kindern bin, kann ich dies schon jetzt verneinen. Aber ich würde auch in diesem Falle den Kampf unterstützen und mich solidarisch mit ihm erklären. Das steht an erster Stelle! Und genau das gilt eben auch für Flugzeugentführungen.

Es war ja kein Zufall, daß die Lufthansa-Maschine von Palästinensern entführt wurde, die damit ihre Solidarität mit der RAF dokumentierten. Hier kann man auch - nebenbei bemerkt - feststellen, daß die RAF zwar im Imperialismus weitestgehend isoliert ist, nicht aber bei den unterdrückten Nationen. Hier sei nur daran erinnert, daß in Hanoi die Bilder von Meinhof und Baader öffentlich gezeigt wurden, als die RAF den Computer sprengte, der die Bombereinsätze gegen Nord-Vietnam steuerte. Also bei den Palästinensern, in Libyen, Algerien, Irak usw. kann sich die RAF sicherlich auf eine relativ breite Solidarität und Unterstützung stützen.

Aber noch ein Wort zu den leidigen Flugzeugentführungen. Wir würden schon einen Unterschied machen zwischen Entführern aus imperialistischen Ländern und solchen aus unterdrückten Nationen. Im ersten Fall kann man all die Faktoren, aufgrund derer die Marxisten den Befreiungskampf unterstützen, nicht als gegeben ansehen. Die Guerilla in den imperialistischen Metropolen ist nicht Teil einer unterdrückten Nation.

A. Das erscheint mir aber ziemlich schematisch. Du sprichst einerseits von den Flugzeugentführungen im Zusammenhang mit Verzweiflungsaktionen, würdest aber andererseits den Entführern, soferne sie der RAF angehören, die Solidarität verweigern, obwohl doch auch hier die Verzweiflung und Isoliertheit Grundlage einer solchen Aktion sind. Die Grundlagen sind also in beiden Fällen sehr ähnlich.

B. Der Faktor der Verzweiflung ist natürlich gleich, aber er ist ja nicht der einzige, den es zu berücksichtigen gilt. Es geht auch nicht darum, daß wir die Ursachen solcher Aktionen nicht verstehen. Aber aus dem Verstehen, folgt nicht automatisch die politische Solidarität. Ein wesentlicher Faktor ist eben auch, daß die politische Ausgangslage der RAF-Guerilla und der Palästinenser, tatsächlich eine unterschiedliche ist, wenn auch nicht unbedingt in deren Bewußtsein, so doch objektiv. Die Solidarität mit den Palästinensern, bzw. mit anderen nationalen Befreiungsbewegungen, ist keine moralische, oder anders augedrückt, die moralische Unterstützung dieses Kampfes ist ja Ausdruck bestimmter politischer Faktoren. So wäre eben die Errichtung eines palästinensischen Staates - die nur durch eine Zertrümmerung Israels erreicht werden kann - ein Fortschritt,insoferne durch diesen Sieg der Imperialismus und die arabische Reaktion geschwächt werden würden, die Bedingungen für die arabische sozialistische Revolution sich generell verbessern würden usw.. Und schließlich kann dieser Kampf nur erfolgreich sein, wenn er mit sozialen Umwälzungen verbunden ist.

Anders bei der Stadtguerilla in den imperialistischen Metropolen, wo wohl klar ersichtlich ist, daß diese Faktoren nicht gelten, keine objektive Grundlage haben. Für sie gilt demnach, daß Kommunisten mit ihr auf einer natürlich kritischen Basis solidarisch sein müssen, soferne ihre Kämpfe und Aktionen ausschließlich gegen Einrichtungen, bzw. Personen gerichtet sind, die für den Kapitalismus stehen. Diesen Unterschied gilt es nicht zu verwischen.

A. Das Problem bleibt dennoch: Gerade Trotzkisten üben doch oft Kritik an nationalen Befreiungsbewegungen, was von anderen Teilen der Linken als Schulmeisterei abgelehnt wird. Bei dir spielt diese Kritik keinerlei Rolle. Wäre es nicht gerade

nötig, auch die Palästinenser zu kritisieren, um zu erreichen, daß ihre Politik und ihre Aktionen sich ausschließlich gegen ihre offenen Unterdrücker richten.

B. Wir müssen, ob wir wollen oder nicht, von der Realität ausgehen. Wenn wir politischen Einfluß auf die Befreiungsbewegungen gewinnen und die Genossen uns um Rat fragen, werden wir ihnen von solchen Aktionen, wie Flugzeugentführungen abraten. Außerdem würde ich schon sagen, daß es ein wesentlicher Unterschied ist, ob eine solche Bewegung, wie z.B. die MPLA in Angola gegen streikende Arbeiter militärisch vorgeht, oder ob ein Flugzeug entführt wird, um Gefangene zu befreien. Aber zurück. Die Frage lautet doch: Wie gewinnen wir Einfluß auf die Angehörigen der nationalen Befreiungsbewegungen? Meiner Ansicht nach, auf keinen Fall dann, wenn wir als Marxisten von der relativ 'friedlichen' Bühne hierzulande, die Kämpfer belehren, was sie tun dürfen und was nicht! Das hat mit der Konzeption der Permanenten Revolution nicht das geringste zu tun. Das wäre vielmehr das, was Kommunisten imperialistisches Bewußtsein innerhalb der Arbeiterbewegung nennen. Ich glaube zwei Voraussetzungen sind für die Gewinnung des politischen Vertrauens der unterdrückten Nationen gegeben. Erstens die absolute Unterstützung ihres Kampfes und die praktische Solidarität mit ihnen. Zweitens, der Kampf gegen den Chauvinismus im eigenenLand, auch und gerade gegen den der reformistischen Arbeiterbewegung. Erst wenn diese zwei Voraussetzungen erfüllt sind, können wir mit unseren politischen Vorstellungen Einfluß und Gehör finden. Das ist unser Herangehen. Natürlich bleibt das Konzept der Permanenten Revolution für uns gültig und natürlich werden wir Kritik an den nationalen Befreiungsbewegungen üben, wenn es notwendig ist. Politische Kritik und Solidarität schließen einander keineswegs aus.

A. Wir sind jetzt von der RAF weggekommen. Ich glaube, es ist notwendig, auf einen Punkt zu kommen, der dir vielleicht nicht ganz angenehm ist. Ich meine die Fragen der politischen Moral und der 'Schuld der Arbeiterklasse', die im Zusammenhang mit Stammheim von der IKL oft und oft betont wurden. Ich glaube, daß die Kritik der GRM und der SOAK an euch hier richtig ist. Die IKL hat - ich erinnere dich nur an das 'Selbstmord'-Flugblatt - meistens die wissenschaftliche Analyse der RAF-Politik und die Kritik an ihr hintangestellt zugunsten einer moralischen Unterstützung. Wenn dabei noch die Rede ist von einer 'historischen Schuld der Arbeiterklasse', dann hat die GRM doch recht, wenn sie euch vorwirft, daß das an eine 'Arbeiterbeschimpfung' grenzt.

Können die Ereignisse in Stammheim für Marxisten Grund sein, die Kritik an der RAF einzustellen?

B. Der letzte Punkt bei dir, den ich doch als Vorwurf verstehen kann, ist nicht ganz berechtigt. Außerdem geht es nicht darum, was uns als Organisation angenehm ist, oder nicht. Wir haben die politische Kritik an der RAF jedenfalls zu keinem Zeitpunkt verschwiegen und was jene Organisationen anbelangt, die uns dies vorwerfen, so kenne ich keine einigermaßen umfassende Kritik an der RAF von der SOAK und von der GRM haben wir einen Artikel, den wir als Kritik gelten lassen können, der aber nicht im geringsten - sowohl dem Umfang, als auch dem politischen Inhalt nach - an den von uns veröffentlichten Texten herankommt...

A. ...aber in diesem Falle handelte es sich doch vor allem um Texte des Spartacusbundes...

B. ...na und? Wir werden mit dieser Organisation fusionieren und haben in dieser Frage nicht den Schatten einer Differenz feststellen können. Es wäre doch ausgesprochen blödsinnig, nun einen eigenen Text zu schreiben. Wir werfen doch der GRM auch nicht vor,daß sie zum 'Euro-Kommunismus' den Text von Mandel veröffentlicht hat. Ein solcher Vorwurf wäre auch mehr als kindisch! Also allein von den Fakten her ist dieser Vorwurf nicht berechtigt.

Aber es ist wichtig festzustellen, daß wir der Ansicht sind, daß die richtigen Worte zum richtigen Zeitpunkt gesagt werden müssen. Und gerade die Ereignisse der letzten Monate, mit den Morden in Stammheim und Stadlheim, sowie der systematischen Vorbereitung weiterer Morde im Mittelpunkt verlangten eben nicht nach einer Kritik an der RAF, sondern nach der politischen Solidarität mit den Gefangenen. Wer angesichts der Morde langweilige Tiraden über 'Arbeiterbewegung und Gewalt' und Mitleid mit den erschossenen Polizisten in den Vordergrund stellt, der dokumentiert damit nichts anderes als sein Zurückweichen.

Aber jetzt zu den Fragen der politischen Moral und der 'historischen Schuld der Arbeiterklasse'. Die GRM hat sich ja ins Fettnäpfchen gesetzt, als sie letztere Formulierung als 'Arbeiterbeschimpfung' bezeichnete. Hier wurde der unwissende,tollpatschige Zentrismus etwas vorlaut und begab sich auf ein Gebiet, wo er eine Figur abgibt, wie der selige Affe auf dem Eis. Vielleicht war der Begriff 'historisch' in diesem konkreten Zusammenhang nicht angebracht, aber darum geht es überhaupt nicht. Der Begriff selbst ist, nebenbei bemerkt, absolut nicht neu für den Marxismus, sondern wurde u.a. auch von Trotzki verwendet. Klar müßte eigentlich sein, daß die Verwendung dieses Begriffes natürlich nicht eine Beschimpfung der Arbeiter darstellt - es ist doch auch die Rede von der Schuld der Klasse! Ebensowenig hat dieser Begriff mit einer beleidigten Geste zu tun, mit der wir uns nun von der Arbeiterklasse abwenden, weil sie ihre 'Reinheit' verloren hat. Als ich die 'Kritik' der GRM las, war ich zuerst einmal fassungslos. Man soll politische Differenzen nicht verschweigen und wir haben auch nichts gegen Polemik. Aber hier war einfach nichts von Kritik und Polemik zu merken. Hier war nur mehr die Ignoranz des Unwissenden. Versuchen wir zu klären, was gemeint war.

Marxisten berufen sich nicht auf die Arbeiterklasse, weil diese 'rein', bzw. 'schön' ist, sondern weil sie einfach die Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß diese Klasse als einzige in der Lage ist, diese Gesellschaftsordnung zu zerstören und eine neue an ihre Stelle zu setzen. Es wäre vermutlich vieles einfacher, wenn etwa die Intellektuellen dazu in der Lage wären, aber es ist eben nicht so. Die meisten dieser Typen, fallen dadurch auf, daß sie laufend über ihre eigenen Beine stolpern. Aus dieser Zurkenntnisnahme der Realität folgt nun keineswegs eine Anbetung der Arbeiterklasse. Der Marxismus kennt den Faktor der Verantwortung und Schuld der Führung der Arbeiterklasse, die das Vertrauen, welches die Arbeiter in sie setzen, dazu benützen, um den Kapitalismus am Leben zu halten. Aber es ist ausgesprochen dilletantisch, diesen Faktor ungebührlich zu überziehen. Die Politik der Führung hat natürlich auch ganz konkrete Auswirkungen auf die gesamte Klasse. Das soll

heißen, auf das Bewußtsein der Klasse. Als ob gerade wir in Österreich nicht täglich ein Lied davon zu singen wüßten. Die naive Verwendung des Faktors von der Schuld der Führung, sehen wir ja nicht umsonst bei Leuten, die ihr Leben noch keinen wirklichen Kontakt mit der Arbeiterklasse hatten. Zwei Beispiele sollen verdeutlichen, was mit historischer Schuld der Arbeiterklasse gemeint ist.

Die deutsche Arbeiterklasse marschierte zweimal gegen den Arbeiterstaat UdSSR. Wenn du die Schriften der deutschen Kommunisten 1918/19 liest, wirst du die Betroffenheit feststellen können, angesichts der Tatsache, daß die bestorganisierteste Arbeiterklasse der Welt, sich nun nicht geweigert hatte - nachdem sie schon vorher in den Krieg gestürmt war -, nun auch gegen die junge Sowjetmacht bewaffnet vorzugehen. Obwohl natürlich Widerstand vorhanden war und schließlich auch der Zusammenbruch der deutschen Offensive kam, hatte doch allein das Faktum dieser Offensive eine einschneidende Auswirkung auf das Bewußtsein der Klasse. 1941 dann marschierte die deutsche Arbeiterklasse wieder gegen Osten und zerstörte ganze Landstriche der UdSSR...

A. ...aber schließlich gab es doch auch Widerstand. Ich glaube du gehst zu weit, wenn du die hunderttausenden Sozialdemokraten und Kommunisten in den Lagern und im Widerstand einfach ausklammerst. Gerade Trotzki hat doch völlig richtig die Verantwortung der SPD und der KPD für die deutsche Katastrophe herausgestrichen.

B. Aber es geht doch nun nicht um die Verantwortung der Führungen dieser Parteien, sondern um die Auswirkungen der Politik dieser Führungen auf den Zustand der Klasse. Auch die Arbeiter in den Lagern will ich nicht verschweigen, aber es wäre töricht zu übersehen, daß auch hunderttausende Arbeiter, die Jahre und Jahre vor 1933 SPD und KPD gewählt hatten, unter denjenigen waren, die die Sowjetunion verwüsteten. Daß gerade die Sowjetbürokratie die Schuld an dieser Entwicklung hatte, ist mir schon klar. Aber wir sollten uns davor hüten, ideologische Scheuklappen aufzusetzen, die uns den Blick für die Realität verschließen.

Was ich sagen wollte war einfach daß diese Fakten - eben der zweimalige Einmarsch der deutschen Arbeiter - ganz konkrete Auswirkungen auf den politischen Zustand der Klasse, auf das Bewußtsein dieser Klasse hatten. Das gilt natürlich nicht nur für die deutsche Arbeiterklasse, sondern generell für alle imperialistischen Länder. Als krassestes Beispiel dafür, würde ich die israelischen Arbeiter nennen, die aktiv an der Unterdrückung der Palästinenser beteiligt sind. D.h. es ist ein Unterschied, ob eine Arbeiterklasse im Kampf geschlagen wird, durch die Schuld ihrer Führung, oder ob diese Klasse aktiver Faktor der Unterdrückung wird, natürlich auch durch die Schuld ihrer Führung. Ein in den Folgen ganz konkreter Unterschied besteht doch auch darin, ob eine Klasse im Kampf geschlagen wird, oder - wie im Falle der deutschen Arbeiter 1933 - ohne größeren Widerstand atomisiert wird. Die Folgen solcher einschneidenden Ereignisse in der Entwicklung einer Arbeiterklasse zu leugnen, ist einfach unsinnig. Die Wunden, die eine Arbeiterklasse zugefügt bekommt, oder die sie selbst schlägt, bleiben im Bewußtsein dieser Klasse bestehen, auch wenn die Narben verheilt sind und haben ganz konkrete politische Auswirkungen. So und nur so ist der Begriff der 'historischen Schuld' zu verstehen!

A. Auf welcher Ebene liegen nun die praktischen Auswirkungen? Folgt für dich nun, daß die deutsche Arbeiterklasse - oder die eines anderen imperialistischen Landes - für die sozialistische Revolution verloren ist?

B. Es gibt keinen Grund dies anzunehmen, also tue ich es nicht. Die praktischen Folgen liegen generell gesprochen darin, daß die Bedingungen für die sozialistische Revolution erschwert werden. Eine Arbeiterklasse, die nicht bereit ist, die unterdrückten Massen der sogenannten 3. Welt zu unterstützen, wird auch sich selbst nicht befreien können. Sozialistische Revolution bedeutet eben mehr als Kampf für mehr Lohn, womit ich nicht die Bedeutung des Lohnkampfes herabsetzen möchte. Wir haben aber einfach zur Kenntnis zu nehmen, daß große Teile der Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen sehr beeinflußt sind vom imperialistischen Chauvinismus. Wir haben uns nicht damit abzufinden - genau dies haben die Stalinisten getan, die diesen Chauvinismus noch fördern -, aber erst wenn wir frei von Illusionen sind, werden wir diesen Zustand ändern können. Blinde Hühner werden sich damit zufrieden geben zu erklären, an der Tatsache, daß der internationalistische Marxismus ein so geringer Faktor heute im Imperialismus ist, seien eben die reformistischen Führungen schuld.

A. Wir haben jetzt aber allenfalls eine Erklärung der 'historischen Schuld der Arbeiterklasse', im Falle der Niederschlagung einer Revolution, bzw. der Unterdrückung einer unterdrückten Nation. Beides kann aber für die Ereignisse in Stammheim nicht herangezogen werden. Du bist doch auch der Ansicht, daß die Politik und die Aktionen der RAF unweigerlich zu einer Isolierung von der Arbeiterklasse führen. Wo liegt also hier die 'Schuld der Arbeiterklasse'?

B. Stammheim ist 'nur' die Spitze eines Eisberges. Die BRD ist heute ohne Zweifel ein Polizeistaat und genau hier kann dieser Begriff Verwendung finden, wenngleich schon klar ist, daß seine alleinige Verwendung noch nichts erklärt. Aber schließlich und endlich müssen Marxisten damit fertig werden, daß heute in der BRD die gesamte Linke zerschmettert werden könnte, ohne daß die Arbeiterklasse sich entscheidend zur Wehr setzen würde, denn es würde sich ja vor allem um einen Angriff auf ihre Rechte handeln. An der Liquidierung der Gefangenen in Stammheim und Stadlheim zeigte sich, wie weit heute der Polizeistaat schon gehen kann, ohne mit einer heftigen Gegenwehr rechnen zu müssen. Das alles hat längst den Rahmen RAF/Polizeiapparat überschritten. Wenn es dennoch Genossen gibt, die von einem 'Privatkrieg' der RAF sprechen, dann muß ich dich an die vorhin erwähnten blinden Hühner erinnern.

Die Verwendung dieser Kategorie im richtigen Zusammenhang, bedeutet also nichts anderes, als festzustellen, daß sich die Bedingungen für eine radikale gesellschaftliche Veränderung verschlechtern. Die Grundlagen für diese Veränderung bleiben wohl bestehen, aber wenn die Entwicklung der BRD zum 'starken Staat' keine Verschlechterung darstellt, dann weiß ich nicht mehr, worin eine solche noch bestehen könnte.

A. Dann allerdings muß ich der IKL den Vorwurf machen, daß sie in ihren Flugblättern und Artikeln den Zusammenhang der Morde in Stammheim und der politischen Repression gegen die gesamte Linke nicht klar genug aufgezeigt hat.

Ich erinnere dich nur an das 'Selbstmord'-Flugblatt, in dem die 'Schuld' ja tatsächlich nur auf die Toten von Stammheim bezogen wird.

B. Ich weiß nicht worauf du hinaus willst. Ist es eine Schande, Wut und Trauer zu empfinden, wenn man vor den Leichen von drei kaltblütig ermordeten Genossen steht? Vielleicht gilt es als 'unwissenschaftlich', aber mir hat es tatsächlich den Mund verschlossen, als ich die Nachricht hörte. Wir hören und lesen täglich von gefolterten und ermordeten Genossinnen und Genossen in der ganzen Welt. Aber es war noch nie so nah. Zum ersten Mal konnte ich wirklich begreifen, was es geheißen hat, als die Nachricht von der Ermordung von Rosa Luxemburg bekannt wurde, was die engsten ihrer Genossen und alle Mitglieder der KPD damals verspürt haben.

Es ist schon bezeichnend für den politischen Zustand einer Linken, wenn vor dem offenen Grab von Genossen, ein paar kleinbürgerliche Figuren auf und ab gehen und von 'Wissenschaftlichkeit' schwätzen! Hier hattest du nun wirklich ein Beispiel sondergleichen für den studentisch/kleinbürgerlichen Charakter der extremen Linken, wo es 'verboten' ist Wut und Trauer zu zeigen. Ganz so, wie sie es auf der Universität gelernt haben. 'Du sollst nie emotionell sein'. Diese kindische Ablehnung der Moral. Als ob diese gerade für Marxisten nicht ein politischer Faktor wäre, als ob es ein Zufall ist, daß gerade führende Marxisten von einer ausgesprochen hohen moralischen Qualität gewesen sind. Aber - du mußt entschuldigen, daß ich mich etwas errege - bei den meisten, die die Verwendung solcher Kategorien ablehnen, habe ich den Verdacht, daß Moral für sie das bedeutet, was ihnen Eltern und Schule eingebleut haben. Sicherlich, es wäre schlimm um eine Organisation bestellt, wenn sie allein ein Flugblatt, wie das von dir herangezogene zu Stammheim herausgeben würde.

Wenn es 'wissenschaftlich' ist, am Tage der Stammheimer Morde, darüber zu rätseln, ob nun die Erschießung von Polizisten verurteilt werden soll, oder ob die RAF mit den Narodniki zu vergleichen ist, dann allerdings bin ich 'unwissenschaftlich'!

A. Du hast in deinen letzten Bemerkungen den Namen Rosa Luxemburg erwähnt. Ihr habt in euren Flugblättern und Artikeln - du siehst ich bin hartnäckig - die Ermordeten der RAF mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verglichen. Damit wurde doch der fundamentale Unterschied verwischt. Rosa und Karl hatten doch eine grundsätzlich andere Einstellung zu den Kämpfen der Arbeiterklasse als die RAF hat. Die Verwendung eines derartigen Vergleiches trägt also mehr zur Verwirrung bei, als zur Klarheit. Anders ausgedrückt - Solidarität zu üben, bedeutet ja nicht, denjenigen, dem diese Solidarität gilt, gleichzeitig zum Theoretiker zu erklären, oder wie in diesem Falle, ihn mit Theoretikern des Marxismus auf eine Stufe zu stellen.

B. Das bedeutet es sicherlich nicht und unser Vergleich war auch nicht in diesem Sinne zu verstehen. Wir brauchen wirklich nicht darüber zu diskutieren, ob Rosa Luxemburg mehr Bedeutung für die Arbeiterbewegung hat, als Ulrike Meinhof. Der Vergleich - übrigens kann man auch nicht sagen, daß wir einen Vergleich angestellt haben, sondern wir haben lediglich betont, daß die Ermordeten der RAF in einer Reihe für uns stehen, mit vielen Toten unserer Bewegung - wenn man die Angelegenheit also als Vergleich bezeichnen will, ist nur deswegen durchaus angebracht, weil es sich bei der RAF heute um jene antikapitalistische Kraft in der BRD handelt, die am meisten unter den Schlägen der Reaktion zu leiden hat. Hier geht es also nicht um Fragen von theoretischer Bedeutung - wobei dein Argument ziemlich zynisch ist. Du tust so, als ob allein die Schriften eines Kämpfers ausschlaggebend dafür wären, daß wir sein Andenken ehren. Es geht aber um das Faktum, daß heute Mitglieder einer antikapitalistischen Organisation abgeschlachtet werden. Und das waren keine Stalinisten, die ihrerseits wieder das Blut von Arbeitern und Revolutionären an den Händen hatten und das waren auch keine Sozialdemokraten.

In diesem Sinne stehen sie für uns in einer Reihe mit Rosa und Karl und all den anderen. Wir haben ja eine ganze Reihe von Namen genannt und zwischen diesen Genossen gab es auch Unterschiede in der Bedeutung für die marxistische Theorie und Praxis. Also ich kann dich beruhigen - es wäre natürlich völlig blödsinnig zu sagen, die theoretischen Aussagen Ulrike Meinhofs würde diese neben Rosa Luxemburg stellen. Das haben wir nie gesagt.

A. Wir haben jetzt die Politik der RAF und vieles was in diesem Zusammenhang steht, besprochen. Ein Punkt wurde aber noch nicht berührt, obwohl er mir schon als wichtig erscheint. Und zwar der Vergleich der RAF mit den Guerilla-Bewegungen in Lateinamerika und der Vergleich der Attentate in der BRD, etwa mit der 'Himmelfahrt' von Carrero Blanco in Spanien.

Ich glaube, daß hier wesentliche Unterschiede zu berücksichtigen sind. Erstens handelte es sich in Lateinamerika und auch in Spanien zum Zeitpunkt des Attentats um offene, brutale Diktaturen und zweitens, damit zusammenhängend, hatten die Guerillas weit mehr Unterstützung in der Arbeiterklasse, zumindest konnten sie sich auf eine passive Zustimmung stützen. Im Falle lateinamerikanischer Guerillaorganisationen, wie der ERP in Argentinien, oder der Tupamaros in Uruguay muß man noch hinzufügen, daß sie weit stärker und zum Teil auch in der Arbeiterklasse verankert waren. Ich erinnere dich nur an die Aktionen der ERP in Fabriken.

Dagegen muß man betonen - und hier haben wir ja sicherlich keine Differenz -, daß in der BRD trotz des Abbaus demokratischer Rechte, grundsätzlich noch immer eine bürgerliche Demokratie herrscht. Daraus ergeben sich aber grundsätzlich verschiedene Methoden. In der BRD ist, mit Einschränkungen, noch immer eine breite, offene Gegenwehr gegen den Abbau demokratischer Rechte möglich, in Lateinamerika und auch im Spanien des Carrero Blanco ist und war dies nicht möglich. Muß sich auf dieser Grundlage nicht eine unterschiedliche Stellung etwa zur ERP und zur RAF ergeben? Der Selbstanspruch einer Gruppe muß nicht geteilt werden, auch dann nicht, wenn diese Gruppe heute liquidiert werden soll und auch wird.

B. Vielleicht verstehe ich dich falsch, aber wenn ich nicht irre, dann leitest du aus einer unterschiedlichen gesellschaftlichen Grundlage, eine unterschiedliche Berechtigung einer bestimmten Politik ab. Das wäre allerdings nicht nur falsch, sondern in den Konsequenzen mehr als gefährlich. Weil also - gehen wir davon aus, daß das stimmt was du sagst -, die ERP Unterstützung, zumindest passive Gutheißung in der argentienischen Arbeiterklasse vorfand, sollen nun Entführungen von Bourgeois 'weniger falsch', oder 'verständlicher' sein, als im Falle der

RAF? Die Liquidierung von Blanco soll allein wegen der damals in Spanien herrschenden offenen bürgerlichen Diktatur 'weniger schlimm' sein?

Wenn wir uns darauf einigen können, daß die Politik des individuellen Terrors, der die Massen wachrütteln soll, zwar antikapitalistisch, dennoch aber eine falsche politische Methode ist, gilt dies natürlich für jede gesellschaftliche Situation. Unter Umständen könnte man sagen, daß die Liquidierung eines Diktators in bestimmten Situationen 'verständlicher' ist, wobei man ja auch hier unterscheiden muß, ob die Organisation, die diesen Akt durchführt, diesen selbst als einmaligen, eher symbolischen versteht, oder ob der individuelle Terror ihre eigentliche politische Grundlage ist.

A. Genau diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen meine ich. In Lateinamerika und im damaligen Spanien war eben eine offene, legale Organisierung und ein freier politischer Kampf um die Massen nicht möglich. Grundsätzlich ist das aber selbst in der heutigen BRD möglich.

B. So allgemein gesagt ist das falsch. Im Spanien des Carrero Blanco gab es viele illegale Organisationen der Arbeiterbewegung, die zwar verfolgt wurden, aber dennoch auf eine politische Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse ausgerichtet waren. In Argentinien gab es neben der ERP noch die PSP, die der amerikanischen SWP nahestand und eine durch und durch legalistische Politik betrieb, also genau das Gegenteil von der ERP. Die von dir vertretene Allgemeinheit ist also falsch. Schlimm wird es allerdings, wenn du vom 'freien Kampf' um die Massen sprichst. Einen solchen gibt es selbst in der freiesten bürgerlichen Demokratie nicht und heute schon gar nicht in der BRD. Diese schematische Unterscheidung zwischen bürgerlicher Demokratie und offener bürgerlicher Diktatur schadet mehr als sie nützt. Natürlich kennen wir den Unterschied zwischen diesen beiden Erscheinungsformen bürgerlicher Herrschaft. Er besteht vor allem darin, daß in der bürgerlichen Demokratie, in der die Arbeiterklasse mehr oder weniger frei organisiert ist, auch die Revolutionäre mehr Handlungsspielraum haben. Hier kann aber nicht die Rede sein von 'Gleichheit'! Als ob die Reformisten und die traditionellen bürgerlichen Parteien nicht Presse, Rundfunk, Geld und Machtapparat zur Verfügung hätten!

Aber zurück zur Guerilla. Wenn wir deine Argumentation konsequent fortsetzen und nur dann wird dir ihre Falschheit wahrscheinlich klar, könnte dies bedeuten, daß etwa der Stalinismus dann 'mehr Berechtigung' hat, oder 'verständlicher' ist, wenn er Massenanhang hat oder wenn die Volksfront Gehör in den Ohren der Massen findet, die nach einer gesellschaftlichen Veränderung streben. Hier fällt mir der alte Sozialdemokrat Klenner ein. Du erinnerst dich vielleicht an die Fernsehdiskussion mit dem Anwalt Schily. In dieser Diskussion vertrat Klenner genau das, was du eben sagtest, bezüglich des Attentates von Friedrich Adler. Weil dies die Arbeiter damals verstanden hätten - so Klenner - sei dies etwas völlig anderes gewesen. als heute die Aktionen der RAF. Eine typisch 'austro-marxistische' Argumentation. Der 'Hund' liegt nur darin begraben, daß beide - Adler und die RAF - bei allen vorhandenen unterschiedlichen politischen Ausgangsbedingungen,



die Massen wachrütteln wollten, bzw. wollen. In beiden Fällen ein völlig untaugliches Mittel, welches vielleicht verständlich ist, bloß Verständnis ist nicht die Grundlage einer politischen Einschätzung.

Die Politik des individuellen Terrors geht immer - bei allen Unterschieden, die es zwischen diesen Gruppen gibt - davon aus, daß die Hinrichtung von Personen des herrschenden Regimes, die Massen aus ihrer Lethargie wachrüttelt. Die Geschichte und die Gegenwart der Arbeiterbewegung beweist tausendmal, daß dieser Grundgedanke falsch ist. Er ist in Lateinamerika genauso falsch, wie in der BRD oder in Österreich. Dies ist der erste wichtige Punkt. Du sagst nun, in offenen Diktaturen finden diese Gruppen zumindest die passive Unterstützung der Massen, während in der BRD, wo die Arbeiterklasse glaubt, in einer freien Gesellschaft zu leben, dies nicht der Fall ist. Abgesehen davon, daß ich glaube, daß auch in der BRD viele Menschen mit einer gewissen Sympathie der RAF gegenüberstehen, weil sie es 'denen da oben' zeigt, ist das grundsätzlich schon richtig. Aber was folgt daraus? Man könnte nun durchaus zu Recht sagen, daß ja damit die Falschheit der Politik des individuellen Terrors in offenen Diktaturen weit mehr zum Tragen kommt, als etwa in der BRD. Denn die Massen, die in der ERP 'ihren Rächer' sehen, werden dadurch nicht aus ihrer Passivität gerissen, im Gegenteil, gerade die Aktionen der 'Rächer' bestärken sie nur in dieser. Aus deinen Überlegungen, egal wie wir sie auch drehen und wenden, ergibt sich einfach keinerlei zulässige Schlußfolgerung, nach der wir einen qualitativen Unterschied zwischen der RAF und der ERP ziehen müssen. Das ist der zweite Punkt.

Wo liegt nun die Parallele zwischen der ERP, den Tupamaros und der RAF? Die lateinamerikanischen Guerillagruppen gingen von der falschen Vorstellung aus, ihre Politik, ihre Aktionen würden einen grundsätzlichen Wechsel der Situation hervorrufen. Am deutlichsten war dies bei der ERP in Argentinien, die davon sprach, daß die Revolution bereits begonnen habe. Das bedeutet, daß diese Gruppen - und hier sind sie mit der RAF zu vergleichen - von einer falschen Analyse des Kräfteverhältnisses der Klassen zueinander ausgingen. Heute gibt es sie nicht mehr. Nach anfänglichen Schwierigkeiten konnten die Militärs, unterstützt vom US-Imperialismus, die Guerillas isolieren und schließlich zerschlagen.

Wenn wir also die ohne Zweifel unterschiedlichen Gesellschaftsbedingungen heranziehen, dann würde ich daraus folgern, daß sich aus ihnen ein quantitativer, keineswegs aber ein qualitativer Unterschied ergibt.

A. Ich erinnere mich noch an die Bulletins des 'Kommunistischen Kollektiv', in dem das 'Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale', also auch die GRM, als dessen österreichischer Sektion, des Bruchs mit dem Marxismus beschuldigt wurde, weil es eine - laut den damaligen Publikationen - unkritische Haltung zur lateinamerikanischen Guerillabewegung einimmt. Das 'Kommunistische Kollektiv' ist dann später ein Teil der IKL geworden. Betreibt aber die IKL bezüglich der RAF nicht eine ähnliche Politik der unkritischen Unterstützung? Verharmlost ihr - noch dazu unter völlig anderen Bedingungen, wie denen in Lateinamerika - nicht die Gefahr der RAF, die doch auch darin besteht, daß viele kämpferische Elemente diesen falschen Weg gehen?

B. Ich kann dir den Vorwurf nicht ersparen, daß du ziemlich ungeprüft die Argumentation der GRM übernimmst. In diesem schrecklich dummen Artikel, der nicht nur von plumper Demagogie, sondern darüberhinaus noch von einer Unwissenheit sondergleichen zeugt, finden wir einen ähnlich klingenden Vorwurf. Er ist leicht zu widerlegen.

Wesentlich ist, daß wir am VS keineswegs kritisierten, daß es solidarisch mit der Guerilla ist, was ja auch eine seltsame Kritik gewesen wäre. Vielmehr hatte dieses VS auf seinem IX. Weltkongreß die Guerilla-Strategie zu der entscheidenden Strategie für Lateinamerika erklärt und damit auch völligen Schiffbruch erlitten. Die ERP z. B. war ja der bewaffnete Arm der argentinischen Sektion des VS, d.h. der an der Mehrheitsströmung Organisation. Und diese Sektion hatte offen und erklärt mit dem Trotzkismus gebrochen und Albanien zu einem Zentrum der Weltrevolution erklärt! So und nur so lag also unsere damalige Kritik, die ich hier klarerweise nur in Stichworten widergeben kann. Was das alles mit unserer Solidarität mit den politischen Gefangenen und der RAF zu tun hat, versteht vielleicht der Autor des 'rotfront'-Artikels, aber diese Art von 'politischen' Verständnis überlasse ich ihm gerne. Trotzdem glaube ich, daß es nicht schwer zu begreifen ist, daß zwischen Solidarität mit der Guerilla und der Anerkennung der Guerillastrategie als Mittel um die Macht zu erreichen, ein wesentlicher Unterschied ist.

A. Kommen wir nun auf die Fragen der Repression, und wie die Linke dagegen kämpfen kann und muß, zu sprechen. Ich glaube, daß wir nicht darüber sprechen müssen, ob es diese Repression gibt. Ein erster Punkt, der mich interessieren würde, wäre, wie du, bzw. die IKL, den konkreten Unterschied der Situation in der BRD und der in Österreich siehst? In euren Publikationen und an euren konkreten Vorschlägen zur Bildung einer Abwehrfront der Linken gegen die politische Repressionkommt doch schon die Tendenz durch, hier einfach ein Istgleichzeichen zu setzen...

B. ...du kennst Publikationen der IKL, die ich nicht kenne...

A. ...was meiner Ansicht nach, falsch und irreführend ist. Repression gegen die Linke gibt es doch im Kapitalismus immer. Selbst in Österreich gab es immer einzelne Prozesse gegen Linke und es wäre falsch, anläßlich eines jeden Prozesses gleich von einer Änderung der Situation zu sprechen. In der BRD gibt es doch auf jeder Ebene einen zügig vorangetriebenen Abbau demokratischer Rechte, der bei uns nicht festzustellen ist.

B. Das ist schon richtig. Wir haben aber auch immer gesagt und geschrieben, daß zwischen der Situation in Österreich und der in der BRD ein Unterschied besteht. Der Fehler, den du machst, liegt darin, daß du glaubst, eine Abwehrfront ist dann erst erforderlich, wenn gewissermaßen 'das Haus brennt'! Aber auf der Faktenebene ist schon ersichtlich, daß sich die politische Unterdrückung in Österreich eindeutig verschärft. Ich erinnere an die verstärkte Anwendung des Paragraphen 282 gegen Organisationen und Einzelpersonen und ich erinnere an die Polizeiaktionen im Zusammenhang mit der Palmers-Entführung. Das war und ist ein Klima, wie wir es in den letzten Jahren nicht hatten. Es erscheint mir aber auch wesentlich zu sein, auf die Perspektiven dieser Entwicklung einzugehen. Der Staatsapparat der BRD ist in Europa aus ersichtlichem Grund zum

Vorkämpfer einer die Grenzen überschreitenden Jagd auf die Linke geworden. Erst jüngst hat der BRD-Innenminister die Forderung nach einer 'internationalen' Polizeieinheit erhoben. Die ungleichen Gesetze in den einzelnen europäischen Ländern erschweren diese Bemühungen, ich erinnere dich an den 'Fall Wackernagel', der nach holländischem Recht eigentlich auf freien Fuß gesetzt hätte werden müssen usw..Hier treffen sich zwei miteinander verbundene Tendenzen. Der BRD-Staatsapparat ist ja 'nur' der Vorreiter, die anderen herrschenden Klassen sind keineswegs etwa seine 'Widersacher', sondern sind ebenso an einer Verschärfung der politischen Unterdrückung interessiert, siehe die entsprechende Entwicklung in Italien. Ich betone dies deswegen, weil beim Kampf gegen die politische Unterdrückung in der BRD, bei weiten Teilen der Linken in Europa nationalistische Töne anschlagen und die 'eigene' bürgerliche Demokratie - d.h. die 'eigene' Bourgeoisie - 'verteidigt' wird. Kurz gesagt: Wer die Repression im eigenen Land nicht bekämpft, der möge zur Repression in der BRD schweigen!

An der BRD sehen wir das krasseste Beispiel einer europäischen Entwicklung. Sehrähnliche Gesetze wurden bereits in England - hier gegen den 'Hauptfeind' IRA - und jüngst in Italien, mit der Unterstützung der KPI, geschaffen. Bei diesem Punkt kommen wir aber auch zu einem Problem, über das in der Linken kein geringes Maß an Verwirrung herrscht. Die Regierungsübernahme durch Reformisten, in einer Volksfront, oder als Alleinregierung, würde diese Entwicklung nicht abschwächen. Die Situation würde unter Umständen noch gefährlicher für die Arbeiterklasse, denn die politische Unterdrückung wird dann im Namen des 'Sozialismus' ausgeübt, wie es heute zum Teil in Italien schon der Fall ist, zum Beispiel in Bologna.

Kommen wir zurück zur Anti-Repressionsfront und ihrer Bedeutung und Notwendigkeit auch in Österreich. Klar ist, daß solch eine Abwehrfront nur dann einen Sinn hat, wenn es tatsächlich mehrende Fälle von politischer Unterdrückung gibt. Und genau dies ist der Fall. Ich habe allerdings den Eindruck, daß einige Organisationen der Linken nach dem Motto verfahren: Was nicht sein kann, darf auch nicht sein. Krassestes Beispiel dafür ist der KBÖ, der vornehm über solche Dinge hinwegsieht, es sei denn, sie betreffen ihn selbst oder eine seiner 'Massenorganisationen'. Die Hochschulorganisation der Maoisten hat zwar vor einiger Zeit eine Aktionseinheit einberufen, aber heraus kam nur die übliche Protestresolution, also eine reine Pflichtübung. Deutlicher Beweis für meine Behauptung ist doch wohl auch der jüngste Fall eines Paragraph-282-Prozesses gegen einen Linken, der offenbar unter Ausschluß der Linken vor sich gehen sollte. Keine Aktionseinheit wurde einberufen, bloß in einer FÖJ-Publikation konnte man die Aufforderung lesen, Protesttelegramme an das Innenministerium zu senden, wobei unsere Organisation nicht einmal dazu aufgefordert wurde. Ich gehe wohl nicht Fehl in der Annahme, daß für dieses 'Is eh nix'-Schauspiel die GRM verantwortlich war, für die es ja eine zunehmende politische Repression in Österreich nicht gibt. Und wenn dann doch der Paragraph verstärkt 'zuschlägt', kann man immer noch die harmlose FÖJ auffordern,ein Protesttelegramm abzusenden. Die haben Übung in solchen Sachen.

A. Wie würdest du die Aufgaben einer solchen Anti-Repressionsfront heute bestimmen? Handelt es sich um ein rein praktisches Bündnis, oder hätte diese Abwehrfront auch die Aufgabe politisch/inhaltliche Diskussionen zu führen und wenn ja, mit welchem Ziel?

B. Betroffen von der politischen Repression ist letztlich die gesamte Linke und das Beispiel der BRD zeigt in wünschenswerter Deutlichkeit, daß diese Repression gegen die Linke, sich schließlich mehr und mehr gegen die gesamte organisierte Arbeiterbewegung richtet. Maulkorbparagraphen, wie der 282, lassen sich auch gegen die 'AZ' anwenden, natürlich hätte das einen entschiedenen Rechtsruck zur Voraussetzung. Das bedeutet, daß der Kampf zuerst darum geführt werden muß, daß die Salami-Taktik der Bourgeoisie von der Linken begriffen wird. Ausgehend von dieser umfassenden Betroffenheit ergeben sich in erster Linie natürlich praktische Aufgaben einer gemeinsamen Abwehrfront. Die Einrichtung eines Rechtshilfefonds, die Organisierung von Anwälten, die Koordination von Abwehrmaßnahmen - allein die Ereignisse anläßlich der Linken-Hetze rund um die Palmers-Entführung haben gezeigt, wie notwendig das alles ist. Daneben müssen noch andere Aufgaben ins Auge gefaßt werden, die heute noch nicht unmittelbar notwendig sind, wie etwa ein gemeinsames Impressum aller linken Zeitungen, ein gemeinsamer Verkauf von beschlagnahmten linken Publikationen usw. Aber über dies muß man erst einmal diskutieren und sich nicht in der trügerischen Hoffnung wiegen, daß schon nichts passieren werde. Es wird. Und zwar vermutlich schneller und umfassender, als wir es uns heute vorstellen können. Neben diesen praktischen Aufgaben hätte die Abwehrfront natürlich auch gemeinsame Propagandakampagnen, z.B. gegen den Paragraph 282, zu führen, oder solche gegen die Linken-Hetze. Alles in allem kann man sagen, daß ein solches Abwehrbündnis auch heute in Österreich klare und umfassende Aufgaben hätte.

A. Die Differenzen betreffen wohl vor allem die Frage, welche Breite ein solches Bündnis aufweisen soll und wie diese Breite herzustellen ist. Wenn etwa die GRM und die IKL gemeinsam solch ein Bündnis eingehen, wäre damit kein qualitativer Schritt vorwärts getan . Es geht doch heute vor allem darum, daß breiten Teilen der Bevölkerung überhaupt nicht bewußt ist, daß es eine politische Unterdrückung auch in Österreich gibt. Es gilt also alles zu versuchen, den engen Rahmen der extremen Linken zu sprengen. Und in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage der politischen Grundlagen dieses Bündnisses. Forderungen wie 'Freiheit für alle politischen Gefangenen' und Kampagnen für Waltraud Boock engen das Bündnis von vornherein ein, beschränken es sogar auf nur einen Teil der extremen Linken. Du hast genauso wie ich erlebt, daß auch innerhalb der Kräfte, die links von der KPÖ und von den Maoisten stehen, solche Forderungen und Kampagnen auf Widerstand stießen. Und natürlich ist klar, daß linke Sozialdemokraten und liberale Kreise für ein Bündnis, welches auf derartigen Grundlagen steht, überhaupt nicht gewonnen werden können. Es geht also heute vor allem um die dringendsten Aufgaben. Und da müßte man schon überlegen, ob nicht ein breites Bündnis, daß linke Sozialdemokraten und Liberale einschließt, ein wirklich großer Schritt nach vorne bedeuten würde.

B. Das klingt sehr vernünftig. Ich kenne diese Argumentation nun schon recht genau und sie ist mit der Zeit wirklich nicht besser und überzeugender geworden. Um darauf antworten zu können, müssen wir schon weiter ausholen, einfach weil das alles viel vielschichtiger ist,

als du es darstellst. Klar ist nur eines: ein Abwehrbündnis soll und kann natürlich nicht allein die politischen Gefangenen einschließen, in Österreich also Waltraud Boock.

Aber die alles entscheidende Frage dieses Bündnisses ist die des politischen Inhaltes und nicht allein die der vielzitierten 'Breite'. Nebenbei gesagt, mir wäre es auch lieber, wenn ein solches Bündnis 1ooo und nicht 2oo umfassen würde, doch treffen wir dabei auf Gegebenheiten, die nicht durch 'taktisches' Geschick, sondern allein durch den politischen Kampf zu ändern sind. Fragen der Taktik - das sogenannte taktische Geschick entpuppt sich bei näherem Hinsehen auch sehr schnell als alter, verbrauchter Opportunismus mit jungem Gesicht - spielen hier als Fragen der Aktionseinheit eine Rolle. Auch die Phrase von der 'breiten Bewegung' muß man einmal als eine solche entlarven. Mir stößt es einfach sauer auf, wenn etwa die GRM davon faselt und nie konkret wird. Wo sind denn in Österreich die 'Liberalen', wo die 'linken Sozialdemokraten', die bereit sind, auch nur den kleinen Finger zu bewegen? In Wirklichkeit handelt es sich ohnehin bloß um einige Dutzend Leute von der FÖJ und vom VSStÖ, deren spezifisches Gewicht in der politischen Arena gleich Null ist, die man aber künstlich als 'Bündnispartner' aufbaut.

A. Es gilt doch z.B. auch die KPÖ - soweit dies möglich ist - einzubeziehen. Konkret gesagt, zumindest den KSV für bestimmte Aktionen zu gewinnen.

B. Ein schönes Beispiel. Versuchen wir die Frage grundsätzlich anzugehen. Ob wir es wollen, oder nicht, wir können heute nicht an den Fragen, die durch die Aktionen der RAF gestellt werden, vorbei. Die Bourgeoisie, ihr Propagandaapparat hat schnell und konsequent reagiert und die Frage der Gewalt in den Mittelpunkt gestellt. Für Marxisten ergibt sich außerdem die Pflicht, zu den Genossen, die zu weit vorgeprescht sind, zu sprechen und entsprechend zu handeln. Daraus folgt für uns, daß ein Abwehrbündnis auch diese Probleme mit einschließen muß. Wohlgemerkt: Nicht die Übereinstimmung zur RAF ist Voraussetzung, sondern die Übereinstimmung, daß dazu gesprochen, geschrieben und gehandelt werden kann. Dieses Abwehrbündnis kann und soll deshalb auch nicht auf einer gemeinsamen politischen Grundlage zur RAF ruhen. Das anzustreben wäre in der Tat wirklichkeitsfremd.

Die Übereinstimmung kann nur auf einer minimalen Grundlage bestehen, die besagt, daß die Mitglieder der Guerilla gegen den bürgerlichen Staat verteidigt werden muß, d.h. daß die Guerillas als antikapitalistische Kämpfer anerkannt werden. Jede weitergehende Einschätzung muß den einzelnen teilnehmenden Organisationen, Gruppen, bzw. Einzelpersonen überlassen werden. Das Abwehrbündnis kann natürlich nicht die Freiheit der Propaganda einschränken. Es kann zu bestimmten Fragen, zu bestimmten Aktionen erweitert werden und andererseits werden in bestimmten Fällen auch zwei, oder drei Teilnehmer gemeinsame Propaganda zu einer Frage machen, zu der sie ein hohes Maß an Übereinstimmung haben. Ausgehend von einer Plattform, die die minimale Grundlage festhält, kann es ansonsten keine festen Regeln geben - es handelt sich ja nicht um ein 'Gemeinsamkeitsspielchen', sondern um eine Form der Aktionseinheit.

Aber wie hat sich die ohnehin dürftige Auseinandersetzung innerhalb der Wiener Linken dazu entwickelt? Neben der dummen Polemik, oft und oft gemischt mit einem Schuß Verleumdung - erst unlängst gab ein GRM-Mitglied großspurig im 'Lehrerarbeitskreis' über das 'Russell-Komitee' von sich: 'De wolln ja nur de Boock verteidigen' - gab es ganz handfeste politische Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen alle, die sich weigerten, das Distanzierungspektakel mitzumachen und auch die Frage der RAF bei jeder Veranstaltung und Aktion betonen wollten. Es ist also genau umgekehrt: Jene, die nun schon in recht langweiliger Art und Weise vom 'breiten Bündnis' plaudern, ohne bis jetzt auch nur im mindesten praktisch bewiesen zu haben, was sie darunter verstehen, haben die Anti-Repressionsbewegung von vornherein um der 'Breite' willen eingeengt, zu der sie allerdings bis heute noch nicht gekommen sind!

Es handelt sich, wie schon gesagt, also vor allem um die Frage des politischen Inhaltes. Du hast die KPÖ erwähnt. Natürlich wird jeder, der ernsthaft am Aufbau einer Abwehrfront Interesse hat, wünschen, daß auch diese Partei, bzw. Teile von ihr, daran teilnimmt. Aber jetzt beginnen erst die Probleme. Die KPÖ bekennt sich grundsätzlich zum Staatsvertrag, sie wird jede Mitarbeit davon abhängig machen, wie z.B. die DKP in der BRD. Die KPÖ bezeichnet die RAF-Mitglieder als 'Verbrecher' und bejubelt die Polizeimaßnahmen nicht nur gegen die RAF, sondern sie hat auch mit keinem Wort protestiert, als vor kurzem in Wien Jagd auf Teile der extremen Linken gemacht wurde. Diese ist ja nach dem Verständnis dieser Partei vielmehr 'schuld' an der verstärkten Repression. Daneben hat die KPÖ noch einen 'Unvereinbarkeitsbeschluß' gegenüber der extremen Linken. Das sind leider die Fakten. Und hier nun einfach zu sagen: 'Die KPÖ muß man für das Bündnis gewinnen', sagt nichts, aber auch überhaupt nichts aus. Wie gewinnen, das ist die Frage, erst dann wird es interessant. Diese Fragen kann schließlich nur der politische Kampf, die andauernde politische Auseinandersetzung beantworten! Ein Beispiel aus der BRD: Die DKP befürwortet nicht nur die Unvereinbarkeitsbeschlüsse im DGB, sondern sie hat sie auch mitbeschlossen und hetzt fleißig gegen Linke in den Gewerkschaften. Kann man nun einfach sagen: Wir müssen auch die DKP im Kampf gegen die politische Repression gewinnen? Sie ist ja selbst Träger und Befürworter von bestimmten Aspekten dieser Repression! Man kann natürlich bestimmte Aktionseinheiten mit solchen Parteien machen, aber ich würde es grundsätzlich falsch finden, auf die bürokratischen Bedingungen der DKP, oder der KPÖ einzugehen, um das Ganze 'breiter' zu machen. 'Breit' wirds dann vielleicht schon, aber leider auch inhaltslos. Von den momentanen Gegebenheiten ausgehend kann man sagen, daß nach einer Diskussion nur GRM, SOAK, der linke Teil der VSStÖ und Teile der 'Basis-Gruppen', sowie das 'Russell-Komitee' und unsere Organisation für solch ein Abwehrbündnis in Frage kommen. Das wäre nun wirklich keine 'Massenbewegung', aber dennoch ein ziemlicher Fortschritt. Der Handlungsspielraum eines solchen Bündnisses wäre für hiesige politische Verhältnisse relativ groß und erst dann wäre auch die Voraussetzung gegeben politischen Druck auszuüben auf weitere politische Kräfte. Aber statt sich auf diesen ersten, möglichen Schritt zu konzentrieren, starrt man auf die 'Breite' und kommt keinen Millimeter weiter.

A. Du sagst, daß dieses Bündnis auch die Freiheit für alle politischen Gefangenen fordern soll...



B. ...nein, das stimmt nicht. Diese Forderung kann weder als Grundlage der Teilnahme, aber auch nicht als Grundlage eines Ausschlusses angesehen werden. Das ist doch ein Unterschied!

A. Gut. Sprechen wir über die Bedeutung dieser Forderung. In bestimmten Situationen hat sie ohne Zweifel einen zentralen Stellenwert und eine große Sprengkraft. Ich denke da nur an Spanien unter Franco. Die spanische Arbeiterklasse begriff in ihrer großen absoluten Mehrheit die Gefangenen als Kämpfer für die Freiheit und war dementsprechend auch bereit, aktiv zu werden. Die Situation in der BRD und die in Österreich ist doch eine völlig andere. Die Arbeiterklasse dieser Länder kann die RAF-Mitglieder nicht als Kämpfer für die Sache des Proletariats begreifen, was natürlich auch an der politischen Konzeption der RAF liegt, aber auch am geringen Stand der Klassenkämpfe und des Bewußtseins. Das bedeutet, die Arbeiter begreifen die Guerilla nicht als politische Gefangene. Diese Forderung geht damit völlig an diesem momentanen Bewußtseinstand vorbei. Wäre es nicht wichtiger, erst einmal dafür zu kämpfen, daß einfach mehr Menschen und vor allem die Arbeiter begreifen, daß es sich um politische Gefangene handelt? Du würdest doch auch heute nicht die Bewaffnung der Arbeiterklasse fordern, sondern jede Forderung dem vorherrschenden Bewußtsein und dem Erfahrungsstand der Arbeiter entsprechend aufstellen. Zumindest glaube ich, daß dies notwendig und auch richtig ist.

B. So wie der Autor des Artikels in der 'rotfront'-Hochschulbeilage - 'Dogmatismus und konkrete Politik' - verwechselst du zwei in bestimmten Aspekten unterschiedliche Methoden der kommunistischen Aktivität. Selbstredend wäre es heute ziemlich wirkungslos und falsch, eine agitatorische Kampagne mit der Hauptforderung 'Freiheit für alle politischen Gefangenen' zu machen. Unter agitatorischer Kampagne verstehe ich nun tatsächlich eine Kampagne mit Massencharakter und dazu ist kein Teil der extremen Linken heute in der Lage.

Völlig anders ist dies aber schon im Falle der Propaganda, wo ja 'vieles an wenige' vermittelt werden soll. Wir werden heute vor den Betrieben natürlich nicht die Forderung nach der Bewaffnung der Arbeiter in den Mittelpunkt stellen, aber wir werden sowohl schriftlich als auch in Gesprächen mit den Arbeitern klar betonen, daß diese Bewaffnung - sowie andere Maßnahmen - Voraussetzung für die Machtergreifung der Arbeiter ist. Das ist ein Unterschied. Dieser Unterschied in der Anwendung propagandistischer und agitatorischer Methoden kommt auch bei der Forderung 'Freiheit für alle politischen Gefangenen' zur Anwendung. In bestimmten Ländern und in bestimmten Situationen handelt es sich um eine bürgerlich-demokratische Forderung mit mobilisierendem Charakter. Das ist heute in der BRD und in Österreich sicherlich nicht der Fall. Wenn wir trotzdem in unserer Propaganda diese Forderung aufstellen, dann handelt es sich darum, den bürgerlichen Gesetzen, der bürgerlichen 'Gerechtigkeit' die Anerkennung zu verweigern, ihr das Recht abzusprechen, ihre politischen Gegner einzusprerren, egal nun, ob diese zu den Waffen gegriffen haben, oder nicht. Das spielt dabei keine Rolle. Jede Forderung, die auf 'bessere' Hafthedingungen hinausläuft, anerkennt prinzipiell die Rechtsprechung des bürgerlichen Staates. Das würde den Marxismus zu einer liberalen Spielart degradieren und ihn nicht als das, was er ist darstellen: Bedingungslose Gegnerschaft zur bürgerlichen Klasse und ihres Staates, mit all seinen Ausdrucksformen. Marxistische Propaganda in Bezug zur RAF muß also folgende Ebenen enthalten:

1. Sie muß den Weg, den die Genossinnen und Genossen gegangen sind, kritisieren, sie muß

aber auch die Grundlagen dieses Weges aufzeigen und beim Namen nennen.
2. Sie muß den Weg und die Methoden der RAF als antikapitalistischen Kampf anerkennen.
3. Daraus folgt, daß die Genossen gegenüber dem bürgerlichen Staat verteidigt werden müssen.

Aus alledem folgt logischerweise die Forderung nach der sofortigen Freilassung der Gefangenen, als konsequenter Ausdruck der Nichtanerkennung der bürgerlichen Justiz.

Heute geht es also weniger um den bürgerlich-demokratischen Inhalt dieser Forderung, sondern der oben skizzierte Inhalt steht für uns im Vordergrund.

Zum Schluß noch ein Wort zu deiner Bemerkung, wonach Forderungen immer auf das gerade vorherrschende Bewußtsein eingehen müssen. Hier muß man verdammt aufpassen, daß eingehen nicht mit abgestimmt verwechselt wird. Nimm doch als Beispiel die Übergangslosungen. Die Frage der Inflation und der Arbeitslosigkeit sind heute auch in Österreich mehr oder weniger verankert im Bewußtsein der Arbeiter. Unsere Antworten auf die kapitalistischen Krisenerscheinungen berücksichtigen dies, indem sie den Arbeitern einen Weg zeigen, wie sie heute schon gegen diese Übel des Kapitalismus kämpfen können. Andererseits aber kann die Forderung der gleitenden Skala der Löhne und der Arbeitszeit letztlich stabil und auf breiter Ebene nur in der proletarischen Diktatur verwirklicht werden.

D.h. eingehen auf das Bewußtsein bedeutet nicht Reduzierung des eigenen Programms. Wenn das aber für Inflation und Arbeitslosigkeit gilt, muß es auch für andere Fragen, wie eben die politische Unterdrückung gelten.

A. All das, was wir zuletzt besprochen haben, gilt auch für das Russell-Komitee. Auch dabei geht es um die Frage - und für mich gesprochen, um das Problem - einer Einschränkung der behandelnden Punkte, um nicht von vornherein Kreise auszuschließen, die heute bereit sind, gegen die Berufsverbote aktiv zu werden, aber vor allem, was mit der RAF zusammenhängt, zurückschrecken.

B. Du hast recht, all dies gilt für das Russell-Komitee auch. An diesem Beispiel haben wir nun einen Beweis was 'Breite' und 'Einschränkung' tatsächlich bedeutet. Obwohl das Russell-Komitee hierzulande noch immer in den Anfangsschwierigkeiten steckt...

A. ...aber das Tribunal tritt doch schon zu Ostern zusammen...

B. Das Tribunal ist für uns nicht das Entscheidende, sondern wesentlich ist die Unterstützerbewegung, als Faktor des Kampfes gegen die politische Unterdrückung. Obwohl das Komitte also noch mit einigen Problemen fertig werden muß, gibt es dennoch bereits fünf Arbeitsgruppen - wobei es bei einigen noch einiges zu klären geben wird - und es kann nicht die Rede von einer alleinigen Ausrichtung auf die politischen Gefangenen sein. Ein Beispiel wird dich überzeugen. Vor einigen Wochen haben einige Organisationen, darunter auch wir, ein Flugblatt gegen das Disziplinarrecht auf der Universität herausgegeben. Ungefähr zur gleichen Zeit wurde die Russell-Arbeitsgruppe gegen die Unterdrückung im Ausbildungsbereich gegründet, zu der erfreulicherweise viele unorganisierte Genossinnen und Genossen gekommen sind, aber mit unserer Ausnahme, keine der das Flugblatt unterzeichnenden Organisationen, obwohl die Arbeitsgruppe doch gerade die Aufgabe hat, zu solchen Entwicklungen zu arbeiten...

A. Glaubst du, daß das Russell-Komitee Aussicht hat, größer zu werden und an Einfluß zu gewinnen?

B. Das Russell-Komitee ist für uns kein Fetisch. Das Ziel ist der Aufbau einer Anti-Repressionsfront. Daß dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreicht werden kann, ist von Anfang an klar gewesen. Es gilt Manöverpolitik, Mauschelein und bornierte Gruppeninteressen zu bekämpfen und zu überwinden. Das Ganze wird eine Frage des politischen Kampfes werden und nicht allein eine des mehr oder weniger guten Willens.

Aber um deine Frage anders zu beantworten: Am besten du arbeitest mit und machst Propaganda für das Komitee. Je stärker das Russell-Komitee wird, umso schwächer werden die Manöverpolitiker!




permanente revolution
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Stammheim und die Folgen

Zur Entwicklung in Portugal...7

Bahros 'Alternative'...11